




20. Heft / 9. Dezember 1914

KARL LEUTHNER · IST ES NOCH DER SELBE KRIEG?

 B es heute noch der selbe Krieg sei wie der, dem wir uns am Anfang August gegenübersehen: diese Frage ist gestellt und in einigen Blättern diskutiert worden. Zweifellos hat sich allerlei geändert. Vor allem hat, unmittelbar nachdem der Reichstag am 4. August die Kriegskredite beschlossen hatte, England den Krieg erklärt, und wenige Wochen später hat es Japan, unter der Berufung auf den Bündnisvertrag, zum Überfall auf Kiautschu vermocht. Ein Krieg, der gegen 2 Großmächte begonnen wurde und gegen 4 fortgeführt werden muß, ist freilich nicht mehr der selbe, der er anfangs war. Das mußte wohl eigentlich klar sein, ohne alles Fragen. Die Frager sollten doch vor allem die Wahrheit erkennen: daß der Krieg gegen den Westen vom Westen ausgegangen ist, und sollten nicht englischer sein wollen als der englische Botschafter Lord Goschen, der kein Hehl daraus machte, wie überrascht und erregt der Reichskanzler von Bethmann Hollweg seine Erklärung entgegennahm. Was manche auch später den verantwortlichen Leitern der Berliner und der Wiener Politik werden nachrechnen wollen: den Vorwurf, daß sie es auf einen Krieg, und gar mit England, angelegt hätten, wird wohl niemand auf die Liste der Anfragen setzen können.

Das Gewirre der Vorgeschichte des Krieges werden wir später genauer durchschauen: Jedenfalls ist aber England aus eigenem Entschluß in den Krieg eingetreten, jedenfalls ist es der mächtigste und darum gefährlichste Gegner, der Deutschland je erstand. Wie dieser Kampf auf Leben und Tod so nebenbei als ein Krieg zweiter Ordnung mit den allenfalls im Osten abkömmlichen Kräften geführt werden könnte, bleibt ein Geheimnis. Ganz abgesehen davon, daß man dabei Japan völlig übergeht. Ich weiß nicht, ob sich Pichons Wunsch, der in der Ententepresse immer lauter und allgemeiner wiederholt wird, demnächst erfüllt, und ob neben den übrigen Völkern Asiens und Afrikas auch die japanischen Soldaten gegen die deutsche Westgrenze anstürmen werden. Genug, daß ihre Teilnahme am Krieg England gestattet seine Flottenmacht ungeteilt zum Stoß ins Herz des deutschen Handels zusammenzuhalten, und daß der Überfall das Bild brutalster Überwältigung eines kleinen tapfern Häufleins bot. Das mag bloß eine Episode sein, jedenfalls hat der Fall Kiautschus bei den deutschen Arbeitern Deutschlands und Österreichs Empfindungen gegen England ausgelöst, die alle Leitartikel dieser Welt nicht hätten erzeugen können. Man nenne es Gefühlspolitik. Wenn aber den Arbeitern das Gefühl abhanden käme, das sie in Empörung aufschäumen läßt, sobald die spinnenhafte Umgarnung kalt-

rechnender Weltmachtspolitik Japan oder Portugal in einen Krieg ohne Beweggründe hineinzieht, dann wäre es um die sittlichen Triebkräfte unserer Bewegung schlimm bestellt. Denjenigen freilich, die noch immer den Glauben an Englands Unschuld nicht verloren haben, scheint dies alles nicht wesentlich. Sie meinen vielmehr, einige wohlwollende Artikel englischer Zeitschriften seien das wahre England. Nicht die Machenschaften Eduards und Greys, ihr mit dem Erfolg des Weltkriegs gekröntes Trachten alle, auch die entlegensten Mächte, für den Kriegsdienst gegen Deutschland zu dingen, nicht die stets fortgesetzten Drohungen der angesehensten Militärs, Politiker, Blätter Englands, der deutsche Handel, die deutsche Ausfuhr müsse zerstört werden, Drohungen, die in dem Blockadekrieg jetzt nach furchtbarer Verwirklichung drängen, nicht die Überzeugung, daß ein siegreiches England den Deutschen härtere Bedingungen auferlegen würde als jeder andere Sieger, Bedingungen, die ein Verkümmern und Verkriechen der Deutschen in Elend, Not und Niedrigkeit zur Folge hätten: nichts von dem allen soll die Gefühle des deutschen Arbeiters gegen England bestimmen, sondern diese sollen sich auf die freundlich belanglose Druckerschwärze eines Revueartikels einstellen. Auch soll man glauben, nicht die unmittelbare Bedrohung der Deutschen in ihren Daseinsbedingungen, wie sie nur von dem meerbeherrschenden Britannien und von keinem andern Feind ausgeht und ausgehen kann, wecke den Haß, sondern deutsche Pressemache, nicht das Abgeschnittensein von allen Zufuhren, nicht die sorgsam Vorkehrungen der Aushungerung, nicht der Bruch aller Haager Bestimmungen zur Verschärfung der Abschließungsmaßnahmen, sondern wiederum bloß Leitartikel.

Bleiben wir also bei der Presse. Im Krieg empören niemals die Grausamkeiten, die der Kampf sozusagen aus seinen technischen Notwendigkeiten heraus, in der Durchführung seines Vernichtungsgedankens mit sich bringt, sondern alles das, auch wenn es an sich minder arg wäre, was über dieses Maß hinaus geschieht. England hat Deutschland und Österreich-Ungarn durch seine Presse, durch die von ihm beherrschten Kabel mit einer Feuerzone des Hasses umgeben, die fast alle neutralen Länder umgreift. Was haben die Deutschen den Leuten in den Vereinigten Staaten oder in Südamerika, was den Spaniern, Portugiesen, Italienern angetan? Und dennoch klingt aus allen diesen Ländern uns eine Sprache der Gehässigkeit entgegen, die beispiellos ist in der Geschichte der Völker. Sie eben ist ein Echo der lückenlos über die ganze Welt ausgesprochenen englischen Verleumdung, ja hat sehr häufig ihren Ursprung in Bestechungsgeld. Selbst Leute, die gestern noch Sozialisten waren und heute es zu sein noch vorgeben, wie Mussolini, der frühere Chefredakteur des italienischen Zentralorgans *Avanti*, stehen unter dem Verdacht mit fremdem Betriebskapital gegen das deutsche Volk zum Krieg zu hetzen. Vielleicht ist die eindringlichste Lehre, die wir als Politiker durch die Ereignisse der letzten Monate empfangen haben, welche gespenstische Macht die englische Pressemache ausübt. Sie hat auch den Kampf der Kabinette zum Krieg der wütendsten Volksleidenschaften gemacht. Wie kann man wähen, vor dem Krieg sei es über den Völkern friedlich und windstill gewesen, da doch in Wahrheit die selbe Preßmache seit einem Jahrzehnt in gleicher Richtung wirkte? Wäre denn der Krieg ohne sie möglich, er, den man mit einer

verzeihlichen Übertreibung den Krieg der Times, des Matin und der Nowoje Wremja genannt hat? Jeder Deutsche weiß, daß ein Meer der Lüge wider ihn aufgeregt ist, weiß, daß er, wohin er auch tritt, den bösesten Vorurteilen begegnet, daß ihm jeder Schritt seines Fortkommens gehemmt wird: und er soll die Engländer, deren ganzes Dichten und Trachten danach geht ihn zum gemiedenen Paria unter den Nationen zu stempeln, nur um einiger anderslautender Leitartikel willen schätzen und hegen? Doch wollte er es auch, niemand nimmt seine Liebe mit Gegenliebe in Anspruch, er prallt an eine Wand der Verleumdung an.

Was soll überhaupt während eines Krieges die seltsame Rede vom Haß? Schießt man sich aus reiner Liebe oder aus Gleichgültigkeit wechselseitig reihenweise tot? Wäre ein kaltherziges oder gar mit Empfindsamkeit betriebenes Gemetzel menschlich schöner als ein grollerfülltes? Aber das ist nun eines merkwürdig: Trotz des Aufgebots aller Wilden Afrikas durch Frankreich und trotz der Verwüstungen Ostpreußens durch Rußland hat zweifellos die Abneigung gegen beide abgenommen. Doch wohl nicht um dieser und anderer Schrecklichkeiten willen, die der Krieg hervorgebracht hat und die noch über den Zweck des Krieges hinaus hervorgebracht wurden. Sondern weil England durch sein Verhalten die Deutschen einfach nötigt die stärksten Gefühle der Empörung ihm zuzuwenden, weil der Wettbewerb Englands die anderen Gegner drückt. Und nicht minder auch deshalb, weil die Verschiedenheit von Einsatz und Gefahr im Verhältnis zu England am auffallendsten und aufpeitschendsten wirkt. Schon von den russischen Soldaten kämpft ein volles Drittel nicht für ihr Vaterland sondern für das ihrer Oberherren, der Großrussen. Kämpfen nun in Frankreich bloß Franzosen und Engländer gegen uns? Sind nicht einige Hunderttausend Turkos, Zuaven, Marokkaner, Senegalneger, Inder usw. in ihren Reihen? Diese alle verteidigen und verfechten nichts, was ihnen innig lieb und köstlich wäre, sie gehen einfach auf Geheiß ihrer Gewaltherrn zur Schlachtbank. Der deutsche Arbeiter soll meinen, daß der Krieg, den er mit dem eigenen Blut auskämpft, der selbe Krieg sei, für den die anderen ihre Knechtsvölker zu Markt treiben? Nicht 3 Völker, sondern 3 Weltstaatssysteme haben gegen unser Volk das Schwert angerufen für die Möglichkeit sich die Ergebnisse ihres Länderverteilungssyndikats zu sichern und den Deutschen den Lebensraum zu sperren. Der Deutsche setzt in dem Krieg sein Dasein ein. Gleichwohl übersieht er bei den Franzosen den Anhang der dunkelfarbigen Kriegsknechte, weil nun doch auch das französische Volk Leib und Seele auf den Spielteller wirft. Nur von dem Engländer, der die Lücken seiner Aufopferungsfähigkeit durch Inder-, Japaner- und Portugiesenaufgebote schließt, der die deutschen Schiffe im Indischen und Großen Ozean durch japanische, französische und russische Fahrzeuge jagen läßt, von ihm zu sagen, daß er reines und gleiches Spiel spiele, verwehren unserm Volk Sinne und Gefühl.

Ich habe mit Absicht die Umstände hervorgehoben, die im volkstümlichen Empfinden das Bild des Krieges und das Bild der Gegner formen, um nachzuweisen, daß die Abneigung gegen die Engländer (die unter den minder beteiligten Deutschen Österreichs kaum geringer ist als unter den Deutschen im Reich) wahrlich nicht auf publizistische Anstiftung und Veranstaltung zurückzuführen ist. Wohl aber wäre es dem Politiker unziemlich sein

eigenes Urteil über den Krieg und über England nach diesen Gefühlsgründen zu gestalten. Lassen wir also hier nur die Argumente sprechen.

Soll man es bedauern, daß die deutsche Streitmacht ihre Hauptfront nach Westen kehrt? In einem Zweifrontenkrieg wird jeder Staat, der nicht an beiden Grenzen die Übermacht besitzt, zuerst auf der einen Seite angreifend zu einem Ende zu kommen suchen, um dann nach der andern, wo er bisher haltend kämpfte, mit ganzer Macht die Entscheidung herbeizuführen. Er wird den Gegner zuerst angreifen, der selbst zuerst kriegsfertig ist: das war Frankreich oder schien es zu sein. Wäre der Krieg im Westen nun in wenigen Wochen beendet gewesen, so würde niemand zweifeln, daß die einzig mögliche Lösung gewählt wurde. So schnell ging es nicht. Ließen aber die gewaltigen Räume und Massen, die Sümpfe und Festungen Rußlands eine geschwindere Lösung erwarten? Gerade Rußland ist eher als jeder andere europäische Staat in der Lage selbst in der Niederlage und nach Besetzung großer Gebiete im Widerstand zu verharren, wenn auf einem andern Kriegsschauplatz die Entscheidung noch schwebt, in der auch das eigene Geschick erst endgültig zum Austrag kommen soll. Nun sichtet aber Deutschland den Krieg nicht allein durch sondern im Bund mit Österreich-Ungarn. Da hätte Deutschland dorthin seine Hauptmacht wenden sollen, wo auch Österreich-Ungarn sie hinwendet, und an der Grenze, an der es gegen 2, 3 Gegner allein steht, bloß schwache Kräfte? Deutschland ging den durch das Bündnis vorgezeichneten Weg der Strategie. Dabei bewog seine Heeresleitung eingestandenermaßen mit der Gedanke, daß vor allem der deutsche Westen, als das Gebiet der Industrie, der Waffenwerkstätten und als der Zugang zu dem größten Flottenstützpunkt, von fremdem Einfall freibleiben mußte. Mindestens ein Anwalt der Interessen der Arbeiter muß sich darüber freuen, daß die Hauptkraft nach Westen zum Schutz der industriereichsten Gebiete verwendet wurde und von ihnen und von den Arbeitern die Schrecken des Krieges abgewendet hat.

Aber, wird uns hier eingewandt, Rußland sei erheblich weniger geschädigt worden als die beiden Weststaaten Europas. Ist denn das wirklich der Fall? Die Ergebnisse des bisherigen Kriegsverlaufs widerlegen diese Auffassung gründlich. Was hat England, was hat Rußland bis zur Stunde eingebüßt? Die Engländer zählen insgesamt einen Abgang von 84 000 Mann, in der Schlacht bei Tannenberg allein wurden 90 000 Russen gefangen genommen. Ist da nicht jedes weitere Wort überflüssig? Man sollte wahrlich denken, Hindenburg gönne dem Russen kein allzu üppiges Leben. Die Verlustziffern sind auf keiner Seite endgültig und einwandfrei festgestellt, alle Schätzungen kommen jedoch darin überein die russischen weit über die französischen hinaus anzusetzen. Die Zahl der russischen Gefangenen in Deutschland und Österreich übertrifft die der französischen in Deutschland nahezu um das Doppelte. Und da glauben einige, Rußland würden Opfer erspart, es sei nicht mehr der Krieg, den man Anfang August zu unternehmen beschlossen; der Haß gegen England werde zugespitzt, die Erbitterung gegen Rußland abgestumpft, und man befürchtet womöglich, daß sachte mitten im Gemetzel der Polenschlachten mit dem Verwüster Ostpreußens eine Einigung auf Kosten der Westmächte angesponnen werde. Wunderliche Besorgnis! Bald 30 Jahre dauert der Bund der französischen Republik mit dem Zaren, seit 1907 hat sich England liebend zugesellt.

Dieser Dreibund des *lichten Westens* mit der *russischen Barbarei* beherrscht alle Verhältnisse des Gesamtlebens der Erde, gestaltet alle Machtbildungen, zertrümmert und verteilt Reiche wie Marokko und Persien, versklavt und unterjocht ein unabhängiges Volk nach dem andern und zieht zuletzt mit einem reichen Gefolge von Schutzstaaten aus die aus eigener Tüchtigkeit erworbene Machtstellung des deutschen Volkes zu vernichten. In diesem Vernichtungsplan treffen sich Rußland, Frankreich und England, die sonst eine Welt von gegensätzlichen Interessen trennt, als in dem Gemeinsamer, das sie verknüpft und das stärker ist als alles, was sie bisher oft in Todfeindschaft geschieden. Wie wunderbarlich verschieden bei den Demokraten aller Länder ein Bündnis mit Rußland aussieht, je nachdem, ob England und Frankreich es wirklich schließen oder Deutschland es zu schließen angeblich verdächtig ist! Wenn die Republik der Freiheit und Gleichheit dem Zaren während der Revolution 2 Milliarden lieh, mit denen Stolypin das Galgenholz seiner Staatsstreiche und Feldgerichte zimmerte, wenn Englands Hinzutritt zur Tripelentente das erschütterte Ansehen des Zarentums wiederherstellte, und die Hilfe Rußlands in der bösnischen Krise in Rußland die Strömung zu schaffen half, aus der der eroberungssüchtige Nationalismus sich zum Herrn der Duma erhob, allen Liberalismus entwaffnend und in die Dienste der Zarenpolitik bannend: kann man bei alledem noch unerschüttert die Überzeugung haben, daß ein Bündnis, das die Westmächte gründen, immerzu just ein demokratisches sei, demokratische Absichten und Ergebnisse habe? Oder wie steht eigentlich die Sache? Die Welt beginnt sich um uns im Kreis zu drehen. Sicher ist lediglich eins, daß alle die Freiheitsfreunde, die jetzt im neutralen Ausland ihre Stimme erheben, immer so milde gegen die *Westmächte*, so überzeugt von den Fernwirkungen ihrer Demokratie, leider Deutschland mit ganz anderm Maßstab messen. England und Frankreich und alle Staaten der Welt richten Bundesverträge auf Machterwerb zu erlangen oder Machtverschiebungen zu vereiteln, vereinigen sich mit dem Zaren und mit wem sonst noch immer. Die Westler wehren es ihnen nicht nach Kräften Freunde zu suchen, ohne die mindeste Rücksicht auf Verfassung und Demokratie sondern bloß nach Maßgabe ihrer Vorteile. Ausschließlich Deutschland, das von allen Seiten umklammerte, soll in seiner äußern Politik seine Bündnisse nicht suchen und wählen wie die anderen alle: nach seinem Schutzbedürfnis, sondern nach den abstrakten Begriffen der Demokratie.

Phantasievolle Leute haben den alten Ladenhüter der englischen Freundschaft wieder in das Schaufenster gelegt. Man vermißt die Erörterung, wie dieses Bündnis leichter einzugehen sein wird: ob nach Zerstörung der deutschen Flotte, Schifffahrt und Ausfuhrindustrie oder nach Erschütterung der englischen Seeherrschaft, die seit 2^{1/2} Jahrhunderten den Ausgangspunkt aller britischen Politik bildete. Doch weiter: Hat nicht jedes Bündnis zur Voraussetzung, daß es beiden Teilen diensam sei? Ein englisch-deutsches Bündnis gegen Rußland, was würde es Deutschland frommen, da man doch in die Weichselsümpfe keine Dreadnoughts senden kann, und das englische Landungsheer in einem russischen Krieg zerfließen würde wie ein Zuckerstückchen in der Wassertonne? Wohl aber hätte Deutschland für England den Wert seinen neuen *Degen auf dem Festland* darzustellen, wie heute das von Japan auf englische Veranlassung oder mit englischer Zulassung

besiegte Rußland der Degen ist, den England gegen Berlin zückt. Man rechne nach, wie schnell jedem englischen Bündnis und wie prompt ein furchtbarer Krieg gefolgt ist. Nein, an der Themse werden keine platonischen Freundschaften gepflegt. Wer gedungen wird, muß leisten. Doch England selbst, das England hinter den Kreidelfelsen seiner inselhaft abgeschlossenen Demokratie, würde die Deutschen nie brauchen. Nur das britische Reich braucht Bundesgenossen, das Weltreich, das nichts mit Demokratie zu tun hat, aber die Sklavenpeitsche über die 300 Millionen Inder und Ägypter schwingt. Wer Englands Freundschaft wünscht, muß wollen, was England von dieser Freundschaft wünscht, er muß die Rolle übernehmen sich als Schildwache vor dem Tor des indischen Völkerzuchthauses aufzupflanzen.

Ist denn jetzt überhaupt die Zeit von englischer Freundschaft zu reden? Jetzt, da man auf unseren Schiffen Tag und Nacht auf Auslug steht, die britische Flotte erwartend, die alles in Schutt und Brand niederschließen soll, was deutsche Arbeit in einem Menschenalter geschaffen hat? Wenn es zerstört zusammensinkt, wenn die deutsche Ausfuhr in ihren Grundfesten erschüttert ist, haben Hunderttausende deutscher Arbeiter auf deutschem Boden nichts mehr zu suchen, sie müssen ihren Stab weiter setzen, als geeigneter Kulturdünger der angelsächsischen Länder im Zwischendeck sich verfrachten lassen, wie einst ihre unseligen Vorfahren und wie jetzt die Kinder des unentwickelten Ostens. Darum geht es. Mit Rußland wird um Ostpreußen gestritten, mit Frankreich um den Rhein, um Freiheit oder Fremdherrschaft von Millionen Volksgenossen, mit England aber um alles das und überdies um die deutsche Industrie, um die Daseinsmöglichkeit der deutschen Arbeiterschaft und damit der deutschen Sozialdemokratie. Ihre Zukunft wächst aus der Entwicklung des deutschen Wirtschaftslebens. Muß man das erst betonen? Sie welkt kraftlos und nichtig dahin, wenn England, wie es leidenschaftlich will, die Wurzeln des deutschen Ausfuhrhandels, der deutschen Großindustrie ausreißen darf. Das ist für den deutschen Arbeiter und seine Partei jetzt in Frage, nichts mehr und nichts weniger als das nackte Leben.

Welcher Sozialdemokrat möchte den Völkerhaß schüren wollen? Doch was bedeuten Haß und Liebe im Augenblick eines Ringens um Sein und Nichtsein? In der Not dieses schrecklichen Krieges haben alle Deutschen nur eine Pflicht: ihr Volk, ihre Kultur, ihre Wirtschaft am Leben zu erhalten, und die Arbeiter überdies die Aufgabe ihre großen Werke, Partei und Gewerkschaft, zu behüten. Alles das schwankt an der Spitze des Schweres. Laßt es aus dem Blutstrom geborgen sein, und dann wollen wir weiter reden. Einstweilen möge jeder dafür sorgen, daß wir unser Menschenantlitz nicht verlieren und trotz Neger, Tscherkessen, Inder, Turkos, die man gegen uns losläßt, Europäer bleiben. Unseret willen halten wir die Taten der Wut und Roheit von uns fern: aber was die anderen dazu sagen, was die neutralen Demokraten meinen oder nicht meinen, soll man das jetzt den deutschen Arbeitern vor Augen halten? Nun, man lese ihnen die Texte der italienischen, spanischen, amerikanischen und schweizerischen Presse vor und beantworte dann die Frage der Chemnitzer Volksstimme, wie es kommt, daß Deutschland wenig Freunde in der Welt hat, die deutsche Sozialdemokratie aber in der Internationale keinen einzigen. Auch die so-

zialistische Internationale wird wieder aus dem Schutt dieses Krieges entstehen, sie ist eine Notwendigkeit des Lebens der Arbeiterschaft. Doch eine Internationale wird es sein müssen, in der den Deutschen des Reichs und Österreichs das gleiche Lebensrecht eingeräumt ist, eine Internationale die nicht, von *westlichen* Vorurteilen überwältigt, beherrscht, mißleitet, vielfach selbst die Neutralität durchbricht. Gleiches Recht, gleicher Wert für uns Deutsche in der Welt und in der Gemeinschaft der sozialistischen Parteien; das und nichts anderes kann die Grundlage der künftigen Gestaltungen werden.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

HUGO POETZSCH · DER KRIEG UND DIE SOZIALISTISCHE INTERNATIONALE



OFFENSICHTLICH hat man im feindlichen, auch im neutralen Ausland ein ganz anderes Verhalten der deutschen Sozialdemokratie zum Krieg erwartet als diese durch die Tat bekundet hat. Die in der ausländischen Presse veröffentlichten Lügennachrichten über eine Revolution in Berlin, eine Verhaftung sozialdemokratischer Führer usw. weisen deutlich darauf hin, daß man im feindlichen Ausland auf innere Schwierigkeiten in Deutschland gerechnet und diese auf der Plusseite der kriegserischen Kalkulation verbucht hatte. Alle die derartige im Ernst gehofft hatten, haben damit nur gezeigt, daß sie das Wesen der Sozialdemokratie nicht begriffen haben. Die Internationalität der Sozialdemokratie ist eben nicht mit einem verwaschenen Kosmopolitismus zu verwechseln.

Die sozialistische Internationale hat unleugbar insofern versagt, als sie nicht vermochte den großen Völkerkrieg zu verhindern. Sie hatte dazu noch nicht die Kraft. Nachdem der Krieg einmal ausgebrochen war, sind die Sozialdemokraten in allen Ländern mit voller Kraft für den Schutz ihrer nationalen Interessen eingetreten. Damit gerieten sie in Gegensatz zu denen ihrer sozialistischen Brüder der anderen Nationen. Die deutsche Sozialdemokratie bewilligte die Kriegskredite. Sozialdemokratische Landwehrlente stehen zu Hunderttausenden im Feld; nach einer Statistik aus den ersten Wochen des Krieges befanden sich 600 000 Gewerkschafter im Krieg, Zehntausende sterben den Heldentod für das Vaterland, und lange Listen lassen sich von solchen aufstellen, die sich durch besondere Tapferkeit auf dem Schlachtfeld auszeichnen. Es ist selbstverständlich nicht die Begeisterung für den Krieg an sich (in die manche unserer Intellektuellen nach Kriegsausbruch verfielen), die sie beherrscht. Es ist nur der feste Wille durchzuhalten, die Feinde niederzuringen, geboren aus der Überzeugung, daß die Unabhängigkeit und Selbständigkeit Deutschlands unter allen Umständen gesichert werden muß. Von gleichem Geist sind die Daheimgebliebenen beseelt. Überall die gleiche Energie, die Bereitschaft an diesem gemeinsamen Ziel mitzuarbeiten.

Und die sozialdemokratischen Parteien der anderen Länder?

Fast zu gleicher Stunde wie die deutschen bewilligten die französischen Sozialdemokraten die geforderten Kredite für den Krieg, den bis dahin auch sie mit der gleichen Energie und mit fast den selben At-

gumenten bekämpft hatten. Noch kurz vor Ausbruch des Krieges hatte die französische sozialistische Partei ein Manifest erlassen, in dem sie sich entschieden gegen die Verpflichtung Frankreichs wandte durch das Bündnis mit Rußland in einen Krieg hineingezogen zu werden:

Was sie [die Sozialisten] von ihr [der französischen Regierung] verlangen, ist auf den Verbündeten Rußland einzuwirken, damit er nicht unter dem Vorwand die slavischen Interessen zu schützen zu aggressiven Maßnahmen greift . . . Es [Frankreich] proklamiert entschieden den Grundsatz, daß Frankreich allein über Frankreich verfügen kann, daß es in keinem Fall durch die mehr oder minder willkürliche Auslegung eines Geheimvertrags und dunkle Verpflichtungen in einen furchtbaren Konflikt hineingezogen werden darf, daß es endlich sich seine volle Aktionsfreiheit wahren muß, um auf Europa einen friedenerhaltenden Einfluß auszuüben.« Als aber der Krieg unabwendbar geworden war, erklärten auch die französischen Genossen es als ihre nationale und kulturelle Pflicht ihr Vaterland gegen einen Angriff Deutschlands zu schützen. Und auch sie rechtfertigen ihre Zustimmung zum Krieg mit der Erklärung, daß ihr Land angegriffen worden sei. Der greise Anatole France bietet sich zum Kriegsdienst an. Der Antimilitarist Gustave Hervé richtet an den französischen Kriegsminister ein Schreiben, in dem er um die »besondere Vergünstigung« bat ihn »in das erste Infanterieregiment einzureihen, das an die Grenze abgehen wird«. Und in seiner *Guerre sociale* schreibt er am 1. August: »Zu allererst nationale Verteidigung!« (Und da gibt es Leute, die an dem Verhalten unseres Ludwig Frank herumnörgeln zu sollen glauben!) Bald gehen die französischen Sozialisten noch einen Schritt weiter. Nach den ersten deutschen Siegen treten zwei ihrer Führer, Sembat und Guesde, in das französische Ministerium ein und nehmen so den Verbündeten des Zaren einen Teil der Verantwortung ab. Dieser Schritt wurde von der sozialdemokratischen Partei ausdrücklich gebilligt und in einem Manifest an die Genossen begründet. Mit kühnem Mut hatten sich sonst die französischen Sozialisten in der Kammer gegen dieses unnatürliche Bündnis zwischen Frankreich und Rußland gewendet, die Revanchegelüste abgelehnt. Uns deutsche Sozialdemokraten erfüllt es jetzt mit tiefem Bedauern das große Kulturvolk der Franzosen, das der Welt schon vor mehr als einem Jahrhundert die Menschenrechte erkämpfte, an der Seite Rußlands zu sehen, das mit England die gänzliche Vernichtung Deutschlands anstrebt. Denn der *deutsche Militarismus*, dem nach der von England ausgegebenen Formel angeblich allein der Kampf gilt, läßt sich vom Volksganzen nicht trennen. Seine Vernichtung durch das feindliche Ausland wäre mit der Unterdrückung des deutschen Handels, der deutschen Industrie, der deutschen Kultur gleichbedeutend. Der Militärstaat Deutschland ist dem meerbeherrschenden England nicht im Weg, wohl aber der Industriestaat Deutschland, der sein maritimes Monopol durchbricht. Die Niederwerfung Deutschlands würde nicht bloß die Folge haben, daß der zarische Despotismus weiter nach Westeuropa ausgreift, auch das englische Imperium würde weitem Machtzuwachs erhalten. Die Anglophilen aller Länder kommen nun mit dem Einwand, England sei doch eine Demokratie, das demokratischste Land überhaupt. Zugegeben. Das Imperium des kapitalistischen England lastet darum nicht weniger schwer auf den anderen Ländern und Völkern. Die Demokratie ist den Vollblutengländern vorbehalten. Schon bei den Iren beginnt England als der brutalste Unterdrücker aufzutreten.

Die belgische Sozialdemokratie wird von dem gleichen nationalen Ge-

danken beherrscht wie die französische. Auch sie bringt noch in einem Manifest, das sie am 3. August in Erwartung des deutschen Einmarsches an das belgische Volk erließ, zum Ausdruck, daß sie den Frieden wünsche. Nachdem aber das »Unglück zur Tatsache geworden« habe sie nur noch einen Gedanken: »so rasch wie möglich alle Kraft einzusetzen, um dem Angriff auf das belgische Territorium Schranken zu setzen«. Daß die Belgier durch ihre feindliche Haltung gegen Deutschland ihrem Vaterland objektiv einen Dienst erwiesen haben, wird man allerdings schwerlich anerkennen können.) Bekanntlich ist dann Vandervelde in das Ministerium eingetreten, obgleich von den belgischen Genossen früher die Beteiligung an der Regierung strikt abgelehnt worden war. Vandervelde hat in England und Amerika für die belgische Regierung gegen die Deutschen gewirkt. Dabei mag manch hartes Wort gegen Deutschland gefallen sein. Bürgerliche Blätter berichteten, wie Vandervelde mit der belgischen Königin zusammen die belgische Armee besucht und ein Hoch auf diese ausgebracht habe. Bei einer spätern Gelegenheit trat Vandervelde, wie der Vorwärts vom 22. November bemerkt, als »Feldprediger« auf. Er feierte die Anwesenheit der indischen und senegalesischen Soldaten als einen Beweis, »daß jetzt die ganze Menschheit für die Freiheit und die Zivilisation gegen die Deutschen kämpfe«. Was an all diesen Nachrichten Wahres ist, läßt sich heute noch nicht feststellen. Weder dem auch sei, der belgischen Sozialdemokratie kann man einen Vorwurf aus ihrem Verhalten nicht machen; sie glaubten sich eben vor zwingende nationale Notwendigkeiten gestellt. Die Kriegskredite haben auch die belgischen Sozialisten bewilligt.

Weniger zu rechtfertigen war ein französisch-belgischer Aufruf an das deutsche Volk«, der Ende August in Flugblattform verbreitet wurde. In diesem Aufruf wird das »imperialistische Deutschland« des Anreizes zum Krieg« bezichtigt. Der deutschen Arbeiterklasse werden sozusagen mildernde Umstände zugebilligt; sie sei von den offiziellen Mitteilungen irreführt, es stehe zu befürchten, daß sie darum »keinen richtigen Blick für die wesentlichen Tatsachen« habe. Dabei vergessen die einseitig orientierten Genossen in ihrem Aufruf eine ganz wesentliche Tatsache anzuführen: Rußland wird auch nicht mit einem Wort erwähnt. Das selbe Rußland, von dem der jetzige französische Minister Marcel Sembat noch kurz vor Kriegsausbruch sagte:

Das Bündnis [Frankreichs] mit Rußland ist eine Kulturschande; bei dem Gedanken, daß unsere Staatsmänner durch russische Horden Deutschland überfluten lassen können, daß wir mit unserm Geld den Arm des Zaren gegen die Träger der großen und gewaltigen Kultur des Germanentums waffnen, muß jedem Franzosen die Schamrote ins Gesicht steigen.

Man kann der Stimmung, die der Krieg geschaffen hat, viel zugute rechnen; es konnte, wie es in dem Protest der österreichischen Partei hieß, weder der belgischen noch der französischen Partei das Recht bestritten werden Manifeste zu erlassen, auch an das deutsche Volk. Aber die Genossen hatten natürlich kein Recht im Namen der sozialistischen Internationale zu sprechen. Solch ein Mißbrauch der sozialistischen Internationale schien in dem genannten Aufruf getrieben worden zu sein, da in einem holländischen Blatt berichtet wurde, daß er neben der Unterschrift des französischen Parteivorstands auch die des internationalen Exekutiv-

komitees trug. Daraufhin erließ der Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands am 9. September 1914 eine Erklärung, deren Wortlaut nachstehend wiedergegeben sei:

»Das Exekutivkomitee des Internationalen sozialistischen Bureaus hat gemeinsam mit dem Vorstand der Sozialistischen Partei Frankreichs einen »Aufruf an das deutsche Volk« erlassen, ohne Verbindung mit der sozialdemokratischen Partei Deutschlands auch nur zu suchen.

Das Exekutivkomitee hat damit seine Befugnisse, die ihm von der Internationale übertragen worden sind, überschritten, was um so befremdlicher ist, als die sämtlichen Mitglieder des Exekutivkomitees nur einem der bei der gegenwärtigen Katastrophe beteiligten Staaten angehören und deshalb notwendig befangen und einseitig im Urteil sein mußten.

Als der unterzeichnete Parteivorstand von dem Aufruf durch die ausländische Presse Kenntnis erhielt, hat er sofort Einspruch erhoben.

Der Aufruf, dessen Wortlaut uns erst jetzt bekannt wird, stellt die Vorgänge, die zum Krieg geführt haben, im Sinn der französischen Regierung dar und geht stillschweigend über alles hinweg, was gegen die Auffassungen der verbündeten Regierungen Englands, Frankreichs, Belgiens und Rußlands spricht. Wir sehen davon ab jetzt gegen diese Auffassung zu polemisieren, weil uns der Zeitpunkt hierfür nicht gegeben erscheint. Für eine fruchtbringende Auseinandersetzung über die Haltung der einzelnen Mächte in den Tagen vor dem Kriegsausbruch liegt zudem das Beweismaterial bisher nirgends lückenlos vor.

Die Einseitigkeit des Aufrufs geht schon daraus hervor, daß in ihm die Bedrohung des deutschen Volkes durch den russischen Despotismus nicht einmal erwähnt ist, das heißt diejenige Tatsache, die das deutsche Volk in seiner Gesamtheit am tiefsten erregt hat und für die Beurteilung der politischen Situation von wesentlicher Bedeutung ist.

Der Aufruf läßt also jede Objektivität vermissen.

Weiter entnehmen wir den Nummern 3771 und 3772 der Pariser Humanité vom 14. und 15. August 1914, die erst jetzt zu unserer Kenntnis gelangen, daß das Internationale sozialistische Bureau mit Unterstützung der Sozialistischen Partei Frankreichs die sozialistischen Parteien der neutralen Länder über die »Greuelthaten der Deutschen« informieren will, um dadurch auf die öffentliche Meinung dieser Länder einzuwirken.

Wir erheben auch gegen dieses einseitige Vorgehen des Internationalen sozialistischen Bureaus öffentlich Protest. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hat stets alle Greuelthaten, wo sie auch immer vorkamen, verurteilt. Ob deutsche Soldaten in Feindesland in diesem oder jenem Ort bei ihrem Vorgehen die Grenzen berechtigter Notwehr überschritten haben, darüber liegt uns zurzeit kein genügendes Material vor. Auch sind uns vom Internationalen Bureau hierüber keine Mitteilungen zugegangen. Wir fühlen uns aber verpflichtet festzustellen, daß die deutschen Soldaten, die zu Millionen durch die Schule der deutschen Partei und Gewerkschaften gegangen sind, keine Barbaren sind und an Bildung des Geistes und Herzens hinter den Soldaten keines Volkes der Welt zurückstehen.

Es ist bezeichnend, daß das Exekutivkomitee des Internationalen sozialistischen Bureaus wegen der angeblichen Greuelthaten der Deutschen die öffentliche Meinung der neutralen Länder anrufen will, während es sich über hinterlistige Überfälle belgischer Frantkireurs auf deutsche Soldaten ausschweigt und von den Greuelthaten der Russen in Ostpreußen nichts zu melden weiß.

Später wurde mitgeteilt, daß sich in Holland bei der Übersetzung des Aufrufs ins Deutsche ein Mißverständnis eingeschlichen hätte. Tatsächlich sollen die Genossen Anseele, Bertrand, Huysmans und Vandervelde den Aufruf nur für die belgische Sektion der Internationale gezeichnet haben. Eine Klärung dieser Angelegenheit wird wohl erst nach Friedensschluß erfolgen können. Es ist zu wünschen, daß der gegen die genannten Genossen erhobene Vorwurf eines Mißbrauchs der Internationale sich als hinfällig erweisen wird. Die vorstehende Erklärung des deutschen Parteivorstands behält gleichwohl ihren Wert als Dokument der Verteidigung der nationalen Interessen durch die deutsche Partei.

Die englische Arbeiterpartei hatte kurz vor der Kriegserklärung Englands an Deutschland einen Aufruf an das Volk erlassen, in dem unter anderem ein Erfolg Rußlands als »Fluch der Welt« bezeichnet wurde. Auch das Parteiorgan Daily Citizen hieß sich in den ersten Wochen des Krieges recht objektiv. In direkte Opposition zur Regierung trat der Vorsitzende der Arbeiterpartei James Ramsay MacDonald. MacDonald hielt eine gründliche Abrechnung mit der Politik Greys. Er machte Grey der Vorwurf, daß er vorwiegend auf den Krieg Englands mit Deutschland hingearbeitet hätte:

»Deshalb konnte er nicht die ganze Wahrheit dem Parlament sagen. Er hat verschwiegen, daß nicht die Unabhängigkeit sondern nur die Neutralität Belgiens gefährdet war und ließ uns glauben, die Unabhängigkeit dieses Staates wäre gerade so gefährdet wie seine Neutralität. Auch hat er uns das Gespräch mit dem deutschen Botschafter vom 1. August nicht mitgeteilt.

Ähnlich lauten die Erklärungen einiger anderer Arbeiterführer, und in einer Kundgebung der sozialistischen Independent Labour Party heißt es unter anderem:

»Nicht die serbische oder belgische Frage hat dieses Land in den furchtbarsten Kampf geworfen. Großbritannien steht nicht im Kampf für unterdrückte Nationen oder für belgische Neutralität. Wäre Frankreich durch Belgien in Deutschland eingerückt, wer glaubt da, wir hätten Feindseligkeiten gegen Frankreich eröffnet? ... England hat sich selbst hinter Rußland gestellt, die reaktionärste, korrupteste Macht in Europa. Läßt man Rußland seine territorialen Wünsche befriedigen und seine Kosakenmacht ausdehnen, so läuft die Zivilisation und die Demokratie ernstliche Gefahr. Und dafür hat England das Schwert gezogen.

Wie mag es kommen, daß die englische Sozialdemokratie, abweichend von der der anderen beteiligten Staaten (allerdings nur ganz am Anfang und auch da nur zu einem Teil), in Opposition zu ihrer Regierung steht? Sind etwa die englischen Sozialisten die besseren, aufgeklärteren Sozialdemokraten, die sich von der *nationalen Welle* nicht haben fortreißen lassen? Die *Prinzipienfesten*, die es wagen ihrer Regierung entgegenzutreten? O nein. Die Gründe für diese Erscheinung liegen anderswo. Für die anderen beteiligten Staaten lag eine eiserne Notwendigkeit vor, für sie stand die Unabhängigkeit, wenn nicht die Existenz ihres Staatswesens auf dem Spiel; für die sozialdemokratischen Parteien dieser Länder galt es unter allen Umständen zunächst diese zu retten, was immer sie auch sonst gegen die innere Politik ihrer Regierungen einzuwenden hatten. Für England kam dies im Anfang des Krieges nicht in Frage. Der fadenscheinige Vorwand, England müsse die Verträge schützen¹⁾ konnte die Bevölkerung nicht begeistern. Die Parole »Gegen den Militarismus!« zog schon etwas mehr, aber man hielt zunächst das Inselreich durch diesen in keiner Weise gefährdet. Man mußte erst durch Lügenberichte über die Greuel der Barbaren, über die Spione im Land usw. den Deutschenhaß zur Siedehitze steigern. Dazu aber und vor allem kamen die Erfolge der deutschen Waffen. Auch die Engländer sehen ihr Land gefährdet. Und nun kommt auch der Umschwung in der Auffassung der englischen Sozialisten. Eine Vergleichung der Arbeiterpresse zeigt die Wandlung. So bemerkt der Daily Citizen Mitte Oktober unter anderem, daß die Nachrichten über eine kriegsfeindliche Strömung in der englischen Arbeiterschaft durchaus nicht

¹⁾ Wie England die Verträge und das Völkerrecht schützt, siehe unter anderem Schappel Der Krieg, Amerika und England, England, und Englands wirtschaftliche Kriegführung, sowie Quessel Der Krieg und das britische Weltreich, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte, pag. 1062 ff., 1113 ff. und 1170 ff. sowie 1164 ff.

richtig seien. Der Kampf müsse jetzt zu Ende geführt werden, alle müßten jetzt »einig sein zur Erhaltung des Vaterlands«. Diese Stimmung steigert sich zusehends. In einem Manifest, das die englischen Arbeiterführer Mitte Oktober erlassen, wird nunmehr alle Schuld Deutschland zugeschoben. Es wird von einem herrschsüchtigen Ultimatum Deutschlands an England, von der mutwilligen Verletzung der Neutralität Belgiens gesprochen. Die Partei sehe ein, daß, wenn England seine Versprechungen gegenüber Belgien nicht erfüllt hätte sondern beiseite geblieben wäre, der Sieg der deutschen Armee wahrscheinlich gewesen wäre, und der Sieg Deutschlands würde den Tod der Demokratie in Europa bedeuten. Kein Wort gegenüber Rußland. Unter den Unterzeichnern dieses Schriftstücks befinden sich die Abgeordneten Barnes, Henderson, O'Grady, Richards, Hodge, Thorne, Williams, Crocks und andere; vom parlamentarischen Komitee hatten unter anderen Seddon, Bowerman, Jenkins gezeichnet, vom Gewerkschaftsbund Ben Tillett, Taylor, Appleton, Sanders. Auch MacDonald, der wegen seiner Stellungnahme gegenüber der Regierung den Vorsitz in der Arbeiterpartei niederlegen mußte, stellt in späteren Reden, die im Daily Citizen vom 17. und 19. Oktober wiedergegeben sind, ausdrücklich fest, daß, so sehr er den Krieg bedaure, so sehr er der englischen Regierung die Schuld beimesse, der Krieg jetzt mit allen verfügbaren Kräften geführt werden müsse, bis ein endgültiger Sieg für Großbritannien erkämpft sei, und daß hierbei die Sozialdemokraten mit zu helfen haben. Im Clarion fordert Robert Blatchford sogar, daß alle Deutschen, selbst die naturalisierten, verhaftet und deportiert werden; es sei ein Verbrechen, auch nur einem unter ihnen zu trauen. (Dies kann immerhin als Beweis dafür dienen, daß die Schilderungen über die Verfolgungssucht der Engländer, die Anpöbelung der Deutschen und über ihre schlechte Behandlung in den Konzentrationslagern im allgemeinen nicht übertrieben sind.) Und gar Hyndman, der langjährige Vorsitzende der Britischen sozialistischen Partei, hat an den Mailänder Secolo einen Brief gerichtet, in dem er die Italiener auffordert schleunigst Deutschland den Krieg zu erklären. Nachdem er auf Cavour verwiesen, der 1856 gerade noch zur rechten Zeit die italienischen Truppen nach der Krim gesandt habe, sagt er:

„Heute ist der Augenblick für Italien gekommen, bevor der schon gesicherte Sieg der Alliierten definitiv sein wird, eine ähnliche Entscheidung zu treffen, da es über eine viel stärkere Armee verfügt.“

Nach 3monatiger Dauer des Krieges herrscht in England vollständige Einmütigkeit zwischen Regierung und Proletariat. Im Unterhaus werden am 13. November der Regierung die notwendigen Kriegskredite bewilligt, und Henderson versichert, seine Partei werde alles tun, um die Einigkeit bis zum Ende der großen gegenwärtigen Prüfung aufrechtzuerhalten. Die gesamte Arbeiterpartei sei mit der Regierung einig. Man müsse den Krieg entschlossen bis zu einem befriedigenden Ausgang fortsetzen. Die Dauer des künftigen Friedens hänge von der Vollständigkeit des Sieges ab. Die Arbeiterpartei werde fortfahren die Regierung überall zu unterstützen, in der Erwartung, daß diese die übernommene Aufgabe bis zu dem von allen gewünschten Ergebnis durchführen werde. Nun, das von der englischen Regierung gewünschte Ergebnis ist bekanntlich die vollständige Niederwerfung Deutschlands, für das also jetzt auch die englische Arbeiterpartei eintritt.

Nur die Sozialdemokratie Irlands hält ihren Widerspruch gegen den Krieg aufrecht; ihr Haß gegen die Unterdrücker ihrer Nationalität überwiegt, er äußert sich in einem Manifest, in dem folgende Sätze vorkommen: »Hat Deutschland jemals Irland etwas Böses getan? Nein. Hat England jemals Irland etwas Böses getan? Ja. Die ganze Geschichte unserer Verbindung ist eine Geschichte des englischen Krieges gegen Irland gewesen. Sollen wir unter diesen Umständen die Waffen aufnehmen und uns daran machen eine Nation morden zu helfen, die uns nie Böses getan hat, und dies obendrein auf den Ruf einer Nation, die unser nationales Leben zerstört hat, die unsere Zivilisation erwürgte, unser Land verwüstete, die mit Hungersnot ungezählte Millionen unseres Landes schlug, die die Besten und Tapfersten unserer Rasse hängte oder einkerkerete, und die sogar heute noch sich weigert die traurige Karikatur einer Selbstverwaltung, die uns schon lange versprochen ist, in die Wirklichkeit umzusetzen?«

Man sieht, die Iren haben an sich die traurige Erfahrung gemacht, daß die angebliche Hüterin westeuropäischer Demokratie diese nur für die Vollblut-Engländer sorgfältig behütet. Irland hat noch heute keinerlei Selbstverwaltung, und in all den Jahrhunderten vermochten die Briten auf der grünen Insel moralische Eroberungen nicht zu machen.

Innerhalb der revolutionären und sozialistischen Gruppen Rußlands bemerken wir in ihrer Stellung zum Krieg zunächst ebenfalls große Widersprüche. Burzew geht nach langjährigem Exil zurück nach Rußland und stellt sich seinem Vaterland zur Verfügung (wird aber verhaftet). Plechanow nimmt in einem Brief an die Londoner Justice Partei gegen Deutschland und wünscht im Interesse der wirtschaftlichen und politischen Fortentwicklung seines Landes diesem den Sieg. Die sozialistischen Duma-abgeordneten haben aber gegen die Kriegskredite gestimmt. Und gegen Burzew wendet sich der Genosse Martow in einem Artikel der Guerre Sociale und sagt, daß Burzew kein Recht habe im Namen der russischen Sozialdemokratie zu sprechen; diese sei weit davon entfernt die zaristische Regierung zu unterstützen. Auch Parvus sieht in einem Artikel in der Sozialer Arbeiterzeitung in einem Sieg des Zarismus »einen schrecklichen Schlag für die Demokratie«:

»Ein Sieg Rußlands würde dem Zarismus zu ungeahnter Macht verhelfen. Aus der Leichen französischer, belgischer und deutscher Massen würde sich der Zarenthron zu neuer Größe erheben.«

Genosse Vandervelde hatte an die russische Sozialdemokratie einen offenen Brief gerichtet, durch den er deren Unterstützung für den Krieg gegen den deutschen Imperialismus zu erwirken hoffte. Er holte sich eine Absage. Der Vorstand der Russischen sozialistischen Arbeiterpartei (der Majoritätsgruppe) veröffentlichte eine Erklärung, in der er den russischen Absolutismus als den Feind der ganzen Demokratie bezeichnet, als die Stütze des reaktionären Militarismus in Europa; wenn Rußland siegen sollte, werde es »mit gesteigerter Kraft und Ansehen das größte Hindernis für die demokratische Entwicklung darstellen«. So das Urteil der russischen Sozialdemokratie, die damit einen höhern Grad politischer Einsicht bekundet, als diejenigen, die da meinen, es könne für die Fortentwicklung westlicher Demokratie gar kein geeigneteres Mittel geben als die Vernichtung Deutschlands mit Hilfe Rußlands.

Aber auch innerhalb der russischen Arbeiterklasse geht eine ähnliche Entwicklung vor sich, wie wir sie an der englischen nachweisen konnten. Das russische Proletariat hatte man angenommen, daß es die Kriegswirren

einem Vorstoß gegen den Zarismus ausnutzen werde. Je länger der Krieg aber dauert, desto populärer scheint er auch in Rußland zu werden. Die Leipziger Volkszeitung vom 13. November veröffentlicht den Brief eines russischen Genossen, der die »überraschende Tatsache« mitteilt, daß sogar »viele russische Sozialdemokraten für den Krieg sind«. Die Genossen Masslow und Tschcheidse, Führer der russischen sozialdemokratischen Dumafraktion, haben sich, wie dieser Genosse weiter berichtet, für den Krieg als einen Kampf für die russische Kultur ausgesprochen, um »das kleine Bäumchen [die russische Kultur] gegen die Vernichtung zu verteidigen«. Und da sollte man in der Internationale berechtigt sein der deutschen Sozialdemokratie aus ihrer Haltung gegenüber den Erfordernissen des Krieges einen Vorwurf zu machen, wenn schon russische Genossen so starkes Nationalgefühl entwickeln?

Was die österreichische Sozialdemokratie anlangt, so genügt es zu bemerken, daß diese mit der deutschen in allen Punkten übereinstimmend gehandelt hat. Das heißt, auch sie hat alle Kräfte angestrengt und den Krieg zu verhindern gesucht. Als diese Möglichkeit nicht mehr vorlag, hat sie unter Vertagung aller inneren Kämpfe an der Verteidigung ihres Vaterlands teilgenommen.

Der Vollständigkeit halber sei noch mitgeteilt, daß die beiden sozialdemokratischen Abgeordneten in der serbischen Skupschtina Lazewic und Kazlerowic gegen den Krieg protestieren und die Kredite ablehnten.

Auf die Haltung der sozialistischen Parteien in den neutralen Ländern einzugehen würde zu weit führen. Es sei nur kurz festgestellt, daß diese nach Ausbruch der Feindseligkeiten ihre Hauptaufgabe darin erblickten den Brand sich nicht noch weiter ausdehnen zu lassen, die strikteste Neutralität aufrechtzuerhalten. Ein weiteres Merkmal ist die große Abneigung gegen Deutschland, die sich in allen Ländern bis weit hinein in die Reihen der Sozialdemokraten bemerkbar macht. Die Ursachen für diese Erscheinung hier bloßzulegen gehört nicht in den Rahmen dieses Artikels. Sie sind aber charakteristisch genug, um vielleicht gelegentlich besonders behandelt zu werden.

Wir sehen, die Sozialdemokraten fast aller Länder betrachten es im Fall des unvermeidlich gewordenen Krieges als ihre erste Aufgabe ihr Vaterland zu schützen. Alle im Innern auszukämpfenden Konflikte werden vertagt. Sollen wir uns deswegen gegenseitig Vorwürfe machen? Oder darüber jammern, daß die Internationale versagt hätte? Haben nicht vielmehr wir selbst einer Täuschung gelebt, indem wir das nationale Empfinden zu gering einschätzten? Der Krieg, so sagte Genosse K. Kautsky in seiner Unterredung mit dem holländischen Genossen Troelstra, »hat das nationale Gefühl auch in breiten Schichten des Proletariats stark geweckt«. Der Wille sich für die Nation aufzuopfern wird bei den Volksgenossen um so größer sein, je geschlossener der Nationalstaat, je höher die errungene Kultur. Fallen die nationalen Interessen mit den proletarischen zusammen, so ist es kein Widerspruch und kein Verrat an der Internationale für jene einzutreten. In allen Ländern befürchtet die politisch denkende Arbeiterschaft bei einer etwaigen Niederlage ihres Landes eine Verschlechterung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Lage. Mit Recht meint K. Kautsky, daß, wenn

trotz aller Bemühungen der Sozialdemokratie es zu einem Krieg komme. für die Sozialisten aller Nationen das gleiche Recht, die gleiche Pflicht erwachse an der Verteidigung der Nation teilzunehmen, und keine darf der andern daraus einen Vorwurf machen«.)

Die Existenz des Vaterlands, Sein oder Nichtsein der Nation, die Vernichtung der eigenen Kultur, der Verlust der Selbständigkeit und nationalen Unabhängigkeit: all dies stand für die Arbeiter der europäischen Länder auf dem Spiel, wenigstens hatten sie alle gleichermaßen die Befürchtung. »Wir haben doch nur nach dem allgemeinen Volksempfinden gehandelt«, so begründete ein alter ehrlicher, dem radikalen Flügel zuzurechnender Abgeordneter mir gegenüber die Haltung der deutschen sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Und der Genosse Scheidemann sagt in seinem Schreiben an die New Yorker Volkszeitung, nachdem er sein Bedauern darüber ausgedrückt hat, daß Frankreich und England mit Rußland zusammen angeblich für Freiheit und Kultur gegen das Deutschland kämpfen:

Wir haben als überzeugte Sozialisten für die Kriegskredite gestimmt. Das ganze Volk ist entschlossen, koste es, was es wolle, den Krieg so schnell als möglich, und zwar siegreich zu beenden.«

Eine solche Haltung ist durchaus sozialistisch. Man braucht nicht erst Marx und Engels, Bebel und Liebknecht als Zeugen aufzurufen. Jede Nation hat das Recht auf ihren Bestand. Die Fortentwicklung ist nur möglich auf nationaler Grundlage. Und die Internationale wird um so stärker werden, je kräftiger und energischer die nationalen Einheiten sich entwickeln, aus denen jene sich zusammensetzt. Die Internationale wird neu erstehen, weil das Interesse des Proletariats ihre Wiederaufrichtung heischt. Dabei werden die Erfahrungen dieser letzten Episode nutzbringend angewandt werden müssen. Jedenfalls dürfen auch in Zukunft den nationalen sozialistischen Parteien der einzelnen Länder für ihre eigenen Angelegenheiten keine Hindernisse bereitet werden. Die wirtschaftlichen, politischen und sozialen Verhältnisse sind in den einzelnen Staaten so grundverschieden, daß nationale Fragen nicht durch starre internationale Beschlüsse geregelt werden können. Das Zusammengehörigkeitsgefühl der ganzen menschlichen Gemeinschaft kann und wird eine weitere Ausdehnung erfahren. Aber eine wahre Internationale kann nur auf Grund der Abwägung und Vertretung wohlverstandener nationaler Interessen erstehen und fruchtbringend sein. Nicht eine Aufhebung, vielmehr eine Vertiefung der nationalen Gesinnung ist die Aufgabe des Sozialismus auch in der Internationale.

LUDWIG QUESSEL · DAS KRIEGSKOMPLOTT VON 1914



In diesen großen Tagen, deren gewaltige Ereignisse selbst den einfachen Mann zwingen in welthistorischen Perspektiven zu denken, ist es lehrreich sich in die Erinnerung zurückzurufen, wie unsere Lehrmeister Marx und Engels über den Ursprung und die Folgen des Krieges 1870-1871 dachten. Für die naive Auffassung Wilhelm Liebknechts, der Krieg sei von Bismarck »gemacht« worden, hatten

*) Siehe Kautsky Die Sozialdemokratie im Krieg, 1914-1915, 1. Band, pag 1 ff.

beide nur ein mitleidiges Lächeln übrig; sie wußten, daß das Streben der französischen Bourgeoisie nach Vorherrschaft in Europa und das Verlangen des deutschen Bürgertums nach Einheit und Gleichberechtigung mit einander unvereinbar waren, und daß dieser Gegensatz zu einem Krieg führen mußte. Die Angliederung Elsaß-Lothringens an das Deutsche Reich hat dann in Frankreich ein Revanchebedürfnis hinterlassen, das, wie Marx und Engels auch richtig voraussagten, die französischen Bourgeoisrepublikaner zu einer Freundschaft und später zu einem Bündnis mit dem zarischen Rußland trieb. Gleichwohl darf man nicht verkennen, daß die Revancheidee im französischen Volk selber immer schwächer wurde und gegen Ausgang des 19. Jahrhunderts bereits dem Verlöschen nahe war. Sie spielte nur noch als Werkzeug der innern Parteipolitik eine Rolle, aber nicht mehr als wirkende Realität und hätte trotz des Bundes mit Rußland schwerlich zu einem Krieg geführt. Erst als England das Bedürfnis fühlte die Feindschaft Frankreichs auf das dem wirtschaftlichen Monopolstreben Englands immer unbequemer werdende Deutschland abzulenken und zu diesem Zweck die Entente mit Frankreich in die Wege leitete, die dann später auch noch Rußland einbezog, wurde dadurch der Revanchegedanke in Frankreich zu neuem Leben erweckt. Ohne die Einwirkung Englands hätten Poincaré und seine Gesinnungsgenossen nie dazu kommen können die alten Traditionen der Revanchepolitik wieder aufzunehmen. Ganz falsch wäre es Frankreich als das Werkzeug der russischen Großfürstenpartei hinzustellen. Die Dinge liegen vielmehr so, daß die russische Großfürstenpartei genau so das Werkzeug des britischen Imperialismus ist wie die französische Republik. Der Nachweis dessen sei im folgenden kurz versucht.

Zwei Jahre vor dem Ausbruch des Weltkriegs habe ich hier in einer Studie über den russischen Imperialismus darauf verwiesen, daß die Vernichtung der russischen Flotte bei Tsuschima das drohende Gespenst russischer Vorherrschaft in Europa, das viele Jahrzehnte hindurch alle demokratischen Politiker ängstigte, vorläufig wohl verscheuchen konnte, daß dieses Ereignis aber doch nicht imstande war Rußland aus der Reihe der Weltmachtspolitik im großen Stil treibenden Staaten zu streichen.¹⁾ Nachdem so ziemlich in allen Klassen der russischen Gesellschaft der Glaube an die wunderthätige Mission der sozialen Revolution verflogen war, so schrieb ich 1912, zeige sich uns wieder die bedeutungsvolle Tatsache, daß das russische Reich die einzige europäische Großmacht sei, die Weltpolitik als kontinentale Politik treiben könne. Auch ohne Verfügungsgewalt über eine Flotte könne Rußland, gestützt auf seine Landstreitkräfte, als Großmacht in Europa und Asien auftreten. Wer dies im Auge behält, werde sich nicht darüber wundern, daß die russische Auslands politik nicht von dem Gefühl der Enttäuschung geleitet werde sondern von dem kraftvollen Bewußtsein erweiterter Ziele. Ein kräftiger imperialistischer Hauch dringe wieder durch alle Schichten der Gesellschaft. Lauter als je jauchze man in Moskau und Petersburg der hell aufstrahlenden Sonne des slawischen Weltreichs entgegen, das sich vom Archipel bis zum Eismeer, von Konstantinopel bis zum Stillen Ozean aufbauen soll, eines Reichs, für das Kleinasien, Ostturkestan, die Mongolei und die Mandchurei als neue Herrschafts- und Kolonisationsgebiete dienen sollen. Im August 1912 schien es allerdings, als ob der rus-

¹⁾ Siehe meinen Artikel *Das russische Imperium*, in den Sozialistischen Monatsheften, 1912, 2. Band, pag. 1043 ff.

sische Doppeladler, der seit Peter dem Großen mit einem Kopf nach Europa und mit dem andern nach Asien schaut, ganz und gar mit der reichen Beute beschäftigt sei, die er im fernen Osten witterte. Mit wollüstigem Behagen empfand man damals in Petersburg und Moskau die furchtbare Tragik der revolutionären Kämpfe im persischen und chinesischen Reich, die alle Kräfte dieser Länder zu verzehren und diese zur wehrlosen Beute des zweiköpfigen Adlers zu machen schienen. Rußland konnte im vorigen Jahr sich ungestört in der Mongolei festsetzen und seine Herrschaft im nördlichen Persien ausbauen und befestigen. Auch das russisch-japanische Abkommen erweckte den Anschein, als ob man in Petersburg alle Kräfte auf den fernen Osten konzentrieren wolle, um gemeinsam mit Japan die chinesischen Nebenländer von der neuen Republik loszulösen und über das Reich der Mitte langsam ein russisch-japanisches Protektorat zu errichten. Heute wissen wir, daß, während der russische Imperialismus geschäftig im fernen Osten sich betätigte, er das alte Ziel europäischer Expansionspolitik nicht aus dem Auge verlor.

In der Tat brauchte der nach Europa gerichtete Kopf des russischen Doppeladlers nicht untätig die Augen zu schließen, während der andere nach Raub im fernen Osten auslugte. Die englische Einkreisungspolitik bot der russischen Diplomatie im südöstlichen Europa ein weites Feld der Tätigkeit. In London war man der Ansicht, daß das Werk der Einkreisung Deutschlands erst vollendet sei, wenn Italien definitiv vom Dreibund losgelöst und die Balkanstaaten militärisch und politisch gegen Deutschland und Österreich-Ungarn geeinigt wären. Die Einigung der Balkanstaaten übertrug Sir Edward Grey den Russen, die sich, nachdem ihnen Konstantinopel als Preis ihrer Bemühungen in Aussicht gestellt worden war, mit Eifer und Geschick dieser Aufgabe unterziehen. Schon im Mai dieses Jahres erfuhren wir aus einem Artikel, den Professor Miljukow, der beste Kenner der russischen Auslandspolitik, in der Rjetsch veröffentlichte, daß der Balkanbund, dessen Entstehung das im April 1914 veröffentlichte russische Orangebuch absichtlich im Dunkeln ließ, seine Spitze zunächst nicht gegen die Türkei sondern gegen Österreich-Ungarn kehren sollte. Miljukow, der in der Lage war die Angaben des russischen Orangebuchs durch eigene Mitteilungen zu ergänzen, kennzeichnet den ursprünglichen Zweck des Balkanbunds wie folgt:

»Wenn man diese Anstrengungen Rußlands kurz vor dem Krieg mit denjenigen vergleicht bei Gründung des Bundes, so muß man zum Schluß kommen, daß der Zweck des Balkanbunds in den Augen Rußlands ein a n d e r e r war als in denen der Verbündeten selbst. In der Militärkonvention zwischen Bulgarien und Serbien, die im Vertrag vom 29. Februar [13. März] vorgesehen, wenn sie auch erst am 29. April [12. Mai] 1912 abgeschlossen wurde, war unter anderm ein Krieg mit Ö s t e r r e i c h vorgesehen, zu welchem Zweck sich Bulgarien verpflichtete 200 000 Soldaten ins Feld zu stellen. Dagegen war dort nicht von einem Krieg in Thrazien mit der Türkei die Rede. Der Konstantinopler Timeskorrespondent dürfte daher mit seiner Annahme nicht unrecht haben, daß damals die Sorge um die Türkei Rußland auf sich genommen hatte. Als sich im September 1912 die politische Konjunktur vollständig änderte, als es klar wurde, daß sich die Balkanstaaten zu einem Krieg gegen die Türkei vorbereiteten, wurden von den Verbündeten hinter dem Rücken Rußlands neue Militärkonventionen abgeschlossen, in denen der gesamte Aufmarsch der Balkanheere vollständig umgeworfen wurde. Da jetzt Thrazien zum Hauptkriegstheater ausersehen war, so war es verständlich, daß die Bulgaren von den Serben das Recht erlangten ihre gesamte Truppenmacht nach Osten zu werfen, um den Hauptstoß der Türken abschlagen zu können. Rußlands Hilfe war natürlich

unter den neuen Verhältnissen weder zur Neutralisierung der türkischen Streitkräfte noch zu einem aktiven Eingriff gegen Byzanz in Betracht gezogen. Nur der russische Gesandte in Belgrad war besser orientiert. Wie aus dem Orangebuch hervorgeht, hat er bereits am 15. [28.] September nach Petersburg an den Gehilfen des Ministers des Äußern Neratow gemeldet, der an Stelle seines in Balmoral weilenden Chefs Sasonow die Geschäfte führte, daß sich Griechenland, Bulgarien und Serbien über einen gemeinsamen Schritt geeinigt hätten, der nicht einer *Bitte* sondern einem *Ultimatum* an die Türkei gleichkäme. 2 Tage darauf mobilisierten in der Tat schon Serbien und Bulgarien.«

Es bedarf wohl keines besondern Nachweises, daß der »Krieg mit Österreich«, der in der am 12. Mai 1912 abgeschlossenen Militärkonvention zwischen Serbien und Bulgarien vorgesehen war, auch ein Krieg gegen Deutschland war. Wenn das Werk der russischen Balkandiplomatie von 1912, das jetzt mit russischen Drohungen und britischen Lockungen erneuert werden soll, scheiterte, wenn das Schwert, das Rußland mit britischem Einverständnis gegen den Verbündeten Deutschlands geschmiedet hatte, sich gegen die Türkei wandte, so lag dies daran, daß auch die geschickteste Diplomatie gegenüber der großen Macht, die die geographische Lage und die Geschichte der Länder auf das Fühlen und Denken der Völker ausübt, nicht aufzukommen vermag. Die russisch-britische Balkandiplomatie mußte bald die Erfahrung machen, daß das Napoléonische Wort »Die Geographie ist das Schicksal eines Landes« auch heute noch zu Recht besteht. Aus dem Krieg der slawischen Balkanstaaten gegen den Zweibund wurde ein Krieg in Thrazien mit der Türkei. Die militärische Überrumpelung desjenigen Staates, der auf Tod und Leben mit dem Zweibund zusammenhalten mußte, paßte freilich auch nicht schlecht in das Programm der britischen Einkreisungspolitik. Ihre Kreise wurden freilich durch zwei Ereignisse nicht unwesentlich gestört. So groß auch der Jubel über die serbischen und bulgarischen Siege in Moskau und Petersburg war, so geriet man dort doch sehr bald in Unruhe, als die Gefahr entstand, daß Konstantinopel mit den Dardanellen in den Besitz der Bulgaren und Griechen fallen könnte. Hätte die Türkei an der Tschataldschalinie nicht einen Teil ihrer einstigen großen militärischen Kraft wiedergewonnen, so hätte es der russischen Diplomatie sehr leicht wie dem Goetheschen Zauberlehrling gehen können, der die Geister, die er rief, nicht mehr loswerden konnte. Konstantinopel mit den Dardanellen in den Händen der Bulgaren und Griechen zu wissen war für den russischen Imperialismus ein furchtbarer Gedanke. Dieser Gefahr wurde in Moskau und Petersburg dadurch vorgebeugt, daß man heimlich die Serben und Griechen auf Bulgarien hetzte, während man öffentlich bestrebt schien die Gegensätze im Balkanbund zum Ausgleich zu bringen. Der zweite Balkankrieg war seinem Wesen und Ursprung nach ein Kampf für die Sicherung des Endziels der russischen Politik im nahen Orient. Es war ein Krieg, der dem Hände weg!, das Sasonow im ersten Balkankrieg Bulgarien und Griechenland zurief, eine feste Grundlage geben sollte. Die Niederwerfung Bulgariens durch Serbien und Griechenland war die denkbar stärkste Sicherung der russischen Anwartschaft auf Konstantinopel, zu deren Realisierung Großbritannien im August Rußland nicht vergeblich aufrief. Der Besitz Konstantinopels mit den Dardanellen nebst Umbildung des Schwarzen Meeres zu einem russischen Binnensee war der Preis, den England dem Zarenreich für die Niederwerfung Deutschlands bot.

Es ist interessant, daß der ehemalige Marxist Struve noch vor dem Aus-

bruch des Krieges den russisch-deutschen Gegensatz auf die Streitfrage, wer am Goldenen Horn herrschen soll, zurückführt. In der August-September-Nummer der Moskauer Revue Rußkaja Mysl führt der Schöpfer des Programms Großrußland folgendes aus:

»Bei den deutschen Politikern tauchte eine selbständige türkische Politik auf, die sich zu der Idee und dem Programm der Ägyptisierung der Türkei unter dem Schutz Deutschlands verdichtete. Der Bosphorus und die Dardanellen sollten sich in ein deutsches Suez verwandeln. Schon vor dem italienisch-türkischen Krieg, der die Türkei aus Afrika verdrängte, und vor dem Balkankrieg, der die Türkei fast aus Europa herauswarf, tauchte für Deutschland deutlich die Aufgabe auf, die Türkei und ihre Unabhängigkeit im Interesse der wirtschaftlichen und politischen Festigung Deutschlands zu erhalten. Nach den erwähnten Kriegen änderte sich diese Aufgabe nur insofern, als die äußerste Schwäche der Türkei zutage getreten war, unter diesen Umständen mußte ein Bündnis de facto in ein Protektorat oder eine Bevormundung ausarten, die das Ottomanische Reich schließlich auf das Niveau Ägyptens bringen mußte. Es ist aber vollkommen klar, daß ein deutsches Ägypten am Schwarzen und am Marmarameer vom russischen Standpunkt aus völlig unerträglich wäre. Kein Wunder daher, daß die russische Regierung sofort gegen die auf eine solche Politik hinzielenden Schritte, so gegen die Mission General Liman von Sanders, protestierte, der nicht nur die türkische Armee reorganisieren sondern auch ein Armeekorps in Konstantinopel befehligen sollte. Formell erhielt Rußland in dieser Frage Genugtuung, in Wirklichkeit aber änderte sich die Sachlage nicht im geringsten. Unter diesen Umständen stand im Dezember 1913 ein Krieg zwischen Rußland und Deutschland in unmittelbarer Nähe: Der Fall der Militärmission Liman von Sanders hatte die auf die Ägyptisierung der Türkei gerichtete Politik Deutschlands aufgedeckt. Schon diese neue Richtung der deutschen Politik hatte ausgereicht, um einen bewaffneten Konflikt zwischen Deutschland und Rußland hervorzurufen. Wir traten also im Dezember 1913 in eine Epoche der Heranreifung eines Konflikts ein, der unvermeidlich den Charakter eines Weltkonflikts annehmen mußte. . . Die internationale Lage wurde dadurch kompliziert, daß während des Bestehens eines ersten Gegensatzes zwischen Deutschland und England ein noch ersterer Gegensatz zwischen Rußland und Deutschland heranreifte, das nun nicht mehr als Beschützer Österreichs sondern selbständig der jahrhundertealten Richtung der russischen Politik im nahen Osten entgegentrat und seine Bestrebungen auf einen Punkt richtete, an dem sich im Lauf fast des ganzen Jahrhunderts der russisch-englische Gegensatz kristallisiert hatte.«

Die obigen Ausführungen Struves sind bereits ganz in dem Geist gehalten, den wir in den ersten Kriegsmonaten reichlich kennen gelernt haben, und der darauf hinausläuft alle Schuld am Ausbruch des Krieges auf Deutschland abzuwälzen. Richtig an den Darlegungen des russischen Imperialisten ist eigentlich nur der Schlußsatz, daß der Widerstand Englands gegen die Festsetzung der Russen am Bosphorus und an den Dardanellen den russisch-englischen Gegensatz schuf, der die Geschichte des 19. Jahrhunderts erfüllt. Struve sagt uns aber nicht, weshalb dieser englisch-russische Gegensatz im 20. Jahrhundert so plötzlich aufhörte. Seine Behauptung, daß der Bosphorus und die Dardanellen in ein deutsches Suez verwandelt werden sollten, ist völlig sinnlos. Die Türkei hätte wahrlich keine Anlehnung an Deutschland gesucht, wenn ihrer staatlichen Unabhängigkeit von dieser Seite irgendeine Gefahr drohte. Als die Meeresstraßen in Gefahr standen bulgarischer und griechischer Besitz zu werden, war es nicht Deutschland, das einen zukünftigen Besitz gefährdet sah. Das an Bulgarien und Griechenland gerichtete Hände weg! erklang nicht in Berlin sondern in Petersburg. Bei aller Sympathie für die staatliche Unabhängigkeit der Türkei hätten Deutschland und Österreich-Ungarn nie zum Schwert gegriffen, um Bulgaren und Griechen vom Bosphorus und von den Dardanellen zu vertreiben. Es ist auch nicht wahr, daß Deutschland im 20. Jahrhundert die Aufgabe

Englands übernommen hätte Rußland von Konstantinopel fernzuhalten. Deutschland überläßt es vielmehr der Türkei selbst sich gegen ihre Widersacher zu wehren. Es kann ihr dabei als uninteressierte Macht gute Dienste leisten, aber nicht diese Aufgabe selbst übernehmen. Es ist daher auch nicht wahr, daß die Dienste, die Deutschland der Türkei leistete, das Objekt waren, an dem sich der russisch-deutsche Gegensatz entzündete. Die Dinge liegen vielmehr so, daß England den Russen Konstantinopel als Preis dafür bot, daß sie im Bund mit Frankreich Deutschland niederringen. Wie Frankreich Syrien und das linke Rheinufer zugesprochen erhielt, wenn es sich zum Überfall auf Deutschland bereit finde, so versprach man in der Downing Street den Russen Konstantinopel, wenn es sein Millionenheer nach Berlin marschieren lasse. Der russisch-deutsche Gegensatz rührt nicht daher, daß im 20. Jahrhundert plötzlich Deutschland ein größeres Interesse als England hat den Halbmond über der Hagia Sophia zu erhalten, sondern er hat seinen Ursprung in London, wo man Rußland gegen Deutschland durch den Hinweis mobil machte, daß der Weg nach Konstantinopel nur über Berlin führt. Darüber ließ man der russischen Diplomatie in London keinen Zweifel, daß Konstantinopel von England nur für den Preis eines Krieges gegen Deutschland zu haben sei. Erwägt man, daß die Gewinnung Konstantinopels den Russen seit Jahrhunderten als das höchste Ziel ihrer Auslandspolitik erscheint, so wird man begreifen, daß Rußland dieser Lockung nicht widerstehen konnte.

Die kluge Ausnutzung russischen Machtstrebens und französischen Nationalstolzes durch die englischen Staatsmänner hat zu dem Weltkrieg von 1914 geführt. Daß England es wie stets verstanden hat seinem Vorgehen eine moralische Begründung zu geben und die englische Sache als die Sache der Humanität hinzustellen, kann einen Kenner der englischen Geschichte nicht verwundern. Seltsamer ist freilich die Erscheinung, daß selbst russische Revolutionäre so weit der Suggestion durch die englische Stimmungsmache unterlagen, daß sie sogar den russischen Despotismus mit einemmal als nicht so schlimm hinstellen wie den deutschen Militarismus.²⁾ Sie geben sich jetzt der Illusion hin, daß der Krieg Rußlands gegen Deutschland den Russen die politische Freiheit und den unterdrückten Völkern des Zarenreichs die nationale Autonomie verschaffen werde. Besonders charakteristisch und daher mit Recht aufsehenerregend war ein Artikel Krapotkins in der anarchistischen Monatsschrift Freedom. Krapotkin sieht die Dinge durchaus durch die englische Brille, was bei seinem langjährigen Aufenthalt in England auch weiter nicht verwunderlich ist; man kann seinen ganzen Artikel als ein Schulbeispiel der englischen Argumentation betrachten. Krapotkin ist nun davon überzeugt, daß der russische Despotismus nach dem Krieg »unmöglich wieder seine frühere Macht erlangen kann«, ja er sieht sogar eine Ära der Freiheit und Selbstbestimmung für die Fremdvölker Rußlands nahen, und er behauptet, »daß die Wiederaufrichtung des Zarismus, so wie er vor 1905 herrschte, unmöglich ist«. Dabei ist, was die Behandlung der Fremdvölker in Rußland anlangt, der Zarismus nach dem Zusammenbruch der Revolution längst wieder in den alten Formen aufgerichtet worden. Wo sind denn die Freiheiten, die Polen, Finnen, Juden, Letten und

²⁾ Was es mit den angeblichen Gefahren des deutschen Militarismus für die innere Freiheit der anderen Länder auf sich hat, habe ich bereits in meinem Artikel Der Krieg und das britische Weltreich, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte, pag. 1167, angedeutet.

Kaukasier im Zarenreich besitzen sollen? Sie stehen nicht einmal auf dem Papier, sie werden nicht einmal versprochen. Es ist eine geradezu kindliche Auffassung, daß die an der Spitze eines siegreichen Heeres heimkehrenden Großfürsten das gescheiterte Befreiungswerk der russischen Revolution neu herstellen werden. Und was die innere Freiheit für das russische Volk betrifft, die dieser Krieg herbeiführen soll, so gibt gerade das Schicksal Burzews, der, von dieser Illusion befangen, nach Rußland als Freiwilliger eilte, und dem dort jetzt der Prozeß gemacht wird, hierüber genügende Auskunft.

Die Gründe, mit denen man den Krieg gegen Deutschland zu rechtfertigen versucht hat, halten einer ernsthaften Prüfung in keinem Punkt stand. Das Dunkel, das für den, der nicht schon von je die Entwicklung der Weltpolitik verfolgt hat, in den ersten Wochen des Weltkriegs über dessen Ursprung lagerte, ist heute hinreichend gelichtet. Wir wissen jetzt, daß alle Fäden des Kriegskomplots von 1914 in London zusammenliefen. Wie man in der Downing Street die Japaner zum Überfall auf Deutschland ermunterte, indem man ihnen Kiautschu als eine mit geringen Opfern zu erlangende Beute bezeichnete, wie man dort die französischen Wünsche nach dem linken Rheinufer anstachelte, so wurden auch die Russen zum Kampf gegen Deutschland und Österreich aufgerufen, indem man ihnen in London die Herrschaft über Bosphorus und Dardanellen in Aussicht stellte. Der Kampf um die Existenz, den das deutsche Volk führt, offenbart sich uns bei näherer Betrachtung in der Tat als ein Kampf gegen die britische Welt-herrschaft.

Demokratisch gesinnte Schriftsteller haben die Vernichtung der staatlichen Existenz des polnischen Volkes, bei der Rußland die Führung hatte, als das größte Verbrechen bezeichnet, das jemals an einer Nation verübt worden ist. Ich bin kein Freund der moralischen Betrachtung historischer Geschehnisse, weil es wenig Sinn hat in einer Sphäre, wo letzten Endes die Macht entscheidet, mit Werturteilen zu operieren. Den Londoner Staatsmännern aber, die ihren Kampf um die Alleinherrschaft auf dem Weltmeer den neutralen Staaten als einen Kampf für Freiheit und Demokratie erscheinen lassen möchten, muß mit allem Nachdruck gesagt werden, daß ihre Einkreisungspolitik, die den Weltkrieg herbeiführte, moralisch gewertet, zu den größten politischen Verbrechen gezählt werden muß, die die Geschichte der zivilisierten Menschheit kennt.

XX

MAX SCHIPPEL · DER DEUTSCHE MILITARISMUS IN ENGLISCHER BELEUCHTUNG



IND die englischen, überall im deutschfeindlichen Ausland begierig weiterverbreiteten Aufrufe zum heiligen Kreuzzug gegen den deutschen Militarismus wirklich ernst zu nehmen? Der alte englische Mittelklassenliberalismus und vollends der äußerste politische Radikalismus, der heute vor allem noch in einem Teil der Arbeiterparteien fortlebt¹⁾, erblickte allerdings in jeder Form der allgemeinen Wehr-

¹⁾ Über den englisch-australischen prinzipiellen Arbeitergegensatz gegen die allgemeine Wehrpflicht, das wir in Deutschland wiederum prinzipiell in unserm Programm fordern, siehe meinen Artikel Abrüstung Miliz und Heeresreformen, in den Sozialistischen Monatsheften, 1913, 3. Band, pag. 1093 ff.

pflcht, mit vollster Überzeugung, nichts als eine moderne Art der allgemeinen Sklaverei. Jede *Dienstpflcht*, gleichviel ob, wie früher, gegen einen übergeordneten Großgrundbesitz, oder, wie heute, gegen den Staat selber, ist *Frondienst*, so hieß es bis 1866 und 1870 bekanntlich auch bei einer ansehnlichen, jederzeit ebenso wortfreudigen wie einsichtslosen Gruppe der deutschen Linken. Oder wie Lord Derby noch im Anfang des Jahres 1880 selbstbewußt als Vertreter eines wirklich freien Staates sich in die Brust werfen zu können glaubte:

· Sie [die Festlandsstaaten] haben nicht einmal freie Arbeit. Denn die Arbeit ist nicht frei, wenn, wie jetzt in ganz Europa, ein junger Mann zulassen muß, daß man ihn aus seinem Geschäft nimmt und nötig! . . . sein Leben in Kasernen oder Zelten zu verbringen. Der größte Teil des Kontinents gehört zu großen soldatischen Reichen, und Militarismus ist unvereinbar mit Industrie in großem Stil. Kaiser, Großherzöge, Herzöge, Feldmarschälle und andere erschreckliche Persönlichkeiten dieser Art haben nicht den ernstesten Willen, daß in ihren Reichen die Industrie sich entfalte. Sie brauchen etwas ganz anderes, nämlich eine Bauernschaft, zu Hause genug hungernd, um den Soldatenstand, als Verbesserung ihrer Lage, zu wünschen, und unterwürfig genug, um den eigenen Bruder niederzuschießen, auf Befehl und ohne zu fragen, warum.«

Das war schon damals, angesichts des deutschen Industrieaufschwungs, der sehr bald sogar die englische Selbstvertrauensseligkeit erschüttern sollte, eine arg verunglückte demagogische Redeleistung; um so unglücklicher, als die letzterwähnten Übergriffe in Wirklichkeit am ehesten gerade einer nach englischem Muster gekauften Söldnertruppe zuzutrauen wären, aber kaum jemals einer auf der verwirklichten allgemeinen Wehrpflcht ruhenden, alle Volksschichten verkörpernden Kontinentalarmee. Doch unterdes hat England selber eine jahrelange rege Agitation für die dereinst so gefürchtete allgemeine Wehrpflcht durchgemacht. Dabei sind ununterbrochen so tiefende Anerkennende, ja in der Anerkennung sogar mitunter zu weit gehende Urteile über die Grundlagen der deutschen Wehrverfassung laut geworden, daß man heute nur mit sprachlosem Staunen die plötzlichen Rückfälle in die veraltetsten Gehässigkeiten verfolgen kann. Hat man in der Tat alle die langjährigen Zugeständnisse ganz vergessen, oder macht sich auch hier lediglich die bewußte Heuchelei breit, die vor keinem Mittel der Verdächtigung und Anschwärzung zurückschreckt, wenn es nur den anzugreifenden Gegner zu schädigen verspricht?



IN liberales englisches Wochenblatt (das seltsamerweise in der deutschen Arbeiterpresse noch immer gelegentlich als deutschfreundlich bezeichnet wird, während es in gehässiger Deutscheindschaft ganz mit dem allgemeinen Strom schwimmt und höchstens einmal, nach englischem Preßgebrauch, nebenher einen Einsender mit gegen teiligen Ansichten zum Wort zuläßt) verstieg sich neulich zu der Abgeschmacktheit: England stehe im Kampf gegen jene Unkultur, wo der Bürger in den Rinnstein hinunter müsse, wenn der Militär auf dem Bürgersteig dahergeschritten komme.

Wie anders las man es doch vor Tisch. In meiner Sammlung zur Geschichte der englischen Militärreformbewegung stoße ich auf die anziehenden Berichte der Times über die Kaisermanöver von 1910. Der hervorragende Mitarbeiterfachmann ist förmlich gerührt über die ihm vollkommen neuartige warmherzige Aufnahme der Truppen seitens der Bevölkerung, über den

volkstümlich innigen zwanglosen Verkehr, der sich zwischen Militär und Zivil entwickelte, und der freilich zwischen angeworbenen Mietlingen und dem Kern der Einwohnerschaft, außer unter dem Druck einer ersten Kriegsgefahr, kaum denkbar ist. Aus Danzig schreibt unser Spezialkorrespondent:

»Ich möchte das Gesicht des Gemeindeoberhaupts von Wolverhampton oder einer ähnlichen englischen Stadt sehen, wenn ihm plötzlich die Mitteilung zugehe, in seiner Gemeinde während der Vorbereitungszeit zu den Manövern Unterkunft für 500 Offiziere und 15 000 Mann Soldaten zu schaffen. Was für einen Sturm gäbe eine solche Ankündigung. Was für Verlegenheiten würden hier entbrennen, welen ein Schrecken für die Gemüter der Haushälter. Das rührt daher, daß uns diese Dinge ganz ungewohnt sind, weil bei uns das Volk [the nation] und der Militärapparat ganz getrennte Dinge sind, weil bei uns, seit den Bürgerkriegen, die Massen immer von einer instinktiven Furcht vor militärischen Übergriffen befallen sind [since the Civil Wars, the people have been possessed of an instinctive dread of military ill-treatment]. Hier aber, in Deutschland, kehrt die Einquartierung von einigen Hundert Offizieren und vielen Tausenden Soldaten für eine Stadt oder einen Bezirk jährlich wieder. Sie bedeutet weder Verlegenheiten für die Gemeindeverwaltungen noch Schrecknisse für die Bevölkerung [nor terrors to the populace]. Im Gegenteil, Behörden wie Bevölkerung begrüßen die Order, weil diese große Nation so mit ihren militärischen Kräften verwachsen ist, daß alle Klassen und Rangstufen mit Freuden der Gelegenheit entgegensehen sich ein paar Tage lang mit dem Militär zu identifizieren. Den Veteranen, die alle in Vereinen und Verbänden organisiert sind, bietet dies Gelegenheit ihre Ehrenzeichen und Narben den heutigen aktiven Mitgliedern ihres Regiments zu zeigen. Die Familienväter können wieder einmal die neuere Ausgestaltung des Dienstes mit den Militärverhältnissen vergleichen, als sie noch selber den Tornister trugen und die Flinte schulterten. Für das heranwachsende Geschlecht ist dies ein Anschauungsunterricht, mehr wert als geschichtliche Belehrungen. Die Mütter aber finden Gelegenheit anderer Söhne so zu behandeln, wie sie wissen, daß der eigene Junge anderswo behandelt wird, wenn er für das Vaterland dient. Für das weniger angejahrte weibliche Geschlecht hat aber die Ankunft der properen [clean], kräftigen jungen Leute in Blau oder Grau noch eine eigene besondere Anziehungskraft, eine Anziehung, wie sie zu allen Zeiten sich geltend machte, die hier in Deutschland aber noch gehoben wird durch ein viel volkstümlicheres Verwachsenen mit den Uniformen, als es bei uns besteht.«²⁾

Noch viel früher hatten die selben Times wahre Hymnen gesungen auf die fortschrittliche Kraft, die in der deutschen Wehrverfassung und gegebenenfalls in ihrer notgedrungenen kriegerischen Betätigung stecke. Trotz alles täuschenden gegensätzlichen Scheins habe die Armee am meisten den Ausgleich zwischen dem deutschen Norden und dem einst preußengegnerischen Süden gefördert, so daß das Reich rasch eine innere Einheit gewonnen habe, wie man sie 1866 und 1870 kaum voraussagen gewagt haben würde:

»Bis 1870 weckte der Ruhm des einen peinliche Erinnerungen beim andern. Aber der große Feldzug, der sie alle unter einer einheitlichen Führung einigte, löschte in wenigen Monaten die Rivalitäten von Menschenaltern aus. Wörth, Gravelotte, Sedan (um einige der vielen Siege hervorzuheben, bei denen die Soldaten aller Einzelstaaten gleiches Ansehen gewannen) pflanzten einen neuen Grundstock von Überlieferungen, neben dessen Glanz die Errungenschaften früherer Zeiten bis zur Gleichgültigkeit verbliehen. Und darin liegt die wahre Bedeutung des Krieges von 1870-1871. Die Siege Friedrichs des Großen schufen Preußen. Die Siege seines Nachfolgers schufen das Reich. Und mehr. Die Katastrophe von Jena, die lange Zeit der Demütigung durch Napoléon bewies, daß die Siege Friedrichs, weil von einem stehenden, zum großen Teil aus Fremdlingen gebildeten Heer errungen, keinen dauernden und erhebenden Eindruck auf das Volksbewußtsein [no lasting and ennobling effect on the national spirit] auszuüben vermochten. Andererseits brachten

²⁾ Siehe The German Manoeuvres, in den Times vom 10. September 1910.

die Siege König Wilhelms, von den Bürgern selber erfochten, eine viel tiefere und nachhaltigere Wirkung hervor. Roßbach und Leuthen mögen das preußische Volk stolz gemacht haben auf das preußische Heer; aber Gravelotte und Sedan machten das deutsche Volk stolz auf sich selbst, enthüllten ihm seine eigene Kraft und gaben ihm das Selbstvertrauen und den Vergangenheitsstolz [the prestige], die für Völker die beste Schutzwehr darstellen. Kurzum, das Gemeinsamkeitsbewußtsein in Deutschland wurzelt zu einem großen Teil in den Taten des deutschen Heeres. . . . Wenige würden in den Jahren nach 1866 und 1870 zu propheeten gewagt haben, daß an der Jahrhundertwende Deutschland als die festgefügteste der kontinentalen Großmächte dastehen würde . . . Unter den Mitteln, mit denen man das erstrebenswerte Ziel erreichte, fällt dem Heer eine hervorragende Rolle zu.«³⁾

EINE weitere Anklage, die ursprünglich stets auf ungeteilten Anklang rechnen durfte und die gegenwärtig gleichfalls ihre Wiederauferstehung feiert, wurde bei der zeitlich zwischenliegenden, vieljährigen National Service-Agitation gleichfalls regelmäßig, sogar recht von oben herab, zurückgewiesen. Soll auch das jetzt einfach vergessen und wie mit dem Schwamm aus dem Gedächtnis hinwegzuwischen sein? Diese Anklage ging, wie schon oben in der Lord Derbyschen Redewendung, dahin, daß die allgemeine Wehrpflicht nach deutscher Art, dieser Eckstein des *Militarismus* und der militaristischen *Volksversklavung*, mit allgemeiner Arbeits- und Gewerbstüchtigkeit, mit Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt, ganz unverträglich sei, und daß folgerichtig die Ausbreitung dieses Systems nur mit einer Industrieschwächung, vielleicht mit einem vollständigen Industrieverfall erkaufte werden könne.

Mit jedem Fortschritt der englischen Militärreformbewegung ward dereinst diese Anschauung mehr und mehr als unhaltbarer und sogar verhängnisvoller Irrtum abgetan. Die anfangs noch schwankenden, von der ältern Überlieferung damals noch nicht losgelösten Times hatten, trotz grundsätzlichen Entgegenkommens, den Militärreformern zunächst schüchtern entgegengehalten:

»Immerhin muß die allgemeine Wehrpflicht [conscription] die industrielle Entfaltung hemmen und einengen.«

Darauf erwiderte sofort ein Einsender, der unter dem Kriegsnamen Miles oft in der englischen Presse zu militärischen Fragen aller Art das Wort ergriff:

»Es will mir nicht recht einleuchten, daß diese Annahme begründet sei. Die Umwandlung Deutschlands in eine lebenskraftvolle Handelsnation, die mit uns in den meisten Erdteilen konkurriert, ist doch unter der allgemeinen Wehrpflicht eingetreten, die rücksichtslos ohne Ansehen der Person verwirklicht wurde. Das ist eine verblüffende Tatsache. Wenn die »Hemmung«, von der Sie sprechen, auch in diesem Fall wirksam gewesen wäre, was hätte dann Deutschland vollends bei ihrem Wegbleiben erreichen müssen? Da steht einem, um mit Calverley zu sprechen, ja die Phantasie stille. Gewiß, der Abzug zweier Jahre vom industriellen Leben ist ein fühlbarer Verlust an Arbeitszeit, den man in verminderte Produktionsfähigkeit umrechnen kann. Andererseits, die vorteilhafte Wirkung der militärischen Erziehung auf den Volkscharakter, indem er die Menschen an prompte Disziplin, an eingelebte Selbstbeherrschung, an geordnetes Verfahren gewöhnt, ist etwas, was schwer in Ziffern anzugeben oder zu schätzen ist. Es kann recht wohl sein, daß diese Hebung des Einzelmenschen genügt, um den Verlust der 2 Jahre, während deren er sein Geschäft oder seine Werkstatt verläßt, auszugleichen und selbst mehr als auszugleichen. Hier läßt sich nicht rechnen, wir können aber auf die tatsächlichen Erfolge Deutschlands hinweisen . . . Ich meine die Wirkung der mili-

³⁾ Siehe *The German Manoeuvres*, in den Times vom 22. September 1909

tärischen Erziehung sowohl auf das Staatsleben wie auf die gewerbliche Erziehung sollte man nicht übersehen. Der Zuschnitt des öffentlichen Lebens in Deutschland hebt sich scharf gegen das in unserm Land Gewohnte ab. Ein Volk, dessen öffentliches Leben weniger hochorganisiert ist, muß leiden. Es ist nicht nur die höhere technische Erziehung, sondern auch die höhere Organisation des deutschen Staatswesens, die in kommenden Kämpfen uns zu schaffen machen werden. Ich glaube, diese Höherorganisation schuldet man zu einem großen Teil direkt den Wirkungen der allgemeinen Wehrpflicht, wie sie in Deutschland durchgeführt und angewendet wird, auf den Nationalcharakter.«¹⁾

Stufe für Stufe konnte man später das wachsende Umsichgreifen dieser Einsicht verfolgen. So betonte im Sommer 1902 sogar der, gewiß nicht als Miles militaristisch von Jugend auf verdorbene Sekretär der Londoner Handelskammer, Herr Murray, zunächst den durchschlagenden Wert der bessern technischen und kaufmännischen Erziehung für die »Rangstellung in der wirtschaftlichen Welt«; »wir sind in dieser Erziehung 3 oder 4 Generationen hinter Deutschland und 2 oder 3 hinter Frankreich zurück«. Dann fuhr er in seinen, von einer Monatsschrift in Form eines Interviews veröffentlichten Betrachtungen fort:

»Ferner, glaube ich, hat die allgemeine Wehrpflicht [conscription] in keinem geringen Maß zu Deutschlands Wirtschaftsaufschwung beigetragen. Die körperliche Ausbildung hat die Gesundheit und Leistungsfähigkeit des jungen Deutschen gesteigert, und die Disziplin, die der militärische Drill lehrt, bleibt sein Erbeil, wenn er zur Fabrik und zum Kontor zurückkehrt. Diese beiden Dinge, die Tauglichkeit zu ernster und unbeugsamer Betätigung und ein hochentwickelter Sinn für Zusammenwirken, sind von großer Wichtigkeit bei der richtigen Leitung einer großen Zahl von Arbeitern.« »Würden Sie dann«, fragte ich, »auch in unserm Land die allgemeine Wehrpflicht eingeführt wünschen?« »Ich neige zu der Ansicht«, erwiderte Herr Murray, »daß sie eines Tages kommen wird. . . Die militärische Ausübung, ich zweifle gar nicht daran, würde unsere jungen Männer für das Wirtschaftsleben besser geeignet machen, denn körperliche Tüchtigkeit und Disziplin sind notwendige Vorbedingungen für eine erfolgreiche wirtschaftliche Laufbahn; und sollte, aus Gründen der nationalen Sicherheit, die allgemeine Wehrpflicht notwendig sein, so kann ich mir vorstellen, daß sie für das ganze Gemeinleben mehr gute als nachteilige Folgen haben wird.«²⁾

Als im Juli 1906 auf Anregung Lord Roberts' das Oberhaus die Wehrverfassungreform erörterte, kehrte diese Auffassung mehrfach wieder, und besonders Lord Milner führte aus, daß das deutsche Volk »seine Größe und seine Fortschritte auf dem Gebiet des Handels und der Industrie seinem Heerwesen verdanke, und daß die Völker, die die Mühen des allgemeinen Dienstes bereitwillig auf sich nähmen, diejenigen, die vor der allgemeinen Wehrpflicht zurückschrecken, nicht bloß im Krieg sondern auch im friedlichen Wettbewerb überflügeln würden.«³⁾ In den programmatischen Kundgebungen der Liga für allgemeine Wehrpflicht wird immer von neuem auf die unlösbare Verbindung hingewiesen: »um den geistigen und körperlichen Zustand der Nation zu verbessern und dadurch ihre industrielle Leistungshöhe zu steigern [to increase its industrial efficiency], jeden körperlich fähigen männlichen Staatsangehörigen, ohne Klassenunterschied, während

¹⁾ I believe that this superior organization is in great part directly due to the effect of universal service as applied and utilized in Germany, upon the national character.« So die Times am 28. Dezember 1900, in einer Auslassung über Compulsory Service. Ähnlich schrieb die Münchener Post, die gerade während des Krieges sich als sozialistisches Arbeiterorgan trefflich bewährte, im Leitartikel vom 15. September 1914: »Dem sozialorganisatorischen Geist, der in unserm Volksheer, in unseren sozialen Einrichtungen, in unserm Gewerkschafts- und Genossenschaftswesen lebendig ist, schuldet Deutschland nicht zuletzt seine jetzigen militärischen Triumphe.«

²⁾ Siehe The Coming Commercial Conflict, aus dem Young Man, auszugsweise abgedruckt in Steads Review of Reviews vom Juni 1902.

³⁾ Siehe England: Militärische Angelegenheiten, im Vorwärts vom 13. Juli 1906.

eines gewissen Lebensalters für kriegsdienstpflichtig zu erklären und zur möglichen Erfüllung dieser Pflicht die militärische Ausbildung obligatorisch zu machen.«⁷⁾

Erst in den letzten Monaten, um die Stimmung gegen Deutschland zu erhitzen, hat man die alten gedankenlosen Abneigungen und Befürchtungen wieder aufzureizen gesucht. Aber wer vermag eine solche überraschende Neubekehrung glaubhaft zu finden? Und außerdem: Wenn die Länder der allgemeinen Dienstpflicht nur sich selber gewerblich herunterbringen und ruinieren, würde England einen Finger rühren, um diese Verminderung der Wettbewerbsfähigkeit von den Konkurrenten fernzuhalten?



BER die Demokratie, die aufsteigende Verfassungs-entwicklung, wegen deren man schließlich doch der preußisch-deutschen Wehrverfassung den Kampf auf Tod und Leben erklären muß? Sollen alle, von der *deutschen Pest* noch unberührt gebliebenen Staaten, England voran, die *furchtbare Kriegsmaschine* ihrerseits übernehmen und dadurch ihre freiheitlichen Errungenschaften untergraben?

Weshalb untergraben? Wenn ein Revolutionär und sozialistischer Demokrat wie Friedrich Engels, der noch dazu ein trefflicher Kenner des Militär- und Kriegswesens war, die allgemeine Wehrpflicht als Bollwerk der Demokratie noch hoch über das allgemeine Wahlrecht stellte, warum soll man jetzt mit einemal den aufgeregten internationalen Befreiungsreden von Deutschenfeinden mit sehr zweifelhafter liberaler Gesinnung kritiklos Gehör schenken? Außerdem haben auch hier die namhaftesten Streitrufer jahrelang in wohlüberlegter Argumentation das Gegenteil verkündet.

Als Lord Roberts zu Anfang des Jahres 1913 in Bristol seinen großen Redefeldzug für die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht eröffnete, legte er sofort den Hauptnachdruck auf die Widerlegung der gegnerischen Schlagworte, wie militaristisch, antiliberal, friedensgefährdend. Der Frieden ruhe gerade auf breitester Volksgrundlage, wenn im Ernstfall nicht lediglich eine abgeschlossene Bevölkerungsschicht (wie stets bei einer Werbetruppe), sondern in gleichem Maß jede Volksklasse den Konflikt ausfechten müsse. Müsse jeder Bürger für die Landesverteidigung mit einsteigen, so verbiete sich eine provozierende auswärtige Politik viel mehr, als wenn eine, vom allgemeinen Volksleben ziemlich losgelöste Berufssoldatentruppe die möglichen kriegerischen Folgen allein auszubaden habe:

„Und wie stellt sich unsere Liga für allgemeine Dienstpflicht zu den Grundanschauungen des Liberalismus? Ich behaupte, die Liga erstrebt an Stelle eines Systems, das voll von Ungerechtigkeiten, das unbillig, unwirksam und unzulänglich ist, und das man selbst mit der kühnsten Einbildung nicht als auf liberalen Prinzipien beruhend bezeichnen kann, eine Wehrverfassung zu setzen, nach der jeder Bürger dieses Inselstaats, ob hoch oder niedrig, ob reich oder arm, gleiche Rechte und gleiche Pflichten besitzen soll. Unser bestehendes System ist dagegen weder liberal noch demokratisch im wirklichen Sinn des Wortes.«⁸⁾

Die Times selber legten das am Schluß der Robertskampagne noch in viel breiterer Weise dar: Man wolle seitens der Liga dem populären, aus alter

⁷⁾ Siehe National Service League, statement from Lord Roberts, in den Times vom 17. Februar 1906.

⁸⁾ Die Rede in Bristol ist ausführlich in den Times vom 15. Februar 1913 enthalten, der weiter erwähnte Leitartikel in den Times vom 7. Mai 1913.

Überlieferung hervorgesprossenen Aberglauben ein Opfer bringen und die vorgeschlagene neue Heeresorganisation für unverwendbar bei Streiks erklären. Das sei einerseits viel zu eng gedacht, denn es gebe noch eine ganze Menge anderer Konflikte innerer Art, durchaus nicht nur zwischen Kapital und Arbeit, Konflikte, bei denen ein wirklicher Gegensatz zwischen Militär und Zivil, wenn er wirklich vorhanden ist, zum Ausbruch gelangen könne. Aber andererseits entziehe gerade die allgemeine Wehrpflicht der Befürchtung den Boden, viel mehr eigentlich als man dies vom alten englischen Wehrsystem bei ruhigem Nachdenken erwarten dürfe:

»Die Antwort auf dies alles liegt auf der Hand. Die Grundlage der Regierung ist in der Gegenwart eine demokratische. Und wenn die militärische Ausbildung allgemein und obligatorisch gemacht wird, so muß jede Verwaltung ihren Einfluß aus den Stimmen jener herleiten, die im Heer dienen oder gedient haben. Es ist kaum zu verstehen, wie eine Militärgewalt, die auf solcher Grundlage ruht, die volksfeindlichen Einflüsse auf die politische Entwicklung verstärken soll. Jedenfalls kann hierdurch, was die militärische Auslandsbetätigung anlangt, der Wille des Volkes doch nur an Kraft und Stetigkeit gewinnen. Denn Männer, die militärisch ausgebildet sind, werden die Bedeutung eines Krieges besser zu würdigen wissen, als ganz Fernstehende.«

Ein paar Jahre früher hatten die Times diesen Gedankengang noch viel nachdrücklicher betont, gerade unter Hinweis auf die viel günstigere und vorbildlichere politische und militärische Lage in Deutschland:

»Kein Anspruch seitens des Staates kann, in gewissem Sinn, mehr als sozialistisch bezeichnet werden als die Forderung, daß jeder Bürger seine Zeit und wenn es sein muß, sein Leben für die allgemeine Sicherheit einzusetzen hat. Und kein Anspruch seitens der Individuen ist mehr typisch antisozialistisch als die Forderung, jedem solle es freistehen zu entscheiden, ob und wie weit er sich an der Verteidigung des Landes beteiligen oder nicht beteiligen wolle. Und weiter, wenn die allgemeine Wehrpflicht sozialistisch oder doch mit dem Sozialismus verträglich ist, so steht sie auch in Einklang mit der Demokratie und der Freiheit. Das Stimmvertretungssystem ruht auf der Anerkennung des Besitzrechts: einer öffentlichen Pflicht sich zu entziehen, indem man die Kraft und selbst das Leben eines armen Mitmenschen mit Geld erkaufte. Die allgemeine Wehrpflicht bringt hier alle Bürger auf den Fuß der Gleichheit. Sie ist in der Tat die demokratischste Einrichtung der Welt . . . Sie ist von allen Systemen der Landesverteidigung dasjenige, das sich mit Freiheit und Gleichheit am besten verträgt. Sie ist auch das System, das der Erhaltung des Friedens am meisten dient, einmal, weil es die stärkste Sicherung gegen jeden Angriff bietet, und ferner, weil es jedem Bürger die vollen Wirkungen des Krieges nahelegt.«⁹⁾

Das seegeschützte Inselreich hat, trotz aller Anläufe, bis zur Gegenwart dieses System auch nicht entfernt erreichen können. Es wäre Unrecht, wenn man deshalb Englands heutige Kriegsteilnahme ganz oder vorwiegend auf die Gleichgültigkeit gegen das Schicksal von angeworbenen bloßen Söldnerscharen zurückführen wollte. Die weit tiefer liegenden wirtschaftlichen Ursachen sind hier in den Sozialistischen Monatsheften stets ruhig zugestanden worden, und in gewissem Sinn hat sich deshalb auch für England der Krieg zu einem Volkskrieg ausgewachsen, unter starker aktiver Teilnahme auch der Nichtherrschenden und der zum Kriegsdienst Nichtverpflichteten. Manche abstoßenden Eigenschaften der englischen Politik wären aber vom Boden der allgemeinen Wehrpflicht aus wahrscheinlich vermieden worden. Und jedenfalls haben wir unsererseits ein Recht die schroden, halb unwissenden halb heuchlerischen Lästerungen gegen die deutsche Wehrorganisation zurückzuweisen, die in ihren Grundzügen seinerzeit auch

⁹⁾ Siehe den Leitartikel der Times vom 29. September 1906

von vielen der heute Schmähenden als das höhere, nicht nur im militärischen sondern auch im demokratischen Sinn fortgeschrittenere und modernere Wehrverfassungsgebilde anerkannt werden mußte.

Ihren tiefsten Kern enthüllt jede Wehrverfassung jedoch erst in ihrer letzten und erschöpfendsten Kräftebetätigung: im Krieg. Alles ablenkende, im Grunde ganz nebensächliche Formenwesen, alles Äußerliche, das im Frieden noch am ehesten die ganz irreführenden Vorstellungen der Unkundigen erklären und entschuldigen mag, fällt im Krieg wie mit einem plötzlichen Zauberschlag vollständig hinweg, und der wahre Inhalt, der vorher so vielen verborgen blieb, tritt für alle erkennbar und greifbar hervor. Wenn die englischen Militärreformer schon vorher vieles so richtig sahen, wie müßten sie, bei ruhiger Betrachtung und ehrlicher Gesinnung, vollends heute urteilen? Nirgends ist, wie sich täglich mehr und mehr zeigt, der militärische Riesenapparat ohne den innerlich belebenden Odem der fort-reißenden und durchhaltenden V o l k s s t i m m u n g hilfloser als unter der all-gemeinen Wehrpflicht. Kann man die rasch vergängliche, wenig tiefgehende Gleichheit an den Wahlurnen auch nur entfernt vergleichen wollen mit der elementaren Verwischung und Tilgung aller Klassenunterschiede und Besitzstufungen, wie sie das einmütige Ringen eines durch die allgemeine Wehrpflicht verbundenen Volksheers und Volkes darstellt? War Friedrich Engels, der *nationalliberale* Sozialdemokrat, mit seinem Vergleich von allgemeinem Wahlrecht und allgemeiner Wehrpflicht, gegenüber den land-läufigen antimilitaristischen *Sklavereibekämpfern* nicht wieder einmal der Weiterblickende und geistig Überlegene? »Die Mobilisierung der gesamten deutschen Waffenmacht hat uns zum Bewußtsein gebracht, daß wir von dem V o l k s h e e r, das wir zum Schutz der deutschen Grenzen und zur Verteidigung der nationalen Selbständigkeit fördern, nicht mehr so weit entfernt sind als es v o r dem Krieg in den erhitzten Kämpfen zwischen Sozialdemokratie und Militärverwaltung scheinen mochte«, schrieb kürzlich auch Wilhelm Keil in unserer Parteipresse.¹⁰⁾

Die englischen Blätter aber, die schon im Frieden zu ähnlicher Auffassung vorgedrungen waren, sollten uns jetzt erst recht mit ihren Anklagen gegen den preußisch-deutschen Militarismus verschonen. Soweit die Demokratie überhaupt in der Wehrverfassung zur Geltung kommen kann, steht Deutschland unantastbar turmhoch über England.

XX

HERMANN MATTUTAT · JUGENDWEHR UND ARBEITERBEWEGUNG



M Reichstag wie im preußischen Landtag haben die sozialdemokratischen Fraktionen die von der Regierung geforderten Kriegskredite bewilligt. Mit vollem Recht. Das Deutsche Reich führt einen Kampf um seine Existenz. Gewaltige Anstrengungen sind erforderlich, um uns unserer Gegner zu erwehren. Wir führen einen Verteidigungskampf, der die Notwendigkeit mit sich bringt auch den letzten waffenfähigen Mann bereit zu halten. Darüber ist man sich wohl in allen Kreisen klar, und da man mit einer baldigen Beendigung des Krieges nicht rechnen kann, so bleibt nichts anderes übrig als sich auf alle Eventuali-

¹⁰⁾ Siehe den Leitartikel der Bielefelder Volkswacht vom 17. September 1914.

täten einzurichten. Diesen Erwägungen verdankt die kürzlich ins Leben gerufene Jugendwehr ihr Entstehen, und aus den gleichen Gründen wird gegenwärtig in ganz Deutschland für den Beitritt zur Jugendwehr agitiert. Die Jugendwehr soll die jungen Leute vom vollendeten 16. Lebensjahr an aufwärts umfassen und sie während der Dauer des Krieges für den militärischen Hilfs- und Arbeitsdienst wie für den ihnen bevorstehenden Dienst im Heer und in der Marine vorbereiten, soweit es ohne Ausbildung mit der Waffe möglich ist. Nach diesen Gesichtspunkten ist auch das Übungsprogramm aufgestellt worden. Die Übungen sollen sich auf das Aufstellen und Formieren von Gruppen erstrecken, auf Bewegungen, Verschiebungen, Entfernungschätzen, Beobachtungsdienst, Kartenlesen, Signal-, Feld- und Lagerdienst, Freiübungen, Turnen, einfache Sportspiele usw. Vorerst ist die Tätigkeit der Jugendwehr nur auf die Dauer des Krieges berechnet, und der Beitritt freiwillig. Es ist jedoch jetzt schon in Aussicht zu nehmen, daß diese Organisation den Krieg überdauern und sich schließlich zu einer obligatorischen Einrichtung mit Beitrittszwang entwickeln wird.

In der Partei- und der Gewerkschaftspresse ist die Behandlung und Beurteilung der Frage der Jugendwehr nicht einheitlich. An verschiedenen Orten wurde das Entstehen der Jugendwehr in den sozialdemokratischen Blättern als politische Notwendigkeit begrüßt, und die proletarische Jugend zum Beitritt aufgefordert. An anderen Orten steht man der neuen Organisation passiv gegenüber und überläßt es den politisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeitern selbst die Entscheidung zu treffen. Andererseits werden aber auch Stimmen laut, die eine Beteiligung an der Jugendwehr als mit den sozialdemokratischen Grundsätzen unvereinbar ablehnen. Meines Erachtens können aber grundsätzliche Bedenken hier kaum in Frage kommen. Denn im Grunde genommen handelt es sich bei der Errichtung der Jugendwehr um eine aus der Not der Zeit heraus geborene Anerkennung unserer alten Programmforderung der Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit, deren Durchführung wir bis jetzt vergeblich vertreten haben. Die Schaffung der Jugendwehr führt uns auf den Weg, der uns der Verwirklichung dieser Forderung näherbringt. Daß es sich dabei zunächst nur um eine fakultative Lösung der Frage handelt, und der in Aussicht genommenen Lösung mancherlei Unzulänglichkeiten anhaften, ändert an dieser Tatsache nichts. Die sozialdemokratischen Forderungen sind noch nie sofort restlos als berechtigt anerkannt worden. Das wird sich auch in Zukunft nicht ändern. Stets haben wir uns zunächst mit Teilzugeständnissen begnügen müssen, was uns aber nie gehindert hat unsere weitergehenden Forderungen nach wie vor energisch zu vertreten und schließlich auch durchzusetzen. Der gesetzliche Arbeiterschutz und die Sozialversicherung bieten neben anderen gesetzgeberischen Erfolgen der Sozialdemokratie den Beweis hierfür. Selbstverständlich soll damit nicht gesagt sein, daß auf diesen Gebieten nun alles gut und vollkommen ist.

Das sozialdemokratische Programm fordert die Erziehung zur Wehrhaftigkeit, und mit Recht führen K. Kautsky und Schoenlank in ihren Erläuterungen zu dieser Forderung aus: »Eine Jugenderziehung, welche einseitig die geistige oder die leibliche Kraft zu entwickeln und auszubilden sucht, anstatt in schönem Einklang die Zucht des Verstands und die Leibesübungen zu verbinden, ist von vornherein verfehlt. Wie wir die reichste Entfaltung

der Fähigkeiten auf dem Gebiet des Geistes fordern, so verlangen wir auch eine von Kindesbeinen an planvoll geleitete Schulung der körperlichen Stärke und Geschicklichkeit. Der leitende Gedanke, welcher Umfang und Weise der Turn- und Kampfspiele bestimmt, ist die Erziehung der Bürger zur Wehrhaftigkeit. Ein freies Volk muß verstehen die Waffen zu führen, seine kriegerische Tätigkeit ist ein Schutz und Schirm für den Frieden des Gemeinwesens.« Daraus geht hervor, daß wir die Erziehung zur Wehrhaftigkeit nicht erst zu einem spätern Zeitpunkt, etwa im sogenannten sozialdemokratischen Zukunftsstaat, sondern bereits jetzt wollen und anzustreben haben. Wir stellen diese Forderung, um unsere weitere Forderung nach Wehrhaftmachung des ganzen Volkes und Verkürzung der Dienstzeit verwirklichen zu können. Danach läßt sich die Jugendwehr als der Anfang dazu betrachten, und dieser Standpunkt ist auch von einem Teil der sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Presse vertreten worden. Eine andere Auffassung geht freilich dahin hinter der Jugendwehr etwas anderes zu suchen als das, was sie sein soll und sein muß. Man fürchtet von ihr eine chauvinistische Beeinflussung der proletarischen Jugend und deren Ablenkung von den proletarischen Bestrebungen. Diese Befürchtungen sind aber nur dann begründet, wenn sich die Organe der modernen Arbeiterbewegung abseits stellen und an der Ausgestaltung und Weiterentwicklung der Jugendwehr nicht beteiligen. In diesem Fall würden wir ein Feld preisgeben, auf dem wir uns die Sympathieen der Jugend in hohem Maß erobern könnten, und wir dürften uns dann nicht beklagen, wenn daraus für uns Nachteile entstehen.

Die Jugendwehr ist aus den ungeheuren Anforderungen des gegenwärtigen Krieges hervorgegangen, die auch nach seiner Beendigung bei zukünftigen kriegerischen Konflikten nicht geringer werden dürften. Die Mobilmachung umfaßt bis jetzt alle wehrfähigen gedienten Mannschaften des Heeres vom 20. bis zum 45. Lebensjahr. Das genügt aber noch nicht. Man ist vielmehr genötigt neben den Freiwilligen auf die ungedienten Mannschaften der Ersatzreserve und des Landsturms zurückzugreifen. Hier bietet sich noch ein gewaltiges Reservoir feld- und garnisondienstfähiger Soldaten. Ein Übelstand besteht nur insofern, als diese Mannschaften nicht sofort verwendungsfähig sind und erst einer längern Ausbildung bedürfen. Darüber geht kostbare Zeit verloren. Das aber nicht allein: Die Ausbildung der Ersatzmannschaften läßt sich nicht beliebig ausdehnen, sie muß so schnell wie möglich vor sich gehen. Der Mangel, der dadurch bleibt, wird zum Teil durch die Eingliederung der Ersatzmannschaften in die älteren Formationen ausgeglichen. Gleichwohl kann dieser Zustand militärisch nicht befriedigen. Der Verlauf des gegenwärtigen, mit allen Mitteln der modernen Technik geführten Krieges hat trotz seiner kurzen Dauer bereits eine Reihe von Erfahrungen gezeitigt, die ernster Beachtung wert sind und solche auch wohl noch finden werden. Unsere Truppen müssen im Interesse der Durchführung der strategischen Operationen ungeheure Strapazen und Anstrengungen ertragen. Der Aufmarsch der Armeen, die Verfolgung des Feindes verlangten Marschleistungen, die bis an die Grenze des Menschenmöglichen gingen, infolge der harten Notwendigkeit aber ohne Rücksicht auf die Opfer gefordert werden mußten. Solche Leistungen können ungenügend ausgebildete und untrainierte Truppen nicht ausführen. Nun gilt die deutsche Heeresausbildung wohl so ziemlich allgemein als die beste. Gleichwohl sprechen ver-

schiedene der seither gemachten Erfahrungen dafür, daß, um den Anforderungen der modernen Kriegführung zu genügen, auch bei uns die Ausbildung der Soldaten wie der Führer noch nach verschiedenen Richtungen ergänzt werden muß.

Die heutige Art der Kriegführung unterscheidet sich ganz gewaltig von derjenigen früherer Zeiten. Vor allem werden an die Persönlichkeit der Offiziere wie der Soldaten ganz beträchtliche Anforderungen gestellt. Ein Kadavergehorsam würde vollständig versagen, da er ohne fortgesetzte Antrieberei und Beaufsichtigung zu keinerlei aktiven Handlungen befähigt. Statt dessen werden heute von den Soldaten verlangt: Ausdauer, Selbständigkeit, gutes Orientierungsvermögen, schnelles Anpassen an die jeweilige Lage und an das vorhandene Terrain sowie weitgehende Initiative auch ohne Führung. Alles das sind Eigenschaften, die nur auf Grund einer sorgfältigen geistigen und körperlichen Ausbildung erworben werden können. Diese Ausbildung ist heute indessen noch keineswegs lückenlos. Nicht, als ob die Militärdienstzeit etwa zu kurz wäre. Sie könnte im Gegenteil noch eine Abkürzung erfahren. Diese wäre möglich, wenn die militärische Ausbildung des Volkes auf eine andere Grundlage gestellt würde. Die Ausbildung unserer Soldaten basiert heute auf dem Volksschulunterricht, der sich darauf beschränkt dem arbeitenden Volk die allernotwendigsten Bildungselemente beizubringen. Der Unterricht wird indessen durch den chronischen Lehrermangel, durch zu große Schulklassen, Überfütterung der Kinder mit Memorierstoff und schließlich durch ihre frühzeitige Heranziehung zu gewerblichen und landwirtschaftlichen Arbeiten beeinträchtigt. So kommen zahlreiche und wertvolle Kräfte nicht zur Entwicklung. Wie die geistige ist auch die körperliche Ausbildung der Jugend des arbeitenden Volkes nicht ausreichend. Der Turnunterricht beschränkt sich durchgängig auf einige Stunden in der Woche, ist nur Nebensache und bleibt deshalb auf die körperliche Entwicklung der Kinder ohne wesentlichen Einfluß. In den höheren Schulen ist es damit etwas besser bestellt, und dies erklärt auch unter anderm die bei den Schülern dort vorhandenen günstigen Verhältnisse in Gesundheitszustand, Körpergröße usw. Noch schlechter steht es mit der Entwicklung der Kinder des arbeitenden Volkes nach Beendigung der Schulzeit. In die Schablone einseitiger Berufs-, Fabrik- oder landwirtschaftlicher Arbeit gepreßt, verliert der junge Arbeiter oder Bauer sehr bald die Elastizität und Geschmeidigkeit der Kindheit, wird stumpf, krumm und schwerfällig. Auch sein geistiges Fassungsvermögen entwickelt sich nur unvollkommen weiter. Tritt er dann nach Jahren in den Militärdienst, so hält es ungemein schwer die steifen Knochen wieder gelenkig zu machen, den krumm gewordenen Rücken, die schiefen Schultern und Köpfe gerade zu richten. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen dauert es verhältnismäßig lange, bis die vorhandenen körperlichen Mängel beseitigt werden können, und dies muß auch zu einer über das Notwendige hinaus langen Dienstzeit führen.

Will man diese Mängel unserer heutigen militärischen Ausbildung beseitigen, so bleibt nichts anderes übrig als bereits im Kindesalter mit der Vorbereitung für den Heeresdienst zu beginnen und diese bis zum Eintritt in das Heer fortzusetzen. Damit müßte selbstverständlich eine Verbesserung und Hebung unseres Volksschulwesens Hand in Hand gehen. Die Jugendwehr

soll nun diese Vorbereitung übernehmen. Vom Standpunkt der Notwendigkeit der militärischen Durchbildung zum Zweck der Landesverteidigung läßt sich dagegen kaum etwas Stichhaltiges einwenden. Nach den für die Jugendwehr aufgestellten Richtlinien soll sie den jungen Leuten den Eintritt in den Militärdienst erleichtern, einen Teil der dort gebotenen Ausbildung vorwegnehmen, diese rationeller gestalten, ihnen ein besseres Verständnis für die im Heeresdienst zu erfüllenden Aufgaben verschaffen und ihre Widerstandsfähigkeit und Ausdauer erhöhen, um ihnen so eine größere Sicherheit gegen die Gefahren des Krieges zu bieten und ihre Verwendbarkeit und Brauchbarkeit für die Zwecke der Landesverteidigung zu steigern. Dieses Ziel ist zu erreichen. Damit ergibt sich aber zugleich die Anbahnung einer Herabsetzung der aktiven Dienstzeit, der Demokratisierung des Heeres und der von uns angestrebten Wehrhaftmachung des Volkes. Es wäre töricht zu glauben, daß man uns das alles so ohne weiteres auf dem Präsentierteller entgegenbringen wird; wir werden vielmehr für diese Forderungen wie für so viele andere ordentlich arbeiten müssen. Dieser Umstand rechtfertigt jedoch nicht die Bedenken, die gegen eine Beteiligung der Arbeiterjugend an der Jugendwehr erhoben werden. Gewiß ist zuzugeben, daß sich die Jugendwehr dem Ideal der Herbeiführung des allgemeinen Völkerfriedens schlecht anpaßt. Vorerst sind wir aber von der Verwirklichung dieses Ideals noch sehr weit entfernt, und es ist auch sicherlich ohne weitere schwere Kämpfe nicht zu erreichen. Wir müssen uns daher mit den gegebenen Verhältnissen wohl oder übel abfinden. Diese fordern aber gebieterisch, daß wir uns so stark gerüstet halten, um alle Angriffe auf die Selbständigkeit und Integrität des Deutschen Reiches abwehren zu können. Dazu bedürfen wir der militärischen Ausbildung der Jugend und damit des Volkes. So wie wir unseren Soldaten die besten Waffen und die zweckmäßigste Ausrüstung gewähren müssen, können wir ihnen auch die zu deren Gebrauch erforderliche sachgemäße Ausbildung nicht versagen.

Gleichgültig, welche Stellung der einzelne zur Frage der Jugendwehr einnimmt: die Partei und die Gewerkschaften können nicht an ihr vorübergehen. Wir werden geradezu gezwungen uns mit ihr und ihrer Ausgestaltung zu befassen. Mit aller Entschiedenheit sind wir stets für den gewerblichen Jugendschutz eingetreten. Unserer Tätigkeit hat es die Jugend zu danken, wenn sie über eine geregelte Arbeitszeit verfügt und vor ungemessener Ausbeutung geschützt ist. In gleicher Weise waren wir für die geistige Hebung der Jugend, für die Fortentwicklung des gewerblichen Fortbildungsschulwesens, den Wegfall des Abend- und Sonntagsunterrichts und dessen Ersatz durch den Tagesunterricht tätig. Unsere Bemühungen waren erfolgreich. Jetzt droht ein Teil dieser Errungenschaften wieder verloren zu gehen. In den Kreisen der Industriellen und Handwerker läßt man sich die Jugendwehr gern gefallen, nur die Kosten möchte man nicht tragen, sie vielmehr gern den Jugendlichen aufbürden. Handwerkskammern und Handwerkervereinigungen treten lebhaft dafür ein, daß die Übungen der Jugendwehr nicht, wie beabsichtigt, an den Wochentagen nachmittags sondern nach Feierabend und Sonntags stattfinden. Hiergegen muß mit aller Entschiedenheit protestiert werden. Was für den gewerblichen Fortbildungsschulunterricht galt und zur Einführung des Tagesunterrichts veranlaßte, findet auch auf die Übungen der Jugendwehr Anwendung. Alles, was den gesetzlichen Jugendschutz verringert, muß im Interesse der Ju-


gend zurückgewiesen werden. Die Abhaltung der Übungen während des Tages ist übrigens auch aus dem Grund notwendig, weil nur so auf dem Land eine Zusammenlegung verschiedener Orte erfolgen und den jungen Leuten zugemutet werden kann zu den jeweiligen Sammel- oder Übungsplätzen weitere Wege zurückzulegen.

Aber auch in anderer Richtung müssen wir uns mit der Jugendwehr befassen, wenn wir nicht wollen, daß sich der dort betätigende Geist gegen uns wendet. Von wehrfeindlichem Geist ist bei der Arbeiterjugend nicht viel zu bemerken. Und das ist nur zu erklärlich. Einem großen Teil unserer Jugend, besonders auf dem Lande und in den kleineren Orten, fehlt es in hohem Maß an einer geeigneten Betätigungsgelegenheit für ihre freie Zeit. In den letzten Jahren haben zwar sportliche Bestrebungen auch dort Boden gefaßt, ihre Einseitigkeit läßt jedoch bei unseren Jugendlichen keine volle Befriedigung aufkommen. In vielen Gemeinden steht der Jugend mangels geeigneter Anleitung keinerlei Möglichkeit für eine Körper und Geist bildende Betätigung zur Verfügung, und es macht einen äußerst deprimierenden Eindruck bereits die halbwüchsigen jungen Burschen an den Abenden und Sonntagen in den Wirtschaften herumlungern und ungemessene, für ihre Gesundheit höchst schädliche Mengen Alkohol vertilgen zu sehen. Raufereien und Körperverletzungen bilden nur zu häufig den Abschluß der alkoholischen Exzesse. So wird es begreiflich, wie der Jungdeutschlandbund, das Pfadfinderwesen und ähnliche Veranstaltungen einen so großen Zulauf der Jugend auch aus Arbeiterkreisen hatten. Dieser Entwicklung vermag man mit der freien Jugendorganisation in ihrer heutigen Form keinen ausreichenden Widerstand entgegenzusetzen. Dazu ist diese zu theoretisch. In der Pflege der Leibesübungen bietet die freie Jugendorganisation ihren Mitgliedern sehr wenig, obwohl sie gerade damit auf dem Land und in den kleineren Gemeinden am leichtesten und umfassendsten erfolgreich werden könnte. Wir haben daher wohl ein Interesse daran die Jugendwehr zu neutralisieren und von ihr alles fernzuhalten, was sie zu einem politischen Faktor gegen uns machen könnte. Es bieten sich in dieser Beziehung zwei Möglichkeiten. Die eine wäre: die Aufgaben der Jugendwehr den bestehenden Jugendorganisationen ohne Unterschied der Richtung zu übertragen. Die Gangbarkeit dieses Wegs steht außer Zweifel, namentlich dann, wenn die freie Jugendorganisation der Pflege der Leibesübungen eine größere Aufmerksamkeit zuwenden würde. Von der Leitung der freien Jugendorganisation wird meines Wissens die Notwendigkeit dessen auch anerkannt. Bei einem Zusammenwirken mit den freien Arbeiterturnvereinen könnten so die Aufgaben der Jugendwehr wohl erfüllt werden. Auch käme vielleicht in Betracht, daß die Ausbildung individuell sein könnte, weil die Zahl der Auszubildenden nicht zu groß wird. Das Zusammenfassen aller Organisationen in einen Verband zu gemeinsamen größeren Übungen ist dadurch nicht ausgeschlossen. Eine besondere Organisation, die die Selbstständigkeit der einzelnen Jugendorganisationen aufhebt, wäre hierzu nicht nötig. Es ist jedoch nicht zu verkennen, daß diese Lösung der Frage auch gewisse Mängel aufweist. Von einer neutralen Jugendwehr wäre dann keine Rede. Es ist aber wünschenswert, daß bei der Organisation der militärischen Vorbereitung der Jugend alles vermieden wird, was auch nur den Anschein erwecken könnte, als wollten wir politische Geschäfte be-

sorgen. Mit Recht fordert daher R. K. in der Münchener Post vom 14. November, daß die Bezirksbehörden diese Vorbereitungsarbeit übernehmen sollen; damit käme jede Zersplitterung in Wegfall, und die Einheitlichkeit der Ausbildung bliebe gewahrt. Damit wäre auch die Grundlage für eine politisch neutrale Haltung der Jugendwehr gegeben. Unsere Aufgabe müßte es selbstverständlich sein diese Grundlage nicht verrücken zu lassen. Bei den leitenden Stellen der Jugendwehr ist auch die Absicht vorhanden sie ganz neutral auszugestalten. Das beweist nicht nur die Tatsache, daß man die Organe der Arbeiterbewegung aufgefordert hat sich an der Jugendwehr zu beteiligen, sondern auch das Entgegenkommen, das man bei der Abfassung der für die Jugendwehr geltenden Grundzüge von dieser Seite aus gezeigt hat. In Württemberg entbehren diese Grundzüge jetzt jedes nationalistischen Überschwangs und machen es so auch den sozialdemokratisch Denkenden möglich mit ihnen auszukommen. Das konnte man auch anderswo bewirken.

Über die politische Bedeutung der Jugendwehr ist in den letzten Wochen mancherlei geredet und geschrieben worden. Ängstliche Gemüter befürchteten von ihr eine Schädigung der Partei- und der Gewerkschaftsbewegung. Dazu liegt aber gar kein Anlaß vor. Gewiß, die Jugendwehr ist für uns nicht bedeutungslos. Sie fordert unser Interesse, weil sie die Wehrhaftmachung unseres Volkes und so unser Programm angeht. Zu befürchten haben wir indessen wohl nichts. Das zeigen die Erfahrungen, die wir bisher gemacht haben. Trotz Jungdeutschlandbund, Pfadfinder, christlicher und sonstiger Organisationen nimmt die Zahl der politisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeiter in Deutschland ständig zu. Die wirtschaftliche und politische Entwicklung erweisen sich stets als die besten Lehrmeister, auf die wir auch in der Zukunft rechnen können. Die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse bringen die Arbeiter unweigerlich zu uns. Das wird um so eher geschehen, je mehr und öfter wir ihnen Gelegenheit bieten mit uns in Berührung zu kommen. Deshalb sollten wir uns nicht hermetisch von Andersdenkenden abschließen. Der persönliche Verkehr mit den uns geistig Fernstehenden zerstört vor allem die Vorurteile, die noch vielfach gegen uns gehegt werden. Deshalb würde eine entsprechende Änderung unserer Jugendorganisation, die eine Erfassung der Jugend auf weiterer Grundlage ermöglicht, wie auch die Beteiligung an der Jugendwehr Vorteile schaffen, die wir im Interesse der deutschen Arbeiterbewegung wie unseres deutschen Vaterlands überhaupt nicht von der Hand weisen sollten.

RAPHAEL SELIGMANN · DIE GRUNDLAGEN DES PANSLAWISMUS

 M die Mitte der vierziger Jahre spaltete sich eine kleine Schar von den unter dem etwas unbestimmten Namen der Westler bekannten oppositionellen Kreisen Rußlands ab und bildete eine Gruppe für sich, die zwar kein scharf umrissenes Programm besaß, aber bereits die Konturen eines solchen andeutete. Diese Gruppe bestand anfänglich aus einigen originellen, um nicht zu sagen: eigensinnigen, Köpfen, die zum erstenmal an den westeuropäischen Grundsätzen, die in die Schichten der russischen Intelligenz eingedrungen waren, mit scharfer Kritik

zu rütteln begannen. Es war dies aber eine Kritik, die sich vornehmlich in rein formalen Grenzen hielt; sie richtete sich nicht sowohl gegen den ideellen Gehalt jenes Gedanken- und Anschauungssystems, das gemeinlich für westeuropäische Kultur ausgegeben wurde, als vielmehr gegen die Art und Weise ihrer Aneignung seitens des aufgeklärten russischen Publikums; und wenn der innere Kern der westeuropäischen liberalen Ideen hier und da dabei berührt wurde, so geschah dies gelegentlich und nur so weit als es die Aufgaben einer nur formalen Kritik notwendig erforderten. Bei aller Verschiedenheit ihrer persönlichen Anschauungen gingen diese Männer von einer und der selben Voraussetzung aus, die ihre Kritik der westeuropäischen Prinzipien ein für allemal eindeutig bestimmte.

Die leitenden Grundsätze des westeuropäischen Liberalismus, wie sie in dem sogenannten Zeitalter der Aufklärung, im 18. Jahrhundert, ihre endgültige philosophische und wissenschaftliche Ausgestaltung erfahren haben, wurzelten insgesamt in der allgemeinen Annahme, daß die in der äußern Natur wirkenden Kräfte das Prinzip ihrer Ordnung in sich selber tragen, und daß, wenn sie ungehemmt dem Zug ihres eigenen Wesens überlassen werden, sie die angemessene Form eines harmonischen Zusammenwirkens, früher oder später, aus sich selber herausarbeiten müssen. Nicht anders verhalte es sich mit der menschlichen Gesellschaft, diesem gemeinsamen Tummelplatz verschieden gerichteter psychischer Energien, die, je nach der Art ihrer ursprünglichen Beschaffenheit, sich gegenseitig abstoßen oder anziehen, ganz in der Weise, wie in der physischen Welt die verschiedenen gerichteten Attraktionen und Repulsionen ihre Wirksamkeit entfalten. Was die menschliche Psyche als solche anlangt, so sei sie mit gewissen allgemeinen Grundeigenschaften, wie dem Streben nach Erhaltung und dem nach freier Betätigung, ausgestattet, ganz ebenso wie der materielle Körper mit der Eigenschaft der Schwere von Natur aus behaftet ist. Läßt man nur diesen allgemeinen Grundenergien freien Lauf, so werde sich binnen kürzerer oder längerer Frist die für ihr Fortbestehen geeignete Form des Zusammenwirkens schon einstellen müssen. Alle Verwirrung und alle Unordnung entstehe einzig und allein daraus, daß die Bewegung dieser Energien von ihren natürlichen Bahnen zugunsten irgendeines eingebildeten Zwecks individueller, sozialer oder staatlicher Natur willkürlich abgelenkt wird. Auf diese Weise wurde der Typus einer abstrakten menschlichen Gesellschaft konstruiert, der für lange Zeit hinaus die Richtung der gesellschaftlichen Theorien in Westeuropa bestimmte.

Diesem Schema des westeuropäischen Liberalismus lag eine metaphysische Voraussetzung von gewaltiger Tragweite zugrunde. Sie bestand in dem optimistischen Glauben, daß allen den elementaren, blinden Gewalten, die sich in der äußern Natur vor unseren Augen entfalten, ein vernünftiges, regelndes Prinzip inhärent sei, das immanent und aus sich selber heraus all diese anscheinend chaotischen Potenzen zu einer harmonischen Gestaltung bringe. Aus der selben Voraussetzung ergaben sich unmittelbar zwei Konsequenzen, die ihrerseits auf das philosophische und soziologische Denken des gesamten Abendlands einen entscheidenden Einfluß ausübten. Wenn den in der äußern Natur wirkenden Kräften ein vernünftiges Prinzip inhäriert, so muß sich auch der menschliche Geist in der selben Ebene wie die äußere Natur bewegen, oder, mit anderen Worten, in menschlichen Geist kommen

keine anderen Gesetze zur Geltung als eben die, die in der äußern Natur walten. Ferner: Ebenso wie die in der physischen Welt wirkenden Gesetze, bei all der Verschiedenartigkeit und Vielgestaltigkeit der Äußerungsweisen, doch allerorten und allerzeiten die selben wenigen einfachen Züge, womöglich einen und den selben Grundzug aufweisen, der allein die Aufmerksamkeit des Philosophen verdient, ebenso werde auch der menschliche Geist, der Mannigfaltigkeit seiner Äußerungsweisen unbeschadet, von einigen wenigen Grundtendenzen, womöglich von einer einzigen Grundtendenz getragen, die es durch alle Verwickelungen und Verschlingungen hindurch herauszufinden gilt. Daraus folgt weiter, daß die verschiedenen gesellschaftlichen und nationalen Kulturen, in denen sich der menschliche Geist offenbart, im großen und ganzen einen und den selben Grundtypus hervortreten lassen, und daß dagegen gehalten alle sonstigen Differenzen von nur sekundärer, untergeordneter Bedeutung sind. Übrigens bleibt es vollständig unentschieden, was hier als Primäres und was als Sekundäres, was als Grund und was als Folge aufgefaßt werden soll, ob die angenommene Identität zwischen Geist und Natur aus der Voraussetzung herrührt, daß der materiellen Welt ein regulierendes und harmonisierendes Prinzip innewohne, oder umgekehrt, ob die dieser materiellen Welt beigemessenen harmonisierenden Tendenzen daraus folgen, daß von Anfang an Geist und Natur als identisch gesetzt worden sind. Es ist gewiß sehr möglich und entspricht durchaus dem historischen Tatbestand, daß die im ganzen 18. Jahrhundert herrschende Reaktion gegen die kirchliche dualistische Auffassung von dem unversöhnlichen Gegensatz zwischen Leib und Seele zunächst die entgegengesetzte Vorstellung von der Identität zwischen Natur und Geist hervorrief, und daß erst hinterher aus dieser Vorstellung die Thesis von einer der materiellen Natur inwohnenden Vernünftigkeit als direkte Folge erwuchs. Aber sei dem wie auch immer, die metaphysische Spekulation des 18. Jahrhunderts hat auf diese Weise eine der umfassendsten Formeln aufgestellt, die für alle weiteren Forschungen auf naturwissenschaftlichem, soziologischem und nationalökonomischem Gebiet eine wesentliche Bedeutung gewann. Deutliche Spuren dieser Theorie können wir beispielsweise in der biologischen Soziologie eines Herbert Spencer erkennen, und ihren mächtigen Widerhall vernehmen wir noch in der Hegelschen Auffassung von der Vernünftigkeit des Seienden. Wie es aber in der Natur solcher allumfassender Formeln liegt, brachte auch diese Theorie einen ungeheuren Schematismus mit sich, der den mannigfachen Gestaltungen der konkreten Wirklichkeit nicht im geringsten gerecht zu werden vermochte. Daß dieser Schematismus auf nationalökonomischem Gebiet zu einem ebenso gerechten wie heftigen Widerspruch reizte, daß eine ganze Reihe von feinsinnigen Beobachtern an der Hand schlagender Beweise ihre Unzulänglichkeit zeigte, wissen wir zur Genüge. Fast ebenso fatal erwies sich aber dieser Schematismus auch in kulturhistorischer Hinsicht, und gegen diesen richteten sich eben die Angriffe der oben erwähnten Gruppe von russischen Intellektuellen.

Um das kritische Eingreifen dieser Gruppe vollauf zu würdigen und zu verstehen, gilt es vor allen Dingen den Umstand in Erwägung zu ziehen, daß die geschichtlichen Vorbedingungen, die zur Bildung einer oppositionellen Intelligenz in Rußland führten, in ihren Hauptzügen eine gewisse Ähnlichkeit mit denen aufwiesen, die in Frankreich zu Anfang des 18. Jahrhunderts be-

standen haben mochten. Freilich nur eine gewisse Ähnlichkeit; denn im Grunde lag der aufgeklärte Despotismus der französischen Monarchie weit entfernt von dem russischen Absolutismus in den ersten Dezennien des 19. Jahrhunderts. Daß vollends die ökonomische Gesamtlage des damaligen Rußlands mit dem wirtschaftlichen Aufschwung Frankreichs am Ende des 17. Jahrhunderts keinen ernstern Vergleich auszuhalten vermag, braucht kaum erwähnt zu werden. Und doch war die politische Situation Rußlands in diesen ersten Dezennien des 19. Jahrhunderts im höchsten Grad dazu geeignet die Grundtendenzen des westeuropäischen Liberalismus dem Bewußtsein einer ausgereiften Intelligenz sehr nahe zu bringen. Denn sie war derjenigen Frankreichs zu Anfang des 18. Jahrhunderts nicht unähnlich. Hier wie dort eine geistige Knebelung, die mit dem bereits erstarkten Selbstbewußtsein einer wenn auch verhältnismäßig kleinen Gruppe sich sehr schlecht vertrug. Es ist also nur allzu begreiflich, wenn der kräftige Appell an die der menschlichen Natur angeborene Freiheit die intimsten Saiten eines aufwärtsstrebenden und in seinem Drang gehemmten Gemüts wunderbar berühren mußte. Auf diese Weise bildete sich die Gruppe der sogenannten Westler, die für die Einführung westeuropäischer kultureller Prinzipien in das russische Gesellschaftsleben begeistert eintrat. Da aber der westeuropäische Liberalismus den Typus eines allgemeinen abstrakten Menschen und den einer allgemeinen abstrakten Gesellschaft im Auge hatte, so war es natürlich, daß die neuen Anhänger der westeuropäischen Prinzipien die westeuropäische Kultur in Bausch und Bogen zu übernehmen gedachten, um diese auf ein fremdes Terrain zu übertragen, ohne die besondere Beschaffenheit dieses Terrains genügend in Anschlag zu bringen. Der Gedanke der nationalen Kultur lag dem damaligen Bewußtsein fern.

Unter diesen Männern war Kirejewskij der erste, der den Gedanken einer nationalen Kultur, in Anlehnung an die Schellingsche Metaphysik und an der Hand treffender kulturhistorischer Illustrationen philosophisch auszubauen versuchte. Ohne die Bedeutung allgemeinemenschlicher kultureller Werte für die geistige Entwicklung einer jeglichen Nationalität irgendwie schmälern zu wollen, stellte er doch dem abstrakten Schema einer in linearer Richtung fortschreitenden und flächenmäßig sich ausbreitenden Aufklärung das Ideal einer in sich gegliederten kulturellen Mannigfaltigkeit mit verschiedenartigen geistigen Ausdrucksformen und in verschiedener Potenzierung entgegen. Indem er die Geschichte der westeuropäischen Staaten einer historisch-kritischen Analyse unterwarf und die Hauptelemente ihrer Entwicklung zu fixieren suchte, gelangte er zu der Schlußfolgerung, daß die russische Nationalität als solche, oder, wenn man will, die slawische Rasse im ganzen, einen ganz besondern Kulturtypus darstelle und eine besondere geschichtliche Mission zu verwirklichen habe. Ob der russischen Nationalität diese besondere kulturelle Mission in der Tat zukommt, mag einstweilen dahingestellt bleiben und ist auch in diesem Zusammenhang von keinem Belang. Worauf es hier ankommt, ist zu zeigen, daß Kirejewskij den Begriff der sozialen Träger kultureller Werte in der russischen Literatur zuerst gebildet hat, und, wiewohl er diesen Begriff der Schellingschen Philosophie entlehnt haben mochte, so ist es doch wahrlich kein geringes Verdienst in jener Zeit verschwommener Allgemeinvorstellungen die jeweiligen nationalen Gestaltqualitäten innerhalb der allgemeinemenschlichen

Kulturbewegung mit Präzision nachgewiesen zu haben. Nicht so besonnen und tiefblickend waren seine Gesinnungsgenossen, die größtenteils seine Grundgedanken weiter auszubauen strebten. So vor allem Chomjakow, ein enthusiastischer Kopf und überschwenglicher Phantast, der sich zu ganz willkürlichen Behauptungen verstieg. Ein beredter Publizist war K. Aksakow, der sich aber neben Kirejewskij nur wenig originell ausnimmt. Eine beträchtliche Dosis frappanter Originalität besaß K. Leontjew; es war dies aber eine Originalität, die an Bizarrerie grenzt und sich von Verschrobenheit nur wenig unterscheidet. Sie alle mit Kirejewskij an der Spitze bildeten die Gruppe der sogenannten Slawophilen. Sie alle gingen ursprünglich von der Annahme einer besondern Veranlagung des russischen Charakters aus und gelangten auf dem Weg einer immer zunehmenden begrifflichen Verallgemeinerung zu der eines spezifisch slawischen Elements, das allen Produktionen der slawischen Rasse auf politischem, wirtschaftlichem und geistigem Gebiet zugrunde liegen müsse und sich von dem Geist der germanischen und der lateinischen Rasse wesentlich unterscheiden sollte. Sie alle gingen mehr oder weniger mit der historischen Wirklichkeit willkürlich um, indem sie die Geschichte der westeuropäischen Nationen in ihrem eigenen Sinn beleuchteten und deuteten und aus der des russischen Volkes nur das heraushoben, was ihren vorgefaßten Anschauungen entsprach. Sie alle trieben Falschmünzerei in geringerem oder größerem Maß, indem sie unter allerhand Verrenkungen der historischen Daten den Entwicklungsgang des russischen Geistes als in der Richtung der Friedfertigkeit sich bewegend darstellten, wohingegen der westeuropäische Geist sich ausschließlich in der Richtung der Gewalttätigkeit bewegen sollte. Ihnen allen war das Bestreben gemeinsam den versöhnlichen russischen Volkscharakter für den Träger der wahren Christlichkeit auszugeben, in schroffem Gegensatz zu der aggressiven und anmaßenden Natur der Westeuropäer, die sich mit der christlichen Demut schlecht vertrage. Sieht man aber von all diesen gewaltsamen Deutungen ab, die mit jeder weitausholenden kulturgeschichtlichen Konstruktion unvermeidlich verbunden sind, so wird man nach reiflicher Überlegung kaum bestreiten können, daß in der slawophilen Behauptung der Eigenart des slawischen Wesens ein Kern von Wahrheit enthalten ist. Das Bestreben der Slawophilen ging ursprünglich davon aus die allumfassende Formel eines alleinseligmachenden Westeuropäertums in nationalkulturellem Sinn einzuschränken. In striktem Gegensatz zu einem schemenhaften und unifizierenden Bildungsideal drang es überall auf Konkretisierung und lebendige Gestaltung, und insofern müssen die Anschauungen der Slawophilen, die übrigens in der deutschen vorhegelschen Philosophie vorgebildet lagen, als ein Gewinn für die kulturgeschichtliche Forschung bezeichnet werden.

Das Slawophilentum hatte aber auch einen andern Aspekt. Indem es die Annahme eines allgemeinen slawischen Elements zum Ausgangspunkt seiner Betrachtungen machte, bereitete es den Boden für einen ideologischen Panslawismus vor. Darin lag eine Gefahr, die sich auch bald enthüllte. Bevor ich indessen darauf eingehe, seien noch ein paar Worte über das Verhalten des fortschrittlich gesinnten und revolutionär gestimmten Teils der russischen Intelligenz zu den Behauptungen der Slawophilen gesagt.

Bei der revolutionären Intelligenz stießen die slawophilen Ideen fast vom ersten Moment ihres Auftretens an auf einen heftigen Widerstand. Wahr ist

allerdings, daß die revolutionäre Kritik ihre Angriffe nicht sowohl gegen den eigentlichen Kern dieser Ideen, die nachdrückliche Hervorhebung der russischen respektive slawischen Eigenart, als vielmehr gegen die Art und Weise ihrer slawophilen Beleuchtung richtete, insbesondere gegen die gedanklichen Begleiterscheinungen des Slawophilentums, gegen all jene sekundären Anschauungen und Vorstellungen, die sich um den Kern gruppierten, und die trotz ihrer Nebensächlichkeit in der slawophilen Lehre eine entscheidende Rolle spielten. Man wollte keineswegs daran glauben, daß das russische Volk eine besondere Sendung zu verwirklichen habe, daß ihm in der Geschichte besondere Wege von der Vorsehung zugedacht wären, kurz, man stellte den Gedanken an die Mission und die Auserwähltheit der russischen Nationalität vollständig in Abrede. Man konnte unmöglich der Vorstellung Raum gewähren, daß die Entwicklungsgeschichte des russischen Staates im Punkt der Gewalttätigkeit sich von der aller anderen Staaten wesentlich unterscheiden sollte. Zwar zeigte man sich bereit zuzugestehen, daß die spezifische Beschaffenheit dieses oder jenes Nationalcharakters der Physiognomie dieser oder jener nationalen Kultur einen eigenartigen Stempel aufzuprägen vermag; aber man wies mit Entschiedenheit die Zumutung von sich, als wäre dieser Nationalcharakter imstande aus den gleichen historischen Prämissen ganz verschiedene Folgen hervorzubringen. Gegen alle diese Anschauungen und Vorstellungen kämpfte eine Reihe beredter Publizisten und Geschichtsphilosophen. Zur Ergänzung und Vervollständigung muß jedoch der Tatsache Erwähnung getan werden, daß eine gewisse Abart des Slawophilentums auch in den Kreisen der revolutionären Intelligenz feste Wurzeln faßte. Es ist die Partei der sogenannten Narodniki gemeint, die die Behauptung aufstellte, daß das russische Volk eine spezielle Veranlagung zum Sozialismus besitze, und insbesondere, daß die gesellschaftlichen Grundlagen der russischen Dorfgemeinschaft alle Keime einer zukünftigen agrarsozialistischen Gesellschaftsordnung in sich bergen. Gegen diese Behauptungen traten die Anhänger des Marxismus auf, indem sie die allmähliche Zersetzung der Dorfgemeinschaft durch den unaufhörlich um sich greifenden Industrialisierungsprozeß mit großem Erfolg nachwiesen. Aber auch die Narodniki erklärten sich im allgemeinen als entschiedene Gegner des Slawophilentums im Sinn einer besondern weltgeschichtlichen Mission des russischen Volkes respektive der slawischen Rasse und hielten bloß an der Eigenart der russischen Verhältnisse in ökonomischer Beziehung fest.

Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß den Verstiegenheiten der meisten slawophilen Behauptungen gegenüber die von den revolutionär gesinnten Kreisen ausgehende Kritik den Vorzug der vernünftigen Überlegung und der objektiven, unvoreingenommenen Auslegung der geschichtlichen Tatsachen besaß. Aber die Slawophilen besaßen praktisch einen größern Vorzug: den des Schlagworts und der Phrase, die in so vielen Fällen den entscheidenden Erfolg bestimmen, sich energischer und rascher als die Vernunft Bahn brechen und bei weitem geeigneter als jene sind auf das Gemüt der Masse eine suggestive Wirkung auszuüben. Trotzdem gelang es den Slawophilen nicht eine ansehnliche Partei um sich zu sammeln. Bei all ihrem Appell an die Vorurteile und Instinkte der Menge blieben sie doch vereinzelt, ohne daß es ihnen geglückt wäre einen treibenden ideellen Faktor im Leben des Volkes zu bilden. Dies lag an einem gewichtigen Umstand, der eine sehr

aufmerksame Beachtung verdient. Wie oben bereits erwähnt wurde, haben die Slawophilen durch ihre energische Unterstreichung der Eigentümlichkeiten des slawischen Geistes einem gewissen ideologischen Panslawismus die Wege geebnet. Dieser ideologische Panslawismus, der im Grunde seines Wesens nichts weniger als eine schematische Verallgemeinerung sondern umgekehrt überall die nationalkulturelle Konkretisierung angestrebt hatte, mußte früher oder später mit jenem politischen Panslawismus zusammentreffen, den der russische Staat von jeher betrieb und durchzuführen suchte, und der einzig und allein diesen Namen vollauf verdient. Wie nahe lag hier nicht für die Slawophilen die Gefahr die von ihnen angestrebte kulturelle Vereinheitlichung aller slawischen Nationalitäten, die im Grunde genommen in der Unterschiedlichkeit der jeweiligen nationalen Faktoren verwurzelt war, durch die realpolitischen Vereinheitlichungstendenzen des russischen Staats verwirklichen zu wollen, Vereinheitlichungstendenzen, die sämtlich auf Unifizierung beruhten. Dieser Gefahr entgingen die Slawophilen nicht. Sie schlossen ein Bündnis mit dem russischen Staat, der gleich ihnen Rechtgläubigkeit und Volkstümlichkeit auf seine Fahne schrieb, und legten dadurch die Axt an die Wurzel ihrer eigenen Ideen. Durch die Anlehnung an den Staat verwickelte sich das Slawophilentum in einen argen Widerspruch, der so lange an seinem Kern fraß, bis er seine Lebenskraft zerstörte.

Wir sahen, daß die Grundtendenzen des ursprünglichen Slawophilentums aus einer Reaktion gegen jenen philosophischen Schematismus des 18. Jahrhunderts hervorgegangen ist, der den Typus des abstrakten Menschen und den der abstrakten Gesellschaft in den Vordergrund des Interesses rückte. Es liegt keineswegs in meiner Absicht die weltgeschichtliche Bedeutung der westeuropäischen liberalen Ideen dadurch irgendwie schmälern zu wollen; ich meine im Gegenteil, daß diesen Ideen eine der wichtigsten historischen Aufgaben beschieden war, und daß sie, so gut es ging und in einem gewissen Sinn, diese Aufgabe auch erfolgreich durchgeführt haben. Diesen liberalen Ideen kam es vor allen Dingen darauf an aus dem fast unentwirrbaren Chaos verschiedener religiöser und feudaler Vorurteile, in denen die westeuropäischen Nationen steckten, das allgemein Menschliche klar und deutlich vor aller Augen hervorzuheben, und sie mußten daher unvermeidlich in einen abstrakten Schematismus ausmünden. Daß dieser in Westeuropa selber schließlich zu ebenso berechtigtem wie energischem Widerspruch reizte, kann in diesem Zusammenhang ausführlich nicht erörtert werden. Das Slawophilentum in seiner reinen Gestalt, wie es ursprünglich von Kirejewskij konzipiert worden war, stellte eben einen ähnlichen Protest dar. Gegenüber dem Schema einer über alle Völkerschichten sich gleichmäßig verbreitenden Allkultur machte das Slawophilentum in seiner ursprünglichsten Fassung die Vielgestaltigkeit und Unterschiedlichkeit der konkreten nationalen Kulturen geltend. Aber was bedeutet dieser philosophische Schematismus im Vergleich mit dem staatlichen Schematismus des politischen Panslawismus, in den das Slawophilentum verfiel? Der philosophische Schematismus vermochte nicht der konkreten Wirklichkeit gerecht zu werden, aber er war im Grunde seines Wesens recht harmloser und friedlicher Natur. Der staatliche Schematismus dagegen, in den das Slawophilentum letzten Endes ausartete, die gewaltsame Nivellierung der ver-

schiedenen nationalen Kulturniveaus, war bösartig und gefährlich. Das Slawophilentum fing mit einem Kirejewskij und einem Aksakow an und endete mit einem Katkow und Pobjedonoszew. Es wollte ursprünglich der Eigenart einer jeglichen nationalen Kultur zu ihrem Recht verhelfen und endete damit, daß es die nationale Selbstbestimmung rücksichtslos verleugnete. Mit dem Moment, wo das Slawophilentum zu einem Panlawismus geworden ist, büßte es seine kulturelle Macht ein und verlor jede Aussicht auf Erfolg.

So kam es, daß ein an sich fruchtbares geistiges Prinzip, das die Grundlage zu einer friedlichen Entfaltung der Völkerschaften abgeben sollte, durch seine Anlehnung an die äußerlichen Machtmittel eines sich immer mehr ausdehnenden Staates mit der Zeit ein immer fraglicheres und bedrohlicheres Aussehen bekam. Das ursprüngliche Slawophilentum der Kirejewskij und Aksakow strebte das harmonische Zusammenleben der Nationalitäten an, auf Grund ihrer inneren geistigen Unterschiede und Differenzierungen, da es von der richtigen Voraussetzung ausging, daß nur eine der ursprünglichen Charakterveranlagung einer jeden nationalen Gruppe entsprechende Kultur eine wirkliche Harmonie zu verbürgen imstande ist. Der Panlawismus eines Katkow und Pobjedonoszew dagegen drang auf eine inhaltsleere staatliche Vereinheitlichung, die früher oder später zu verhängnisvollen Konflikten führen mußte. Die slawophile Doktrin wich von ihrer ursprünglichen Richtung ab, um mit den politischen Tendenzen eines sich immer mehr ausdehnenden Staates in Berührung zu gelangen. Der russische Staat ergriff die günstige Gelegenheit und bediente sich des von dem Slawophilentum mit solchem Nachdruck betonten slawischen Elements, um seinem im Lauf der geschichtlichen Entwicklung großgezogenen Bedürfnis nach Ausdehnung den Schein einer moralischen Berechtigung zu verleihen. Dieses Streben nach immer größerer Ausweitung, nach einer ins Unendliche gehenden Erweiterung seiner Grenzen ist in dem russischen Staat zu einem krankhaften Verlangen, zu einem Ausdehnungskitzel geworden. Der russische Staatskörper leidet selber an dem Übermaß seines Landbesitzes, der ihn überall in seinen Bewegungen hindert oder auf seiner innern Politik wie ein unerträglicher Alp lastet. Daher hat dieser Drang von jeher in allen denkenden und weitblickenden Kreisen des russischen Volks selber Besorgnis erregt. Denn je weiter die Grenzen des russischen Reiches sich ausdehnen, desto enger zieht sich der Kreis der inneren Fortschrittmöglichkeiten zusammen.

PAUL HIRSCH · DAS MIETSVERHÄLTNISS WÄHREND DES KRIEGES



ON den vielen Problemen, die der Krieg aufgerollt hat, ist eines der schwierigsten das des Mietsverhältnisses. Ein großer, man kann sagen: der größte, Teil der Krieger ist nicht imstande seinen Mietszinsverpflichtungen nachzukommen, und auch von den durch den Krieg erwerbslos gewordenen Personen dürfte sich die Mehrzahl in der gleichen Lage befinden. Die Hauswirte haben also mit erheblichen Ausfällen zu rechnen. Zwar befreit die Kriegszeit den Mieter einer Wohnung nicht von der Verpflichtung zur pünktlichen Zahlung der Miete, die Nichtzahlung zieht grundsätzlich die gleichen Folgen nach sich wie in

Friedenszeiten; aber andererseits können Mieter, die im Feld stehen, während des Kriegszustands nicht zur Zahlung oder zur Räumung der Wohnung verurteilt, und ihre Familie kann nicht exmittiert werden. Was ist die Folge? Für die Hausbesitzer, die nicht über ein genügend großes Privatvermögen verfügen, um daraus die Hypothekenzinsen zahlen zu können, rückt die Gefahr einer Zwangsversteigerung ihres Grundstücks und damit eines wirtschaftlichen Zusammenbruchs in greifbare Nähe. Bei der hohen Belastung namentlich der großstädtischen Grundstücke wird oft genug schon die 2. Hypothek nicht mehr ausgebaut, der Besitzer der 1. Hypothek wird das Haus zu einem niedrigen Preis erstehen, und die nachfolgenden Hypothekengläubiger haben das Nachsehen. Wäre mit der wohlfeilen Ersterhebung des Hauses gleichzeitig ein Sinken der Mieten verbunden, so könnte man sich bei allem Mitleid mit den Geschädigten vielleicht noch damit befreunden. Aber die Erfahrung lehrt, daß sich die Höhe des Mietspreises nicht nach dem Preis richtet, zu dem das Grundstück erworben ist, sondern daß hierfür ganz andere Momente ausschlaggebend sind. Die Mieten werden also nicht sinken, wohl aber werden die Verhältnisse auf dem Hypothekenmarkt derartig in Unordnung gebracht, daß unser ganzes Wirtschaftsleben schwer darunter zu leiden hat. Auch wer grundsätzlich für die Vergesellschaftung des Grund und Bodens ist, wird solchen Zustand nicht herbeisehnen, zumal er keinen Schritt auf dem Weg zur Erreichung dieses Ziels sondern nur einen Besitzwechsel, eine Anhäufung großer Vermögen in den Händen kapitalkräftiger Hypothekenbanker oder anderer kapitalistischer Gesellschaften bedeutet.

Ein Interesse das zu verhindern haben neben dem Reich und den Einzelstaaten vor allem die Gemeinden, die bei Aufstellung ihrer Etats mit den Steuern und den Abgaben vom Grundbesitz rechnen. Es ist deshalb verständlich, und auch von unserm Standpunkt aus zu billigen, wenn die Gemeinden Maßnahmen ergreifen, um den Grundbesitz zu stützen. Die an verschiedenen Orten gewährten Mietsunterstützungen an Kriegsteilnehmer und Arbeitslose sind ja auch mindestens im selben Maß wie für die Mieter eine Hilfe für die Vermieter, namentlich wo die Gelder direkt an diese abgeführt werden. Ganz verkehrt aber wäre es, wollte man die ganzen Lasten auf die Gemeinden abwälzen. Einmal sind die meisten deutschen Gemeinden finanziell gar nicht so gestellt, daß sie sie tragen könnten, sodann aber muß, wie jeder andere Staatsbürger, auch der Hausbesitzer Lasten auf sich nehmen. Gerade hier haben die organisierten Haus- und Grundbesitzer Gelegenheit sich einmal in wahrhaft nationalem Sinn zu betätigen.

Ausgehend von der Erwägung, daß außergewöhnliche Zeiten außergewöhnliche Maßnahmen bedingen, ist nun der Schutzverband für deutschen Grundbesitz mit einem Vorschlag an die Öffentlichkeit getreten, der auf den ersten Blick recht bestechend ist, gegen den sich aber doch, insbesondere vom Gesichtspunkt der Gemeindefinanzen aus, mancherlei Einwendungen erheben lassen. Der Vorschlag, den der bekannte Kommerzienrat Georg Haberland in einer Veröffentlichung unter dem Titel Das Mietsverhältnis im Krieg näher erläutert, und der sich bereits zu einer Eingabe an den preußischen Minister des Innern verdichtet hat, läuft darauf hinaus, daß den Kommunen von Gesetzes wegen die Gewährung von Mietsunterstützungen auferlegt werden soll, und zwar in einem Umfang von $3\frac{1}{2}$ bis $4\frac{0}{100}$ des Gesamt-

grundstückswerts der einzelnen Gemeinden. Die Mittel sollen in folgender Weise aufgebracht werden:

- »1. Die Gemeinden sind berechtigt eine einmalige Kriegssteuer von 1 % vom gesamten Grundbesitz zu erheben.
2. Die Gemeinden sind berechtigt von sämtlichen Hypothekengläubigern die auf den im Weichbild der Gemeinde belegenen Grundbesitz Hypotheken eingetragen haben, eine einmalige Kriegssteuer von $\frac{1}{2}$ % zu erheben.
3. Die Gemeinde hat ihrerseits einen Betrag, welchen sie im Wege einer mit mindestens 3 % zu amortisierenden Anleihe aufzunehmen berechtigt ist, zur Verfügung zu stellen, welcher einem fernen 1 bis $1\frac{1}{2}$ % des Grundstückswerts entspricht.
4. Der Staat gewährt seinerseits einen Gesamtzuschuß von 1 % des Grundstückswerts, welcher im Königreich Preußen in Gemeinden von über 5000 Einwohnern vorhanden ist.«

Weiter sollen, um diejenigen Kreise, die tatsächlich nicht in der Lage sind ihren Mietsverpflichtungen ganz oder teilweise gerecht zu werden, von denjenigen zu scheiden, die aus den Schutzmaßnahmen für die Bedürftigen in unberechtigter Weise Vorteil ziehen, von Gesetzes wegen sämtliche Gemeinden mit mehr als 5000 Einwohnern verpflichtet werden Mietseinigungsämter einzurichten. Im Interesse der minderbemittelten Bevölkerung soll hierbei die Bestimmung vorgesehen werden, daß die Mietsunterstützung bei Wohnungen unter 500 Mark jährlichem Mietswert mit der Maßnahme gewährt wird, daß sie höchstens 75 % der Miete beträgt, und daß der Hausbesitzer in den Fällen, in denen die vollen 75 % von den Ämtern gezahlt werden, auf 25 % der Miete Verzicht leistet.

Haberland bemüht sich den Gemeinden, die seiner Ansicht nach nicht genug für die Hausbesitzer tun, seinen Vorschlag schmackhaft zu machen:

»An der Existenz des Hausbesitzes hat neben ihm selbst die Gemeinde, der Hypothekarkredit und der Staat ein dringendes Interesse. Mit dem Zusammenbruch des Hausbesitzes in den Großstädten entfällt die Möglichkeit der Wohnungsfürsorge in der bisherigen Form auch für die Zeit nach dem Krieg. Auf den Trümmern eines zusammengebrochenen Hausbesitzerstandes wird sich niemand bereit finden Wohnungen zu Mietszwecken zu errichten. Auch die Baugenossenschaften müssen völlig versagen, da sie von den gleichen Mißständen betroffen werden. Die Wohnungsfürsorge wird dem Staat und der Gemeinde obliegen, und sie wird große Opfer von ihnen erfordern.«

Mit diesem seinem Argument ist der Verfasser des Schutzverbands für deutschen Grundbesitz nicht auf allgemeine Zustimmung bei den Gemeinden gestoßen. Der Vorstand des Deutschen Städtetags hat ihm durch die Annahme folgender Resolution eine scharfe Absage erteilt:

»Trotz der fast unübersehbaren Fülle von Ausgaben und Belastungen, die der Krieg den Gemeinden gebracht hat, haben die Gemeinden ein besonderes Interesse für die Frage der Mietszahlung an den Tag gelegt und je nach den örtlichen Verhältnissen durch organisatorische Maßnahmen, zum Beispiel durch Einrichtung von Mietseinigungsämtern und durch Kreditfürsorge, tatkräftig bewährt. Nachdrücklich zugunsten der Hausbesitzer wirken auch die Beschlüsse der Gemeinden, wonach vielfach besondere Mietszuschüsse für die Kriegerfamilien vorgesehen oder die allgemeinen Zuschüsse der Gemeinden zu den Reichsmindestsätzen reichlicher bemessen werden, damit daraus ein Teil der Miete gewährleistet werden kann. Die Gemeinden haben die in diesen Mietsunterstützungen liegenden großen Opfer im vaterländischen Interesse gern auf sich genommen, obwohl die Fürsorge für die Kriegerfamilien grundsätzlich und jedenfalls im Rahmen des Notwendigsten Angelegenheit des Reichs ist und deshalb umfassend nur durch Eintreten des Reichs geregelt werden kann. Diesen Leistungen der Gemeinden gegenüber entbehrt die vom Schutzverband für deutschen Grundbesitz in breiter Öffentlichkeit vertretene Ansicht, die Gemeinden täten in der Mietfrage nicht, was ihnen obliegt, jeder Berechtigung. Trotz aller Anstürme gegen die Gemeinden hält der Vorstand des Deutschen Städtetags daran fest, daß die Grenzen für die Verwendung der Gemeindemittel

auch in Kriegszeiten und besonders in Kriegszeiten ausschließlich durch das Interesse der Allgemeinheit bestimmt werden, und daß selbst zugunsten des den Gemeinden so eng verknüpften Hausbesitzerstands eine Hilfsaktion, die anderen Ständen versagt bleibt, aus öffentlichen Mitteln nicht zulässig ist. Die vom Schutzverband für deutschen Grundbesitz vorgeschlagene Aktion würde obendrein die finanzielle Leistungsfähigkeit der Gemeinden und damit auch die Grundlagen des Hausbesitzes zerstören.«

In einer Eingabe an den Bundesrat begründet der Vorstand des Deutschen Städtetags des näheren seine ablehnende Stellungnahme. Er bezeichnet den Plan des Schutzverbands als eine Sondermaßregel zugunsten eines einzelnen Standes, durch den sich andere Stände beschwert fühlen müßten, der in den verschiedenen Gemeinden ganz verschieden wirken würde, und der auch nur der Form nach eine einmalige Aktion, in der Sache jedoch der erste Schritt zur wirtschaftlichen Gewährleistung des Wertes von Grund- und Hausbesitz während des ganzen Krieges bedeuten würde. Deshalb würde der Wert des Grundbesitzes steigen, während die in anderen Gewerben angelegten wirtschaftlichen Werte sinken würden.

In direktem Gegensatz dazu hat zu der gleichen Zeit der Vorstand des Verbands der größeren preußischen Landgemeinden, der etwa 120 Gemeinden, darunter viele große Vorortgemeinden Berlins, umfaßt, sein Einverständnis mit der Petition des Schutzverbands ausgesprochen. Wie erklärt es sich, daß zwei so hervorragende Organisationen von Sachverständigen zu so entgegengesetzten Schlüssen kommen? Aus dem Unterschied zwischen Stadt- und Landgemeinden allein auf keinen Fall, denn unter den Städten, die dem Deutschen Städtetag angeschlossen sind, finden wir eine ganze Reihe solcher, die nach ihrer Einwohnerzahl und nach den Verhältnissen auf dem Wohnungsmarkt Landgemeinden ähneln, während umgekehrt unter den größeren preußischen Landgemeinden nicht wenige einen völlig großstadtähnlichen Charakter haben. In der entgegengesetzten Stellungnahme der beiden Körperschaften ist ein Beweis mehr dafür zu erblicken, daß es sich hier um ein überaus schwieriges Problem handelt.

Dem Vorstand des Deutschen Städtetags muß ich unbedingt darin beipflichten, daß der vom Schutzverband für deutschen Grundbesitz gegen die Gemeindeverwaltungen erhobene Vorwurf jeder Berechtigung entbehrt. Schon in Friedenszeiten haben die Gemeinden der Klasse der Hausbesitzer ihre ernsteste Fürsorge zuteil werden lassen, oft sogar in einem Maß, das mit den Rücksichten auf die übrigen Schichten der Bevölkerung nur schwer vereinbar ist. Im Juni 1914 hatten, wie den Mitteilungen der Zentralstelle des Deutschen Städtetags zu entnehmen ist, neben 4 Städten, die Anstalten für 1. Hypotheken besaßen, von den deutschen Städten mit über 25 000 Einwohnern bereits 25 besondere Anstalten zur Hergabe oder zur Vermittlung 2. Hypotheken errichtet respektive Maßnahmen zur Unterstützung privater Anstalten für 2. Hypotheken getroffen. Dazu kamen 13 Grundrentenanstalten und Darlehenskassen, und außerdem hatte eine Reihe weiterer Städte besondere Fonds für Hypothekendarlehen geschaffen oder auch Kredite in einzelnen Fällen gewährt. 62 Städte endlich hatten (meist selbstschuldnerisch) Bürgschaften für Hypothekendarlehen Dritten gegenüber übernommen. Auch der Gedanke der genossenschaftlichen Hypothekengarantie respektive -vermittlung hat überall, wo er verwirklicht ist, die Unterstützung der städtischen Verwaltungen gefunden.

Weit größer aber noch sind die Lasten, die die Gemeinden in der Kriegszeit auf sich genommen haben. Wir begegnen hier den mannigfaltigsten Einrichtungen, von der einfachen Methode der Zahlung eines Teils der städtischen Unterstützung oder einer besondern Mietsbeihilfe neben der städtischen Unterstützung unmittelbar an den Hauswirt bis zu äußerst komplizierten Maßnahmen, die bei aller Verschiedenartigkeit sich doch in der Tendenz gleichen den Hausbesitzern in ihrer Not eine Hilfe zuteil werden zu lassen. So hat Berlin 600 000 Mark Aktien der mit einem Grundkapital von 1 Million Mark ins Leben gerufenen Berliner Kriegsbeleihungskasse für nachstellige Hypotheken übernommen. Es handelt sich hier um eine gemeinsam mit dem Schutzverband für deutschen Grundbesitz, dem Bund Berliner Grundbesitzervereine und der Genossenschaft Berliner Hausbesitzervereine vollzogene Gründung zur Beschaffung und Sicherung von Hypotheken. Zur Kreditgewährung sind nachstellige Hypotheken auf Berliner Wohngrundstücken geeignet, soweit sie innerhalb 75 % des vom Magistrat festzusetzenden Beleihungswerts stehen. Andere Städte haben neben allgemeinen Kriegsdarlehenskassen noch besondere Hilfsaktionen zugunsten notleidender Hausbesitzer in die Wege geleitet; sie übernehmen für solche Hausbesitzer, deren Grundstück wegen zu hoher Belastung keine Sicherheit für die Hergabe eines Darlehens bietet, Bürgschaft bei den Darlehenskassen. Wohl am meisten durchdacht ist das Projekt der Dresdener Mietsdarlehenskasse, durch die dem Hausbesitz die Möglichkeit geboten ist sich eine Kreditgelegenheit zu schaffen. Diese Kasse bedeutet keine Unterstützung aus öffentlichen Mitteln sondern im wesentlichen nur die Vermittlung von Zwischenkrediten. Der mit Hilfe der öffentlichen Gewalten zu gewährende Zwischenkredit vermittelt den Hausbesitzern zur Zahlung ihrer Verbindlichkeiten Vorschüsse, die aus später eingehenden Mietszinsen wieder gedeckt werden müssen. Allerdings begegnet dieser Plan dem lebhaften Widerstand des organisierten Haus- und Grundbesitzes, der eine derartige Hilfe ablehnt, weil er von einer Rückzahlung des Kredits nichts wissen will und statt dessen den Haberlandschen Plan propagiert. Daher kommt es, daß Dresden bisher die einzige Stadt Deutschlands ist, in der eine Mietsdarlehenskasse besteht. In anderen Gemeinden drohen wohlgemeinte Absichten der Behörden an dem Widerstand der Hausbesitzer zu scheitern.

Soweit es sich bei den Plänen des Schutzverbands für deutschen Grundbesitz um die gesetzliche Verpflichtung zur Schaffung von Mietseinigungsämtern handelt, wird man sich damit einverstanden erklären können. Notwendig wäre freilich die gleichzeitige Einführung einer Verpflichtung der Mieter und Vermieter zur Offenbarung ihrer Vermögensverhältnisse, da sonst in Großstädten wenigstens die Ämter ihre Aufgabe kaum erfüllen könnten. Im übrigen erhebt sich gegen den Vorschlag zunächst ein Bedenken mehr formaler Natur, ob es nämlich richtig ist ein Gesetz, das den Gemeinden das Recht zur Besteuerung des Grundbesitzes und der Hypothekengläubiger erteilt, nur für Preußen zu erlassen. Auch Felix Clauß vertritt in einem bemerkenswerten Artikel in der Sozialen Praxis vom 5. November die Ansicht, daß eine so einschneidende Vorlage schon aus rechtlichen Erwägungen besser vor das Forum des Reichstags als der Einzellandtage gehört, zumal diese Steuern tatsächlich Kriegssteuern darstellen würden. Über die weitere Frage, ob es überhaupt berechtigt ist staatliche Mittel zur Linderung der Not der Hausbesitzer heranzuziehen, gehen die Ansichten weit aus-

einander. Clauß bekämpft diese Forderung unter Hinweis darauf, daß städtischer Grundbesitz und Hypothek, ebenso Kapitalsanlagen sind wie alle anderen, und daß ihnen deshalb ebenso wie allen übrigen Kapitalbesitzern zugemutet werden müsse das von ihnen eingegangene Risiko zu tragen; es erscheine also völlig berechtigt, daß auch diese Kapitalistengruppen an dem durch den Krieg geschaffenen allgemeinen Wertniedergang teilnehmen. Daher will er sich 'darauf beschränken den Gemeinden mit mehr als 5000 Einwohnern die Pflicht zur Schaffung von Mietseinigungsämtern aufzuerlegen, ihnen andererseits dafür das Recht geben den in ihrem Weichbild gelegenen Grundbesitz sowie die auf den im Gemeindebezirk gelegenen Grundstücken eingetragenen Hypotheken zu einer Kriegssteuer heranzuziehen, die allerdings wesentlich höher sein müßte als die von Haberland in Aussicht genommenen Sätze, »damit diese Steuern auch ihren Zweck erfüllen, nämlich den Grundbesitz leistungsfähig zu erhalten, ohne aber Staat und Gemeinden mit dieser besondern Aufgabe zu beschweren«.

Der Vorschlag Clauß' unterscheidet sich von dem Haberland'schen also dadurch, daß Clauß die Summen, die nach Haberland von den Gemeinden und vom Staat getragen werden sollen, den Grundbesitzern selbst auferlegen will, und zwar will er vom 1. Oktober ab auf die Dauer des Krieges die vierteljährliche Steuer auf den unbelasteten Grundbesitz bis auf $\frac{1}{2} \text{ ‰}$, die von den Hypothekengläubigern zu erhebende bis auf $\frac{1}{4} \%$ bemessen. Hier-nach würde sich zum Beispiel der Besitzer einer Hypothek in Höhe von 100 000 Mark, die ihm bisher 4000 Mark Zinsen eingebracht hat, während der Kriegezeit mit 3000 Mark begnügen müssen, scheinbar ein großes Opfer, aber gering im Vergleich zu dem Opfer, »das die Zehntausende bringen, die nicht in die Heimat zurückkehren und ihre Familien zu allermeist in den dürttigsten Verhältnissen zurücklassen, oder die draußen auf dem Schlachtfeld ihre Arbeitskraft einbüßen und einem elenden Leben entgegengehen«. In der Tat kommt es jetzt vor allem darauf an den Kriegsteilnehmern die Sorge um ihre Familien abzunehmen. Ich verkenne nicht die schwierige Lage, in der sich der Grundbesitz zurzeit befindet. Indes, ist seine Lage etwa schwieriger als die der kleinen Gewerbetreibenden oder der sonstigen durch den Krieg erwerbslos gewordenen Personen? Warum man dem Grundbesitz zu dem Monopol, dessen er sich bereits erfreut, noch ein weiteres Monopol von Gesetzes wegen verschaffen soll, ist schlechterdings nicht einzusehen. Mit vollem Recht macht Clauß darauf aufmerksam, daß von den ungesunden Verhältnissen, die sich während der letzten Jahrzehnte auf dem Grundstücksmarkt herausgebildet haben und die jetzt in der Kriegskrisis in breitester Öffentlichkeit zutage treten, neben den Gemeinden in erster Linie die Grundstücksbesitzer und die Hypothekengläubiger den Vorteil gehabt haben, und weiter, daß jeder, der überhaupt eine städtische Hypothek hat, gleichgültig wie groß sie ist, und auch der weitaus größte Teil der Grundbesitzer sich unter allen Umständen in einer ungleich bessern materiellen Lage befindet als die, die ausschließlich auf ihrer Hände oder ihres Geistes Arbeit angewiesen sind.

Die finanzielle Tragweite des Haberland'schen Vorschlags bemißt sich nach der Berechnung seines Urhebers in Preußen, wo der gesamte Grundstücks-wert der in Frage kommenden Städte im ganzen etwa 40 Milliarden Mark betragen dürfte, für den Staat auf 40 Millionen Mark. Das ist gewiß keine

unerschwingliche Summe. Es fragt sich nur, ob es nicht mehr angebracht wäre, der Staat würde den leistungsschwachen Gemeinden diesen Betrag zur Gewährung von höheren Zuschüssen an die Familien der Kriegsteilnehmer zur Verfügung stellen, aus denen sie auch ihre Mieten ganz oder teilweise decken können. Darüber, welche Belastung den Gemeinden aus den Vorschlägen erwächst, ist man sich in den Kreisen der Interessenten nicht einig. Der Berliner Magistrat rechnet für Berlin mit einer Belastung von Hunderten von Millionen Mark im Jahr, während Haberland diese Schätzung für weit übertrieben hält und zu dem Schluß kommt, daß es sich für Berlin im ganzen nur etwa um 35 Millionen Mark handeln würde, wovon 21¼ Millionen durch Staat, Grundbesitz und Realkredit und nur 13½ Millionen durch die Stadt beschafft werden solle. Wer von beiden recht hat, wage ich nicht zu beurteilen. Mein Bedenken gegen den Haberland'schen Vorschlag entspringt ja auch nicht der Furcht vor einer zu großen Belastung von Staat und Gemeinden, sondern es ist grundsätzlicher Art. Ich bin der Meinung, daß weit wichtiger als die Wahrung der Interessen des Haus- und Grundbesitzes die der Familien der Kriegsteilnehmer ist. Will man dies Ziel erreichen, so muß man die Gemeinden mit ausreichenden Mitteln versehen. Es genügt vollkommen, wenn man ihnen neben der Verpflichtung zur Errichtung von Mietseinerigungsämtern das Recht zur Besteuerung der Grundbesitzer und der Hypothekengläubiger erteilt. Von einer besondern Belastung der Gemeinden sollte man absehen. Erhalten sie vom Staat oder vom Reich außerdem entsprechende Beihilfen, so werden sie in den Stand gesetzt werden je nach Lage des Falls den Familien von Kriegsteilnehmern und auch den Arbeitslosen Mietszuschüsse zu geben. Vorbedingung für die Bewilligung eines Mietszuschusses müßte allerdings ein rechtsverbindlicher Mietsnachlaß seitens des Hausbesitzers und eine bindende Verpflichtung sein keinerlei Schritte gegen die Mieter zu unternehmen. Wird dieser Weg eingeschlagen, dann sind die Kriegsteilnehmer nach ihrer Rückkehr von der drückenden Sorge befreit, wie sie die Mietschulden tilgen sollen, die sich während ihrer Abwesenheit angehäuft haben; andererseits kommen die Hausbesitzer und mit ihnen die Hypothekengläubiger unter Darbringung eines verhältnismäßig kleinen Opfers zu ihrem Recht, und die Lasten der Gemeinden, die ohnehin schon groß genug sind, werden nicht ins Uferlose steigen.

XX

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Politik / Ludwig Quessel

Krieg 1914

Seit dem Abend des 30. Juli, als ein vom Wolffschen Bureau über ganz Deutschland verbreitetes Telegramm einer Berliner Zeitung uns die Einberufung der russischen Reservisten von allen Gouvernements der Schwarzerde, wo die Masse der russischen Bevölkerung ihre Wohnsitze hat, verkündete, ist kein Ereignis der innern und äußern Politik mehr zu verzeichnen, das nicht in eng-

ster Beziehung zum Krieg stünde. Man kann sagen, daß die Zeit vom 30. Juli abends bis zur Bekanntgabe des kaiserlichen Erlasses vom 1. August, der als ersten Mobilmachungstag den 2. August festsetzte, Stunden furchtbarer seelischer Erschütterung waren. Es war, als ob mit dem Ende der 43jährigen Friedensperiode, deren sich Westeuropa zu erfreuen hatte, eine Welt in Trümmer stürze. Etwas unsagbar Fürchterliches, Grauenhaftes zog herauf, dumpfes Entsetzen verbreitend. Als dann am 2. August Rußland an der Ostgrenze die

Feindseligkeiten eröffnete, als einen Tag später französische Grenzposten ohne Kriegserklärung unsere Grenzposten angriffen, und somit der Krieg nach zwei Fronten nicht mehr drohende Gefahr sondern greifbare Wirklichkeit geworden war, trat eine gewisse entschlossene Ruhe an die Stelle der krankhaften Erregung, die die Ungewißheit der letzten Julitage erzeugt hatte.

Mit dem 2. und 3. August, die uns die Gewißheit des Krieges mit Rußland und Frankreich brachten, waren leider die Tage der großen Erschütterung für das deutsche Volk noch nicht beendet. Die ganze Größe der Gefahr, in der Deutschland schwebte, wurde uns erst am Abend des 5. August klar. Die Kriegserklärung Englands enthüllte uns die ungeheuerliche Koalition, die sich gegen Deutschland und Österreich-Ungarn gebildet hatte. 15 Tage später erfolgte das japanische Ultimatum, das unter Berufung auf das englisch-japanische Bündnis die bedingungslose Übergabe des gesamten Pachtgebiets von Kiautschu verlangte. So stand Deutschland einer Koalition von Feinden gegenüber, deren Machtgebiet sich ausdehnte vom Atlantischen bis zum Stillen Ozean, vom Eismeer bis zum Kap der guten Hoffnung. Im Westen stürmte gegen uns an die Wehrmacht von 40 Millionen Franzosen, 7½ Millionen Belgiern und 46½ Millionen Briten, im Osten die Wehrmacht von 160 Millionen Russen und 4½ Millionen Serben. Nimmt man hierzu die Wehrmacht der exotischen Hilfsvölker der Franzosen und Briten, so ergibt sich etwa eine 3fache Übermacht gegenüber Deutschland und Österreich-Ungarn. Kein Wunder, daß die feindliche Koalition mit einem schnellen Sieg rechnete und zwar um so mehr, als sie den Krieg ja sorgfältig vorbereitet hatte. In wenigen Wochen, so nahm man in London an, würden die Franzosen in Frankfurt und die Russen in Berlin stehen.

Es ist anders gekommen. 4 Monate sind vergangen, die gezeigt haben, wie groß die Widerstandskraft Deutschlands ist. Kein Mensch, der nüchtern die Machtverhältnisse prüfte, konnte annehmen, daß der deutsche Verteidigungskrieg schnell eine Entscheidung bringen werde. Dazu war die Übermacht der Koalition zu groß. Wie Deutschland so richten sich jetzt auch seine Gegner auf einen langen und hartnäckigen Kampf ein. Bei einer kritischen Prüfung der gesamten Lage konnte man vom 4. August an damit rechnen, daß über lang oder kurz sich die Türkei zu Deutsch-

land und Österreich-Ungarn gesellen würde. Dieser Zeitpunkt trat schon am 28. Oktober ein. An diesem Tag fand ein Seegefecht im Schwarzen Meer statt, das die Einleitung zu dem Heiligen Krieg des Osmanischen Reiches gegen Rußland und England bildete, über dessen Entwicklung später zu berichten sein wird, da die Dinge im Orient nur langsam heranreifen. Wie das Erscheinen türkischer Streitkräfte im Osten des Suezkanals, so bereitet auch die Burenrebellion in Südafrika, die in den letzten Wochen in Erscheinung trat, den Engländern lebhaftige Sorge. Über die Tragweite des Burenaufstands wird man mit dem Urteil zurückhalten müssen, bis die Dinge weiter gediehen sind.

× Reichstag: Mit unvergänglichem Glanz
Kriegstagun- werden in der Geschichte
gen des deutschen Volkes der
4. August und der 2. Dezember umhüllt sein. Es sind dies die beiden Tage, an denen im deutschen Reichstag sich der einmütige Wille aller Klassen des deutschen Volkes kundtat zusammenzuhalten in Not und Gefahr. Für alle diejenigen, die das Wesen der deutschen Sozialdemokratie nicht nach gewissen äußerlichen Formen beurteilten sondern den innern Kern dieser großartigen Bewegung zur Emanzipation des Arbeiterstands richtig erkannt hatten, war freilich der 4. August keine Überraschung. Daß die parlamentarischen Vertreter der deutschen Sozialdemokratie, wenn sie auch die Verantwortung für die Auslandspolitik des Deutschen Reichs, auf die sie vor dem Krieg fast keinen Einfluß hatten, nicht übernehmen wollten, in der Stunde der Gefahr zu ihrem Volk und zu ihrem Land stehen würden, ergab sich als schlichte Konsequenz der Tatsache, daß die Hauptmasse der Nation ja aus Besitzlosen besteht, deren Interessen nur wahrgenommen werden können, wenn das staatliche Gebäude, das sie im Innern wohnlich sich einzurichten bemühen, nicht von außen zerstört oder beschädigt wird. Für das feindliche Ausland war diese Selbstverständlichkeit freilich eine bittere Enttäuschung. Insbesondere hat wohl die Großfürstenpartei in Petersburg mit einem deutschen Generalstreik gerechnet, der es ihr gestattet hätte schnell nach Berlin vorzustoßen. In Paris und London erwartete man zum mindesten die Ablehnung der Kriegskredite. Nichts davon geschah. Die Sozialdemokratie bewilligte am 4. August geschlossen 5 Milliarden Mark zur Verteidigung des Reichs. Der 2. De-

zember zeigte dann, daß die Kritik, mit der die *verräterische* deutsche Sozialdemokratie von den Sozialisten des feindlichen und neutralen Auslands so reichlich bedacht wurde, wirkungslos an ihr abgeprallt war. An diesem Tag bewilligte die Sozialdemokratie abermals 5 Milliarden Mark zur Landesverteidigung. So zeigte uns der 2. Dezember, daß die Ereignisse des 4. August kein Strohfeuer waren. Der einigen Armee im Osten und Westen entsprach daheim ein einiges Volk.

×
Kurze Chronik Gegen die offizielle nationalistische Partei Irlands, die mit dem Homelegesetz ihren Frieden mit der englischen Regierung gemacht hat, hat sich eine heftige Opposition erhoben. In Dublin und einigen anderen Zentren soll eine große Mehrheit der nationalistischen Freiwilligen den Rekrutierungsfeldzug Redmonds mit Hohn abgelehnt haben. ×
 Der Allgemeine Jüdische Arbeiterbund hat in der Humanität eine Erklärung veröffentlicht, in der festgestellt wird, daß die russische Regierung auch jetzt, genau wie vor dem Krieg, ihre traditionelle Politik der Unterdrückung und Verfolgung fortsetzt. Die Lage der Juden sei auch »nicht um ein Jota« erleichtert. Auch die Behandlung der übrigen Fremdvölker sei die gleiche geblieben. Die Arbeiterbewegung wie jede freiheitliche Richtung werde jetzt noch grausamer als je zuvor unterdrückt.

Gewerkschaftsbewegung/Paul Kampffmeyer

Krieg und Gewerkschaften Die Gewerkschaften wurzeln tief im nationalen Wirtschaftsleben. Jede Flut, jede Ebbe dieses Lebens beeinflußt ihre Existenz und ihre Funktionen. Ja, je machtvoller die Gewerkschaften werden, um so enger hängen sie mit der gesamten Ökonomie des Landes zusammen, und um so intensiver färben dessen eigenartige Institutionen auf sie selbst ab. Daß die englische Gewerkschaft eine spezifische Schöpfung Englands ist, hat noch niemand bezweifelt, und der Klagen, daß der englische Gewerkschafter in erster Linie Engländer ist, hat man wahrlich genug gehört. Der deutsche Gewerkschafter ist dem Land entsprossen, das sich durch eine stark entwickelte Staatsgewalt, durch eine ausgedehnte öffentlichrechtliche Versicherungsgesetzgebung vor anderen Ländern auszeichnet. Und daher haben die Programme der deutschen Gewerkschaften von vornherein einen viel bedeutendern

staatlich-sozialen Einschlag als die Englands, wo ja die sozialen Versicherungsinstitutionen erst in jüngster Vergangenheit ins Leben gerufen wurden. Die Existenz der weitverzweigten öffentlich-rechtlichen sozialen Einrichtungen in Deutschland verknüpft den deutschen Gewerkschafter enger mit dem ganzen nationalen Leben als den englischen und namentlich den französischen mit dem seinigen. Aus dieser Tatsache erklärt sich jetzt von selbst das zielklare, feste Eintreten des deutschen gewerkschaftlichen Arbeiters für seinen nationalen Staat, da dieser durch den Ausbruch des gegenwärtigen Weltkriegs in Frage gestellt wird. Der Staatsgedanke übergipfelt daher in dem jetzt entfesselten Kampf um unsere nationale Existenz die rein gewerkschaftlichen Ideen. Die Gewerkschaft stellt den gewerkschaftlichen Kampf ganz ein, da sie die Nation nicht durch wirtschaftliche Konflikte zerklüftet will. Die Gewerkschaft legt zum Teil ihren Charakter als proletarische Klassenorganisation ab und widmet sich den Interessen aller Klassen, der Wohlfahrt der ganzen Gesellschaft. Sie stellt ihre Kräfte in den Dienst der Versorgung der Nation mit Mitteln für die Bekämpfung gesellschaftlicher Notstände. Die Arbeitslosenunterstützung faßt sie als reine Notstandshilfe auf, und sie verkettert diese auf das engste mit der staatlichen und gemeindlichen Arbeitsbeschaffung. So forderte das Korrespondenzblatt der Generalkommission am 26. September eine Milliarde für Arbeitsbeschaffung. Und in sehr charakteristischer Weise begründete es diese Forderung als eine notwendige Maßnahme zur wirtschaftlichen Befestigung Deutschlands. Was unsere Volkswirtschaft stärkt, so führte es aus, erhöht zugleich unsere Wehrkraft und erleichtert unseren auf belgischen, französischen und russischen Schlachtfeldern blutenden Heeren ihre harte Pflicht. Die preussische Milliardenvorlage hielt nichts über die Bewilligung von Mitteln für Gemeinden und Kreise zur Durchführung der Arbeitslosenunterstützung. Die Arbeitslosigkeit ist durch den Krieg wesentlich verschärft worden. Und daher ist die Fürsorge für die Arbeitslosen eine allgemeine soziale Pflicht des Staates geworden. Die Arbeitslosenunterstützung hört eben nicht nur eine Frage des Proletariats zu sein, sie wird eine staatlich-nationale Wohlfahrtsfrage. Und diese staatliche Pflicht drängt um so stärker auf Erfüllung, je mehr die Gewerkschaften

Mittel zur Steuerung der allgemeinen Not erschöpfen. Hatten doch die Gewerkschaften selbst in dem ersten Monat des Krieges sehr erhebliche Aufwendungen für die Familien der Kriegsteilnehmer gemacht. Aber diese Aufwendungen stellten die Durchführung der gewerkschaftlichen Arbeitslosenfürsorge in Frage, so daß eine Konferenz der Vertreter der gewerkschaftlichen Zentralverbände beschließen mußte, daß die Unterstützung der Familien der Kriegsteilnehmer dem Reich und den Gemeinden überlassen und nur in besonderen Notfällen aus freiwilligen Beiträgen der Gewerkschaftsmitglieder gewährt werden sollen. Indes, selbst die durch den Krieg notwendig gewordene Arbeitslosenunterstützung kann unmöglich allein auf die Gewerkschaften abgewälzt werden. Mit Recht forderte daher das Korrespondenzblatt der Generalkommission immer wieder staatliche und gemeindliche Beihilfen für die gewerkschaftliche Arbeitslosenversicherung. So schrieb das Korrespondenzblatt am 24. Oktober: »Man bedenke doch, was es heißt, wenn durch die Kriegsstatistik der deutschen Gewerkschaften festgestellt ist, daß zu Ende August nicht weniger als 21,2 % aller verbliebenen Mitglieder völlig arbeitslos waren. Im September mag dieser Prozentsatz vielleicht bis auf 15 % zurückgegangen sein, aber vom Oktober an ist wieder mit einer starken Zunahme der Arbeitslosen zu rechnen, und in den Kreisen der Nichtorganisierten ist die Arbeitslosigkeit sicherlich nicht geringer, eher größer. Dazu kommt, daß die gewerkschaftlich verfügbaren Mittel immer mehr zusammenschumpfen und eines Tages ganz versiegen werden. Wenn hier nicht rechtzeitig von Reich und Staat Vorsorge getroffen wird, dann bleibt schließlich nur die Armenpflege der Gemeinde übrig, ganz gleich, ob ihr der beleidigende Charakter genommen wird oder nicht.« Man stelle sich vor, wie herabstimmend es auf unsere Kriegsteilnehmer wirken würde, wenn ganze Gruppen ihrer arbeitenden Familienangehörigen und ihrer Klassengenossen zu Almosenempfängern gestempelt würden, und man wird begreifen, daß die Erfüllung der gewerkschaftlichen Forderung einer staatlichen und gemeindlichen Arbeitslosenfürsorge eine staatliche Notwendigkeit geworden ist. Auch hier haben die Gewerkschaften nur wieder als Organe der Gesellschaft im gesellschaftlichen Gesamtinteresse gesprochen.

Die deutschen Gewerkschaften haben un-

ermüdet an dem Ausbau unserer Arbeiterversicherung gearbeitet. Die soziale Fürsorgetätigkeit der Krankenkassen erweiterten sie beträchtlich, sie förderten in jeder Weise die Heilstättenpflege zur Vorbeugung vorzeitiger Invalidität der Arbeiter, und sie leisteten den unfallverletzten und invalide werdenden Arbeitern tätige Hilfe vor den Rechtsprechungsinstanzen. Und für diese Fürsorgetätigkeit heimsten sie von deutschen scharfmacherischen Professoren wie Bernhard die Quittung ein, sie unterstützten die Querulanten und demoralisierten weite Kreise der Arbeiterschaft. Hatte doch Professor Bernhard schon ganz allgemein der sozialen Versicherung eine Schwächung des sozialen Verantwortlichkeitsgefühls und ganz schwere unerwünschte moralische und hygienische Folgen vorgeworfen. Welche Vorwürfe mußten dann die freien Gewerkschaften treffen, die stets für eine wesentliche Erweiterung der sozialen Aufgaben der Arbeiterversicherung gestritten hatten! Und nun, da der Krieg mit seinen ungeheuren physischen und moralischen Anforderungen an das Volk herangetreten ist, nennt der Präsident des Reichsversicherungsamts Dr. Kaufmann die deutsche Arbeiterversicherung eine »Quelle deutscher Kriegsbereitschaft« und spricht wegwerfend von dem Märchen von dem verweichlichenden und entnervenden Einfluß der Arbeiterfürsorge. Man darf heute sagen, daß die vielen von der organisierten Arbeiterschaft erstrittenen Verbesserungen der Arbeiterfürsorge, die unsere Arbeiterschaft physisch kräftigten und sie vor dem demoralisierenden Einfluß sozialer Verelendung bewahrten, die Bedeutung gewonnener Schlachten haben.

×
Staat und Gewerkschaft Am 14. November besichtigten etwa 30 höhere Staats- und Verwaltungsbeamte und politische Persönlichkeiten die Berliner gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Einrichtungen. Es erschienen der preußische Handelsminister und der preußische Minister des Innern, die Staatssekretäre des Reichsjustizamts und des Reichsschatzamts, der Oberbürgermeister von Berlin, die Präsidenten des Reichstags und des Herrenhauses und einige Reichstagsmitglieder. Besichtigt wurden unter anderem das Gewerkschaftshaus, die Zahlstelle der Arbeitslosenunterstützung im Metallarbeiterhaus und das Holzarbeiterhaus am Kölnischen Park. Die Behörden des Reichs und Preußens haben bisher grund-

sätzlich alle und jede Verbindung mit den freien Gewerkschaften vermieden, die nur irgendwie auf eine warme Anerkennung, ja nur auf eine kühle Duldung der Tätigkeit dieser Organisationen schließen ließ. Der Weltkrieg, dieser unbarmherzige Richter und Nachrichter alles Bestehenden, hat auch ein Gericht über die in staatlichen Kreisen weitverbreiteten antigewerkschaftlichen Ansichten gehalten und diese vom Leben zum Tod befördert. Die Vertreter des heutigen Staats anerkannten in diesem Weltkrieg in den freien Gewerkschaften nationale wirtschaftliche Wehrkräfte, die den Widerstand und den Angriff des deutschen Volkes gegenüber dem Feind mächtig kräftigen und fördern. Daher dokumentierten sie durch die Besichtigung der gewerkschaftlichen Einrichtungen, die wie die Arbeitslosenversicherung gerade unsere wirtschaftliche Rüstung festigen, offen nach außen hin, welche hohe Bedeutung sie den Gewerkschaften sozialwirtschaftlich beilegen. Das muß zu einem Frontwechsel der staatlichen Institutionen gegenüber den Gewerkschaften und zu einer staatlichen Förderung der Gewerkschaftseinrichtungen, namentlich der gewerkschaftlichen Arbeitslosenversicherung führen. Wir wollen im Interesse des Staatsganz hoffen, daß die Behörden den Mut der Konsequenz in vollem Umfang betätigen werden.

×
1913 Im Jahr 1913 hatten die Zentralverbände der freien Gewerkschaften im Jahresdurchschnitt 2 548 763 Mitglieder gegen 2 530 390 im Jahr 1912. Die starke Belastungsprobe des Krisenjahrs 1913 haben die Zentralverbände gut bestanden. Die Einnahmen der Gewerkschaften stiegen 1913 nur bescheiden, nämlich von 80 223 575 Mark (1912) auf 82 005 580 Mark, dagegen schollen die Ausgaben stark an: von 61 105 675 (1912) auf 74 904 962 Mark, also um 13 799 287 Mark an. Trotz dieser gewaltigen Zunahme der Ausgaben erhöhte sich der Vermögensbestand der gesamten Verbände von 80 797 786 auf 88 069 295 Mark. Die Mitgliederzahl der Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften ging in dem gleichen Zeitraum von 109 225 auf 106 618 herab. Ebenfalls erlitten die christlichen Gewerkschaften einen kleinen Verlust in ihrer Mitgliederzahl. Diese betrug im Jahr 1912 344 687, 1913 dagegen 342 785.

Die an die Generalkommission berichtenden Gewerkschaftskartelle vermehr-

ten sich 1913 von 744 auf 800, die Arbeitersekretariate von 106 auf 112, die Auskunftsbureaus von 212 auf 232. Diese Kartelle der freien Gewerkschaften vereinnahmten 2 156 507 Mark im Jahr 1913, sie verausgabten: 130 181 Mark für Agitation, 174 918 für Arbeitervertreterwahlen, 6137 für statistische Erhebungen, 169 975 für Gewerkschaftshäuser, Versammlungssäle, 64 071 für Herbergen, Arbeitsnachweise, 487 188 für Arbeitersekretariate und Auskunftsstellen, 168 680 für Bibliotheken und Lesezimmer, 18 345 für Streiks und Aussparungen, 287 513 für Verwaltungskosten, 656 457 Mark für sonstige Ausgaben.

×
Kurze Chronik Am 4. November ersuchten die Generalkommission der Gewerkschaften und der sozialdemokratische Parteivorstand das Reichsamt des Innern die zur Nahrungsmittelversorgung getroffenen Maßnahmen einer Revision zu unterziehen. × Die Zentralorganisation der spanischen Gewerkschaftsbewegung zählt jetzt 127 804 Mitglieder. Im Jahr 1913 bestanden in der Schweiz 10 lokale Arbeitersekretariate.

Staatssozialismus / Edmund Fischer

Krieg und Staat Der Krieg hat naturgemäß eine große Reihe staatlicher Maßnahmen notwendig gemacht, um das wirtschaftliche und soziale Leben zu stützen und zu regeln. Sind diese im wesentlichen auch nur vorübergehender Art, so haben sie nichtsdestoweniger einen staatssozialistischen Charakter, und man wird sich auf sie in Zukunft berufen können. Zunächst war für den Gang des wirtschaftlichen Lebens die Aufrechterhaltung eines geordneten Geld- und Kreditverkehrs notwendig geworden. Zu diesem Zweck hat der Reichstag am 4. August ein Gesetz beschlossen, nach dem in Berlin und in denjenigen Orten, an denen sich Reichsbankfilialen befinden, Darlehenskassen errichtet werden sollen. Da von diesen Darlehenskassen nur Kredit gegen Faustpfänder ganz bestimmter Art zu erlangen ist, wurden von beteiligten Kreisen unter öffentlicher Mitwirkung vielfach Kriegskreditbanken errichtet. Von der Festsetzung eines allgemeinen Moratoriums hat die Regierung abgesehen. Dagegen ist durch Bundesratsverordnung vom 7. und 8. und vom 18. August sowie durch ergänzende Verordnungen den Gerichten die Möglichkeit der Gewährung weitgehender Erleichterungen gegeben.

Die zweite große Aufgabe des Staats war die Regelung der Lebensmittelversorgung. Hierbei handelte es sich um die Verhinderung des Lebensmittelwuchers und um die weise Einteilung des Vorrats an Lebensmitteln respektive der zu erwartenden Produktionsmengen. Nach einem Notgesetz vom 4. August können für die Dauer des Krieges für Gegenstände des täglichen Bedarfs Höchstpreise festgesetzt werden. Auf Grund dieses Gesetzes hat dann der Bundesrat am 28. Oktober eine Reihe von Verordnungen erlassen. Danach wird bestimmt, daß, soweit für den Großhandel Höchstpreise festgesetzt sind, der Besitzer solcher Gegenstände verpflichtet ist sie der zuständigen Behörde auf ihre Aufforderung zu überlassen. Weizenbrot darf in den Verkehr nur gebracht werden, wenn zur Bereitung auch Roggenmehl verwandt ist. Der Gehalt an Roggenmehl muß mindestens 10 Gewichtsteile auf 90 Gewichtsteile Weizenmehl betragen. Roggenbrot darf in den Verkehr nur gebracht werden, wenn zur Bereitung auch Kartoffelmehl verwandt ist. Der Kartoffelgehalt muß bei Verwendung von Kartoffelflocken, Kartoffelwalmehl oder Kartoffelstärkemehl mindestens 5 Gewichtsteile auf 95 Gewichtsteile Roggenmehl betragen. Werden mehr Gewichtsteile Kartoffeln verwandt, so muß das durch bestimmte Zeichen auf dem Brot vermerkt werden. Das Verfüttern von mahlfähigem Roggen und Weizen sowie von Roggen- und Weizenmehl ist verboten. Die Landeszentralbehörden können das Schroten von Roggen und Weizen beschränken oder verbieten. Zur Herstellung von Roggenmehl ist der Roggen mindestens bis zu 72 %, zur Herstellung von Weizenmehl ist der Weizen mindestens bis zu 75 % durchzumahlen. Der Höchstpreis für die Tonne inländischen Roggens im Großhandel wird auf 212 bis 237 Mark, je nach der Gegend, festgesetzt. Der Höchstpreis für die Tonne inländischen Weizens ist 40 Mark höher als der Höchstpreis für die Tonne Roggen. Die Höchstpreise für Gerste und Kleie richten sich nach den Preisen für Roggen oder Weizen. Mit diesen Maßnahmen wird erreicht, daß die Preise in bestimmten Grenzen bleiben und mit dem Getreidevorrat haushälterisch verfahren wird. Notgesetze, die ohne die genügenden Vorarbeiten erlassen werden, sind aber stets mangelhaft. Und so können auch die Notgesetze über die Höchstpreise nicht befriedigen. Höchstpreise für Mehl sind

für den Großhandel der Schwierigkeiten wegen nicht erlassen worden. Dadurch ist es den einzelnen Landes- oder Kommunalbehörden aber auch sehr schwer gemacht Höchstpreise für den Kleinhandel festzusetzen. Ebenso haben die Höchstpreise für Kartoffeln, die von einzelnen Landesbehörden festgesetzt worden sind, nicht den erwünschten Erfolg gehabt. Die Höchstpreise werden nun auch für die minderwertigen Kartoffeln gefordert. Und da der Kleinhändler die Höchstpreise dem Landwirt oder Großhändler bezahlen muß, er aber auch keine höheren Preise fordern kann, so verzichtet er auf den Kartoffelverkauf, und die Konsumenten haben Schwierigkeiten sich mit Kartoffeln zu versorgen. Die nun vom Bundesrat erlassene Verordnung vom 23. November über die Höchstpreise für Speisekartoffeln, die am 28. November in Kraft getreten ist, sucht diesen Mißstand zu beseitigen. Sie regelt die Höchstpreise je nach den verschiedenen Sorten und Landesteilen, bestimmt ausdrücklich, daß sie gelten beim Verkauf durch den Produzenten, aber nicht für solche mit Konsumenten, Konsumentenvereinigungen oder Gemeinden abgeschlossenen Verkäufe, die eine Tonne nicht übersteigen. Trotz aller Mängel, die eine Gesetzgebung in normalen Zeiten sich zur Lehre nehmen muß, wirken die Höchstpreise regulierend auf die Lebensmittelversorgung. Die wichtigste Aufgabe war die Versorgung der Arbeitslosen, das heißt, die Regelung des Arbeitsmarkts, die Erhaltung und Beschaffung von Arbeitsgelegenheit und die öffentliche Arbeitslosenunterstützung. Im wesentlichen ist dieses Gebiet der Fürsorge der Gewerkschaften und Gemeinden überlassen worden; vom Reich und von den Bundesstaaten ist nur wenig geschehen. Im Reichsamt des Innern wurde eine Reichszentrale der Arbeitsnachweise errichtet und vom reichsstatistischen Amt ein Arbeitsmarktanzeiger herausgegeben. Ein Erlaß der Reichspostverwaltung ordnete an, daß die Entlassung von Aushilfen und Arbeitern möglichst vermieden werden soll. Bei der Heranziehung neuer Hilfskräfte sollen allgemein Personen berücksichtigt werden, die durch den Krieg erwerbslos geworden sind. Die Heeresverwaltung hat ihre Arbeiten so vergeben, daß sie sich möglichst auf eine große Anzahl von Arbeitern verteilen. Und sie hat den Unternehmern zur Bedingung gemacht Überstundenarbeit zu vermeiden, auf 8stündige Arbeitsschichten hinzuwirken und Lohndrückereien zu

unterlassen. Ein Erlaß des preußischen Handelsministeriums an die Vorstände der preußischen Arbeitsnachweisverbände vom 15. August beschäftigt sich mit der Unterbringung der industriellen Arbeitslosen. Der preußische Landtag hat sodann am 22. Oktober einer Gesetzesvorlage zugestimmt, durch die, teils zur Deckung der durch den Krieg hervorgerufenen Ausfälle bei den Staatseinnahmen teils zur Bestreitung von Kriegsausgaben, ein vorläufiger Kredit von 1½ Milliarden Mark von der Regierung erbeten wird. Von diesem Geld sollen große Summen auch für Arbeiten auf verschiedenen Gebieten verwandt werden, wodurch die Arbeitslosigkeit vermindert werden kann. Ferner hat der preußische Landtag der Verordnung vom 11. September über ein vereinfachtes Enteignungsverfahren zur Beschaffung von Arbeitsgelegenheit usw. zugestimmt. Wie in Preußen so haben auch in Bayern, Sachsen, Württemberg und in anderen Bundesstaaten die Ministerien Erlasse an die Kommunen, Handelskammern usw. gerichtet, in denen Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit angeregt werden. In allen Bundesstaaten wurden geplante Bauarbeiten sofort in Angriff genommen. In Sachsen beschloß das Gesamtministerium am 4. September, daß das Finanzministerium zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und zur Gewährung von Zuschüssen an die Familienangehörigen der im Feld stehenden Truppen an leistungsschwache Gemeinden zinsfreie Darlehen aus der Staatskasse im Gesamtbetrag bis zu 30 Millionen Mark gewähren soll. Der Stellvertreter des Reichskanzlers hat an sämtliche Bundesregierungen das Ersuchen gerichtet den Gemeinden eine Unterstützung der Arbeitslosen nach dem Vorbild der Stadt Berlin anzuempfehlen. Eine Verordnung der sächsischen Regierung, die im sächsischen Landtag am 24. November einstimmige Zustimmung gefunden hat, bringt bereits eine Regelung der Arbeitslosenunterstützung, die für eine kommende Arbeitslosenversicherung eine wertvolle Vorarbeit darstellt. Weiterhin hat das Reichsversicherungsamt die Landesversicherungsanstalten ermächtigt einen Teil ihres Vermögens für Arbeitslosenunterstützung bereitzustellen. Die Landesversicherungsanstalt Württemberg hat beschlossen den Gemeinden, die eine Arbeitslosenfürsorge einrichten, einen nach dem Maßstab ihrer Aufwendungen bemessenen Beitrag zu gewähren. Die Landesversicherungsanstalt Berlin hat 5 Mil-

lionen für in Not geratene arbeitslose Versicherte bewilligt und regelt die Unterstützung, soweit es sich um organisierte Arbeiter handelt, in der gleichen Weise wie die Stadt Berlin durch Zahlung von Zuschüssen zu den Zahlungen der Berufsverbände. Auch andere Landesversicherungsanstalten haben nun Mittel für die Arbeitslosen bereitgestellt. Ferner sollen von den 5 Milliarden, die der Reichstag am 2. Dezember zu Kriegszwecken bewilligt hat, 200 Millionen zur Unterstützung von Wöchnerinnen, Familien der Kriegsteilnehmer und Arbeitslosen verwendet werden. Alle diese und die anderen Maßnahmen sind gewiß noch ungenügend. Aber die Regelung der Arbeitslosenfrage ist nun in Fluß gekommen und muß nach dem Krieg ihre Erledigung finden. Und auch die gesetzliche Regelung der Arbeitszeit und der Lohnverhältnisse kann nicht mehr verworfen werden, nachdem die *militärische Sozialpolitik* in vielen Orten mit der Festsetzung der Arbeitszeit und der Löhne vorangegangen ist. Leider ist die staatliche Hilfe für die Angehörigen der Kriegsteilnehmer sehr gering, obwohl das Gesetz vom 4. August die Unterstützungssätze für die Ehefrau auf 9 Mark in den 6 wärmeren Monaten und auf 12 Mark in den kälteren Monaten und auf 6 Mark pro Kind monatlich festgesetzt hat. Zwar zählt eine Anzahl Gemeinden Zuschüsse, die bis 100 % gehen, aber nur der kleinere Teil. Und trotz der Zuschüsse reichen die Unterstützungen in den meisten Fällen nicht aus, so daß die private Wohltätigkeit einsetzen muß. Und da die Unterstützungen nur im Fall der Bedürftigkeit gewährt werden, erhalten sie den Charakter eines Almosens. Die Erfahrungen in dem gegenwärtigen Krieg werden sicherlich den Anstoß zu besseren Einrichtungen geben, zumal der Staatsgedanke zweifellos bedeutend erstarkt ist.

× **Kurze Chronik** Der Bundesrat hat am 28. Oktober Bekanntmachungen über Höchstpreise im allgemeinen, über den Verkehr mit Brot, über das Verfüttern von Brotgetreide und Mehl, über das Ausmahlen von Brotgetreide und über die Höchstpreise für Getreide und Kleie erlassen. Alle diese Maßnahmen sind sozialistischen Charakters. × Nach der Statistik der preußischen Irrenanstalten für das Jahr 1912 waren von den 247 Anstalten für Geisteskranke und Idioten nur 14 mit 1175 Plätzen staatlich,

und zwar 8 Universitätskliniken für Geistesranke und 6 Abteilungen für geistesranke Verbrecher in den Straf-anstalten Berlin, Breslau, Köln, Grauden, Halle und Münster. Der größte Teil der Irrenpflege fällt gesetzmäßig auf die Provinzialverbände, die 77 Anstalten mit 57 570 Plätzen besaßen. Die Zahl der Anstalten für Epileptiker betrug 12, die der Anstalten für Nervenranke 43, die der Wasserheilanstalten 13, die der Trinkerheilstätten 27.

WISSENSCHAFT

Philosophie / Kurt Grelling

Sittengesetz In meiner letzten Rundschau (in diesem Band, pag. 851 ff.) hatte ich im Anschluß an die Abhandlung Nelsons über die kritische Ethik die Entwicklung dargestellt, die die Ethik als Wissenschaft von Kant bis auf Fries durchgemacht hat. Es wäre nun noch von den Mängeln der Friesschen Ethik zu sprechen und damit von den Verbesserungen, die Nelson selbst an ihr angebracht hat. Ich will mich jedoch an dieser Stelle nur mit einem Punkt begnügen, der allerdings auch der wesentlichste ist, nämlich mit der neuen Formulierung, die Nelson dem Sittengesetz gegeben hat und mit dessen Deduktion.

Die Formulierung, die Nelson für das Sittengesetz gibt, lautet: »Jede Person als solche hat mit jeder andern die gleiche Würde.« Um diese Formulierung richtig zu verstehen, muß man zunächst einige naheliegende Mißverständnisse beseitigen. Ein beliebiger Einwand gegen das Gesetz der Gleichheit ist der, daß man auf die tatsächlich bestehende Ungleichheit der Menschen hinweist und meint, es sei deshalb absurd zu verlangen oder zu fingieren, daß sie gleich seien. Um diesem Einwand zu begegnen, muß man beachten, daß der Begriff der Gleichheit ein relativer ist. Es hat an und für sich überhaupt keinen Sinn von zwei Gegenständen zu sagen, daß sie gleich seien. Man muß vielmehr hinzufügen, in welcher Hinsicht sie als gleich bezeichnet werden sollen; demnach schließt es sich also auch nicht aus, daß zwei Gegenstände in der einen Hinsicht gleich und in der andern ungleich sind. Nun sagt das Sittengesetz, daß jede Person mit jeder andern hinsichtlich ihrer Würde gleich ist; das soll heißen: daß sie den gleichen Anspruch auf Achtung ihrer Interessen hat. Damit ist also keineswegs behauptet, daß Personen in irgend-

einer andern Hinsicht gleich sein müßten. Nun wird aber ferner auf Grund der natürlichen Ungleichheit der Menschen eingewandt, daß sie eben wegen dieser Ungleichheit auch ungleich behandelt werden müßten. Auch dies ist aber kein Einwand gegen das Sittengesetz, wie es hier formuliert ist. Um uns dies klar zu machen, müssen wir auf die Worte »als solche« achten, die in der Formulierung vorkamen. Damit ist nämlich gesagt, daß sich die Gleichheit nur auf die Personen bezieht, und es ist keineswegs dadurch ausgeschlossen, daß eine Verschiedenheit in der Situation auch eine Verschiedenheit in der Behandlung nach sich zieht. Den Begriff der Situation müssen wir dabei so weit wie irgend möglich fassen. Das heißt also, für die Behandlung einer Person kommen nicht nur die äußeren Umstände in Betracht, unter denen sie sich befindet, sondern auch alle Eigenschaften dieser Person, seien dies nun körperliche oder geistige, moralische oder intellektuelle. Sofern in einer dieser Hinsichten zwischen zwei Personen ein Unterschied besteht, verlangt das Sittengesetz nicht, daß sie gleich behandelt werden. Man wird nun fragen, was dann von der Forderung der Gleichheit noch übrigbleibt. Um dies zu beantworten, muß man sich den Unterschied zwischen einer bloß numerischen und einer qualitativen Verschiedenheit klarmachen. Betrachten wir etwa zwei Eier, die gleich groß sind, die gleiche Gestalt und Farbe, das gleiche Gewicht haben, kurz, die einander in allen nur irgend denkbaren begrifflichen Merkmalen gleichen. Ob es so etwas gibt, ist zunächst für unsere Betrachtung gleichgültig. Jedenfalls, wenn es zwei solche Eier gibt, so werden sie, ungeachtet aller dieser Gleichheiten, doch immer noch zwei Eier sein. Man wird sie daran unterscheiden können, daß sie sich etwa zu gleicher Zeit an zwei verschiedenen Orten im Raum befinden. Diese Verschiedenheit also, die übrigbleibt, wenn man von allen qualitativen Unterschieden zweier Gegenstände absieht, und vermöge deren sie eben zwei sind, nennt man die numerische Verschiedenheit. Das Sittengesetz sagt nun weiter nichts, als daß die numerische Verschiedenheit zweier Personen keinen Grund abgeben darf sie verschieden zu behandeln. Hiergegen wird man nun vielleicht einwenden, daß ein solches Gesetz unanwendbar sei; denn in Wirklichkeit seien zwei numerisch verschiedene Personen immer auch zugleich in irgendeiner Hinsicht quali-

tativ verschieden. Demnach würde also in keinem wirklichen Fall das Sittengesetz etwas ge- oder verbieten. Dieser Einwand ist jedoch nicht stichhaltig. Wenn es nämlich verboten ist zwei Personen nur wegen ihrer numerischen Verschiedenheit verschieden zu behandeln, so folgt daraus, daß wir zwei Personen immer so behandeln müssen, wie wir sie behandeln würden, wenn wir uns ihre numerische Verschiedenheit aufgehoben dächten. Daraus ergibt sich folgendes: Wenn mein Interesse derart mit dem Interesse einer andern Person kollidiert, daß ich durch eine gewisse Handlung mein Interesse nur befriedigen kann, wenn ich das der andern Person verletze, so muß ich, um zu entscheiden, was mir das Sittengesetz in diesem Fall gebietet, mich fragen, wie ich handeln würde, wenn diese beiden Interessen in einer Person vereinigt wären, wenn also das Interesse des andern auch das meinige wäre. Wie ich in einem solchen Fall handeln würde, das kann ich ohne das Sittengesetz entscheiden: ich würde sicher das stärkere Interesse dem schwächeren vorziehen. Demnach gebietet mir also das Sittengesetz auch in dem gegebenen Fall nicht anders zu handeln, also zum Beispiel das Interesse der andern Person dem meinigen dann vorzuziehen, wenn ich es ihm vorziehen würde, sofern es mein eigenes wäre. Es zeigt sich also, daß dieses Sittengesetz außerordentlich weittragende Konsequenzen hat. Wollen wir das Ergebnis der bisherigen Betrachtung in einer Formel zum Ausdruck bringen, so können wir nunmehr das Sittengesetz mit Nelson in folgender imperativischer Form aussprechen: »Handle so, daß du auch in deine Handlung einwilligen könntest, wenn die Interessen der von ihr betroffenen Personen auch die deinigen wären.« Was unter Gleichheit und unter Würde zu verstehen ist, ist damit erklärt.

Jetzt fragt es sich noch, was mit Person gemeint ist. Bei Kant und Fries fiel der Kreis der Subjekte von Rechten mit demjenigen der Subjekte von Pflichten zusammen. Nach ihnen gab es Pflichten nur solchen Wesen gegenüber, die auch uns gegenüber Pflichten haben. Nelson zeigt nun, daß diese Einschränkung fehlerhaft ist, und daß unter den Begriff der Person ein jedes Wesen fällt, das überhaupt Träger von Interessen ist. Wie weit dieser Kreis in der Wirklichkeit zu ziehen ist, das ist eine empirische Frage. Es zeigt sich, daß im Lauf der menschlichen Kulturentwicklung der Be-

griff der Person als eines Subjekts von Rechten nach und nach auf einen immer größeren Kreis von Wesen ausgedehnt worden ist. Die Alten erkannten nur Pflichten gegen ihre Volksgenossen an. Der Barbar war für sie im allgemeinen kein Gegenstand von Pflichten. Auch die Frau galt lange nicht als Person. Über diesen Standpunkt sind wir hinausgekommen; heute besteht kaum mehr ein Streit darüber, daß alles, was Menschenantlitz trägt, uns gegenüber Anspruch auf Achtung seiner Interessen hat. Damit geht man eigentlich schon über die Kantische Ansicht hinaus, wonach nur die Subjekte von Pflichten auch solche von Rechten sind. Erkennen wir doch zum Beispiel Pflichten gegenüber Kindern und Geisteskranken an, ohne daß wir diesen Pflichten gegen uns zuschreiben. Geben wir aber einmal zu, daß auch solche Wesen Rechte haben, die nicht zugleich Pflichten haben, so müssen wir weiter gehen und den Begriff der Person auf alle Subjekte von Interessen, also auch zum Beispiel auf die Tiere oder mindestens auf die höheren unter ihnen ausdehnen. Denn es ist nicht einzusehen, inwiefern etwa die Zugehörigkeit zu der zoologischen Spezies Mensch einem Wesen Vorrechte gegenüber anderen verschaffen sollte.

Wird so von Nelson der Kreis der Rechtssubjekte gegenüber Kant und Fries erweitert, so wird er in anderer Richtung von ihm verengert. Nelson schließt nämlich die Pflichten gegen uns selbst aus: dies hängt mit einem andern Punkt zusammen, den wir zunächst erörtern müssen. Bei der Abwägung der Interessen muß von dem praktischen Irrtum der Beteiligten abgesehen werden. Das heißt jedes Interesse muß mit derjenigen Stärke in Anrechnung gebracht werden, die es bei einer vollkommen gebildeten Person haben würde, wobei unter einer vollkommen gebildeten Person eine solche zu verstehen ist, die sich des objektiven Wertes ihrer Interessen bewußt und imstande ist jedem Interesse diejenige Stärke zu erteilen, die seinem objektiven Wert entspricht. Mit anderen Worten: Wir dürfen uns den Irrtum eines andern (den praktischen sowohl wie den theoretischen) nicht zunutze machen. Nun könnte man gerade hieraus schließen, daß wir auch Pflichten gegen uns selbst haben; da nämlich unserer wahres Interesse, das heißt dasjenige, was die vollkommen gebildete Person haben würde, mit unserm faktischen Interesse kollidieren kann, so scheint es, als ob für diesen Fall das

Sittengesetz geböte jenes vorzuziehen. Dies wäre aber eine Pflicht gegen uns selbst. Nun lehrt uns unser Gefühl, daß es solche Pflichten gegen uns selbst nicht gibt; alles, was uns als solche erscheint, ist bei näherem Zusehen entweder eine mittelbare Pflicht gegen andere (zum Beispiel die Pflicht unsere Gesundheit zu erhalten, um anderen dienen zu können), oder es ist ein bloßes Ideal. Eine etwas komplizierte Überlegung, die ich hier nicht in extenso anführen kann, zeigt denn auch, daß aus dem Sittengesetz sich eine solche Pflicht gegen uns selbst nicht ableiten läßt.

Ich habe bisher nur von der Formulierung des Sittengesetzes gesprochen. Es bleibt uns noch die Deduktion zu behandeln. Die Aufgabe der Deduktion ist die Begründung des Sittengesetzes. Diese Begründung kann nicht in einem Beweis bestehen, da ein Beweis immer nur ein Urteil auf andere Urteile zurückführt. Das Sittengesetz aber ist ein Grundsatz und als solcher unbeweisbar. Die Deduktion muß daher in der Vernunft den Grund für das Sittengesetz aufweisen. Wenn es einen solchen Grund gibt, so kann er nur in einem rein vernünftigen, sittlichen Interesse beruhen. Zum Beweis für die Existenz eines solchen rein vernünftigen Interesses beruft sich Nelson auf das sittliche Gefühl und den in ihm liegenden Anspruch auf Objektivität und Notwendigkeit. Berücksichtigen wir noch, daß das sittliche Gefühl evidenzlos ist, das heißt, daß es ein an und für sich dunkles Bewußtsein des sittlichen Wertes enthält, ferner die Auflöslichkeit des sittlichen Gefühls, die darin zum Ausdruck kommt, daß es uns durch Nachdenken gelingt das dunkel Gefühlte deutlich zu machen, und nehmen wir hinzu, daß dieses Gefühl eine negative Wertung enthält und von imperativer Form ist, so können wir hieraus schließen, daß diesem sittlichen Gefühl ein unmittelbares, reines diskursives Interesse zugrunde liegt.

Damit ist die Existenz eines rein vernünftigen Grundes für das Sittengesetz erwiesen. Es bleibt noch die Aufgabe aus der Beschaffenheit dieses Grundes den Inhalt des Sittengesetzes abzuleiten. Dies ist in aller Strenge möglich. Die Prämissen Nelsons sind die folgenden:

1. Die sittliche Erkenntnis ist eine praktische Erkenntnis. Das gesuchte Gesetz muß also ein Gesetz des Wertes sein.
2. Sie ist eine rationale Erkenntnis. Das gesuchte Gesetz darf also keine empirischen Begriffe enthalten.

3. Sie ist eine diskursive Erkenntnis. Das gesuchte Gesetz muß sich also a priori auf Begriffe bringen lassen.

4. Sie entspringt nicht aus der Reflexion, sondern ist eine unmittelbare Erkenntnis. Das gesuchte Gesetz muß also synthetisch sein.

5. Sie hat imperativische Form. Das gesuchte Gesetz muß also ein Gesetz für Handlungen sein.

Aus diesen 5 Prämissen beweist Nelson, daß das Sittengesetz keinen andern Inhalt haben kann als den oben angegebenen. Für die Einzelheiten dieses Beweises muß ich den Leser auf die Abhandlung selbst verweisen. Die Bedeutung des Gelingens dieser Deduktion für die Geschichte der Ethik als Wissenschaft ist kaum zu überschätzen. Hier ist zum erstenmal dem Sittengesetz eine Formulierung gegeben, die den Gehalt unseres sittlichen Gefühls genau zum Ausdruck bringt, und für diese Formulierung ist eine Begründung gegeben, die allen berechtigten Ansprüchen an wissenschaftliche Strenge genügt, wie denn diese Deduktion überhaupt das erste Beispiel in der Geschichte der Philosophie für eine wirklich strenge Deduktion in dem prägnanten Sinn ist, wie Fries diesen Ausdruck gebraucht. Und damit ist für die gesamte Ethik, Pädagogik, Rechtslehre und Politik überhaupt erst das sichere Fundament gelegt, dessen diese Disziplinen bedürfen, um auf den Namen einer Wissenschaft Anspruch machen zu können. Über die wichtigen Folgerungen, die Nelson selbst aus dem Gesetz zieht, möge man bei ihm nachlesen.

×
Poincaré

Anlässlich des Todes des bedeutenden Mathematikers Henri Poincaré habe ich in dieser Rundschau (1912, 3. Band, pag. 1232 f.) kurz von Poincaré als Philosophen gesprochen. Zwei Erscheinungen des deutschen Büchermarkts veranlassen mich darauf zurückzukommen: Sein erstes philosophisches Werk, das ihn beinahe populär gemacht hat, Wissenschaft und Hypothese (übersetzt von F. und L. Lindemann /Leipzig, Teubner/) ist nach seinem Tod in 3. vermehrter Auflage erschienen; kurz vorher kam aus seinem Nachlaß ein Werk unter dem Titel Letzte Gedanken heraus, dessen deutsche Ausgabe Wilhelm Ostwald besorgt und mit einem Vorwort versehen hat /Leipzig, Akademische Verlagsgesellschaft/. Diese beiden Werke bilden den Anfang und den Abschluß von Poincarés philosophischer Schriftstellerei.

Zwischen ihnen liegen die beiden anderen: Der Wert der Wissenschaft /Leipzig, Teubner/ und Wissenschaft und Methode /Leipzig, Teubner/. Poincaré hat in seinen philosophischen Arbeiten zuweilen die Schärfe vermissen lassen, durch die sich seine mathematischen Arbeiten auszeichneten. Das hindert nicht, daß der Leser bei ihrer Lektüre von der Liebenswürdigkeit und dem Witz ihres Verfassers gefangen genommen wird. Es hindert aber auch nicht, daß man kein Buch von ihm ohne Belehrung und lebhafte Anregung zum Nachdenken aus der Hand legt. Aus seinem nachgelassenen Werk, das übrigens auch Aufsätze, das Gebiet der praktischen Philosophie betreffend, enthält, interessiert besonders der einleitende Artikel über die Entwicklung der Naturgesetze. Der Verfasser beschäftigt sich darin mit der Frage, ob die Naturgesetze im Lauf der Zeit einer Veränderung unterworfen sind oder nicht. Er kommt zu einer Verneinung dieser Frage. Zuerst zeigt er in außerordentlich klarer Weise, daß wir jedesmal, wenn wir aus dem gegenwärtigen Zustand eines bestimmten Systems auf seine Vergangenheit zurückschließen, die Konstanz der Naturgesetze dabei schon voraussetzen müssen; daß uns also eine etwaige Veränderung dieser Gesetze gar nicht erkennbar wird, oder, anders ausgedrückt, daß die Annahme der Unveränderlichkeit der Naturgesetze uns niemals auf einen Widerspruch führen kann. Unmöglich ist es auch, daß die Menschen etwa in Zukunft durch feinere Beobachtungen die Veränderlichkeit der Naturgesetze direkt zu konstatieren imstande wären. Denn jede solche Konstatierung setzt einen Vergleich gegenwärtiger Beobachtungen mit früheren voraus. Diese früheren Beobachtungen können wir aber immer nur aus den vorhandenen Aufzeichnungen erschließen: bei diesem Schluß aber setzen wir die Unveränderlichkeit der Naturgesetze bereits voraus. Mit diesen und anderen Argumenten zeigt Poincaré, daß eine etwaige Veränderung der Naturgesetze kein Gegenstand möglicher Erfahrung wäre. Es bleibt noch die Frage offen, ob nicht trotzdem die Gesetze an sich einer Veränderung unterworfen sind, auch wenn es uns unmöglich ist diese zu konstatieren. Die Antwort, die Poincaré hierauf gibt, ist sehr interessant: Wozu sich fragen, ob in der Welt der Dinge an sich die Gesetze mit der Zeit veränderlich sind, wenn in einer solchen Welt das Wort

Zeit vielleicht gar keinen Sinn hat? Was wir allein fragen können, ist, wie uns diese Welt erscheint, oder wie sie Intelligenzen erscheinen würde, welche nicht allzusehr von der unsrigen abweichen. Betrachtet man aber die Frage von diesem Standpunkt, so ergibt sich folgendes: Nehmen wir zwei den unsrigen ähnliche Geister, die das Universum zu zwei verschiedenen Zeiten, die vielleicht durch Millionen von Jahren getrennt sind, beobachten. Die Wissenschaft, die jeder von ihnen aus den von ihnen beobachteten Tatsachen aufbauen wird, wird vielleicht bei beiden sehr verschieden sein; doch mag ihr Unterschied noch so groß sein: jede von ihnen wird notwendig ein bloßes Bruchstück einer Wissenschaft sein, und deshalb wird es immer möglich sein sich eine Intelligenz der selben Art zu denken, die hinreichend scharfsinnig ist und einen hinreichend großen Zeitraum zu übersehen imstande ist, um diese beiden Bruchstücke mit einander in Einklang zu bringen. So richtig nun alle diese Überlegungen sind, so muß man doch demgegenüber betonen, daß die ganze Frage sich wohl einfacher hätte beantworten lassen. Ein Gesetz ist nämlich allemal ein allgemeines Urteil. Es hat deshalb gar keinen Sinn von einem Gesetz zu sagen, daß es zu einer Zeit gilt und zu einer andern nicht. Man kann dies auch so ausdrücken, daß man sagt: In jedem Gesetz wird von der numerischen Verschiedenheit der Fälle abstrahiert. Wenn also ein solches Gesetz aussagt, was in einer gewissen physikalischen Situation geschieht, so liegt darin schon die Behauptung, daß in jeder von dieser nur numerisch verschiedenen Situation das selbe geschieht, daß also der räumlich zeitliche Unterschied der Situationen keine physikalischen Wirkungen hat. Dagegen könnte man allerdings noch einwenden, daß vielleicht irgendeine physikalische Beschaffenheit des Universums mit der Zeit veränderlich ist. Dann würde aber diese Veränderung und nicht eine solche in den Gesetzen die Erklärung für die beobachteten Veränderungen abgeben.

×
Kurze Chronik Im August ist Louis Couturat gestorben. ×

Am 17. Oktober starb Theodor Lipps nach langer Krankheit. × In Paris fand im April ein Kongreß für Philosophie der Mathematik statt. Es wurde eine Gesellschaft für mathematische Philosophie gegründet.

Biologie / Adolf Koelsch

Arbeiterstoffwechsel Im Skandinavischen Archiv für Physiologie veröffentlichten Gösta Becker und J. V. Hämäläinen bemerkenswerte Untersuchungen über die Größe des Stoffwechsels bei gewerblicher Arbeit. Die experimentellen Beobachtungen erstrecken sich auf Männer, die berufsmäßig als Schuhmacher, Schneider, Buchbinder, Metallarbeiter, Maler, Schreiner, Steinhauer und Holzsäger tätig waren, ferner auf Hand- und Maschinennäherinnen, Waschfrauen, Aufwartefrauen und Buchbinderinnen. Parallel gehen Versuche über den Ruhestoffwechsel der selben Individuen bei normaler Kost. Rechnet man die gefundenen Werte, die bei Einhaltung exakter Bedingungen ermittelt wurden, auf einen allgemeinen Parameter um: unter der Voraussetzung, daß einem Arbeitstag von 8 Stunden eine absolute Schlafzeit von 7 Stunden entspricht, und nimmt man für die übrigen 9 Stunden des Tages pro Kilogramm Lebendgewicht einen Stoffumsatz an, wie er als Mittelwert bei nicht arbeitenden, aber doch auch nicht ruhenden Menschen sich hat feststellen lassen, so ergeben sich, das Körpergewicht des Mannes jeweils zu 70, das der Frau zu 56 Kilogramm angenommen, für den gesamten täglichen Energieverbrauch bei den einzelnen Berufsklassen folgende Zahlen: Es geben aus, die Werte in Kalorien ausgedrückt: der Schneider 2400 bis 2500 Kalorien, der Buchbinder 2700, der Schuhmacher 2800, der Metallarbeiter 3100 bis 3200, der Maler 3200 bis 3300, der Steinhauer 4300 bis 4700, der Holzsäger 5000 bis 5400; die Handnäherin 1800, die Maschinennäherin 1900 bis 2100, die Buchbinderin 1900 bis 2100, die Aufwartefrau 2300 bis 2900, die Waschfrau 2600 bis 3400 Kalorien. Was ist damit bewiesen? Es sei, meinen die Autoren, gezeigt, daß das von dem Münchener Physiologen Voigt seinerzeit aufgestellte Normalkostmaß, das für den erwachsenen, angestrengt tätigen Menschen gleichen Gewichts eine tägliche Energiezufuhr von 3055 Kalorien verlangt und in dieser Form auch von der deutschen Heeresverwaltung als Durchschnittsquantum der Kasernenverpflegung zu Grund gelegt wurde, in jüngster Zeit aber als viel zu üppig allerlei Angriffen aus dem Lager der Vegetarier und ihrer gelehrten Anhängerschaft ausgesetzt war, für mitt-

lere Arbeiter und Arbeiterinnen wohl genügen mag, daß es aber bei den schweren Berufen nicht ausreicht, um ein Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben herzustellen. Daß sich also auch die reichlichere Ernährung, auf die die schweren Berufe bei selbstgewählter Kost Anspruch erheben, aus physiologischen Gründen sehr wohl verstehen läßt und ohne weiteres rechtfertigt.

× **Oberkasseler Fossilmensch** Man macht in letzter Zeit einen wertvollen Fossilmenschenfund nach dem andern. Nachdem erst kürzlich hier über einen Fund in Afrika zu berichten gewesen war (in diesem Band, pag. 1001), wird jetzt in den Naturwissenschaften von den Bonner Geheimräten Verworn, Bonnet und Steinmann die erste Originalmitteilung über die Bergung zweier Diluvialmenschenskelette aus deutscher Erde herausgebracht. Es handelt sich um die Überreste einer etwa 20jährigen Frau und eines 40- bis 50jährigen Mannes, die in Oberkassel beim Abbau eines Basaltsteinbruchs von Arbeitern bloßgelegt und dank der Initiative des Aufsehers und Steinbruchbesitzers unzerstört für die Universität Bonn gerettet wurden. Über die Zeitstellung des Fundes und der Kulturstufe, der die beiden dicht bei einander liegenden Toten angehört haben, kann dank der klaren geologischen Struktur der Fundstätte und einiger wichtiger Gerätebeigaben kein Zweifel sein: Sie haben während des untern Magdaléniens hier gelebt, das heißt in der Übergangsperiode zwischen der vorletzten und letzten Eiszeit, doch näher an dieser. Der Mensch hat damals schon auf einer ziemlich hohen Kulturstufe gestanden. Die älteste Steinzeit, charakterisiert durch den Menschen von Heidelberg und Pildown, den Neandertaler und den Aurignacjäger, hatte er hinter sich; er fertigte alle Werkzeuge aus Knochen vorwiegend vom Rentier an und schmückte sie reich mit Ornamenten. Geräte aus diesem Material wurden in Form eines geschnitzten Glättinstruments von großer Schönheit und mehrerer Pferdekopfgavierungen, wie man sie in ähnlich sauberer Ausbildung nur aus Südfrankreich und den Pyrenäen kennt, auch unter dem Kopf des einen der Oberkasseler Menschen gefunden. Beide Tote waren nach dem damals üblichen Ritus an ihrem Lagerplatz bestattet worden,

das heißt man hatte sie in eine intensiv rote Erdmischung aus Lehm und Röteln eingebettet und mit großen Basaltplatten zugedeckt. Dieser sorgfältigen Behandlung verdanken sie auch ihren ausgezeichneten Erhaltungszustand, so daß hier der erste europäische Fund nahezu vollständiger Diluvialmenschenskelette vorliegt.

Anthropologisch sind die beiden Verfahren überaus interessant. Sie gehören der langköpfigen Cromagnonrasse an und sind dementsprechend recht klein. Hat doch die Frau eine Körperlänge von höchstens 155 Zentimeter gehabt und der Mann seine Gefährtin nur um etwa 5 Zentimeter übertroffen. Während jedoch an der Frau alle Proportionen, auch die des Schädels, ins Zierliche und Schlanke gehen und die gut gewölbte steile Stirn in schönem Bogen zum Hinterhaupt zieht, muß der Mann, aus der starken Entwicklung aller Muskelnansatzleisten zu schließen, ein Individuum von ungewöhnlicher Körperkraft gewesen sein und den Schädelphotographien nach eine recht abstoßende Physiognomie besessen haben. Über einem brutalen Gesichtsschädel von unangenehmer Breite, Niedrigkeit und Massivität, den ein ebenso breiter Unterkiefer mit stark vorspringendem Kinn dreieck und brettartig abgekauten Zähnen umfaßt, baut sich ein wesentlich schmalerer und gut gewölbter Hirnschädel auf, dessen Fassungskraft mit 1500 Kubikzentimetern das Niveau der intelligenten weißen Rassen von heute durchaus erreicht hat. Obgleich nun diese Eigenheiten einschließlich der eingezogenen Nase und der rechteckigen niederen Augenhöhlen bekannte Merkmale der Cromagnonrasse sind und die milderen Schädelformen der Frau sich vielfach als Ausdruck der Geschlechtsdimorphie verstehen lassen, ist doch kein Zweifel, daß weder der Mann noch die Frau reinblütige Exemplare der Cromagnonrasse gewesen sind. Während beide in den Merkmalen, die der Cromagnonmensch mit dem ältern Neandertalmenschen gemeinsam hat, zusammengehen, nähert sich die Frau in anderen Eigentümlichkeiten mehr dem Typus des fortgeschrittenen Aurignacmensen, so daß sie einer ganz andern Rassenkreuzung zu entstammen scheint als der Mann und wohl auch entstammt. Denn Kreuzungen hat es im ausgehenden Diluvium gerade auf europäischem Boden ja fortgesetzt in großem Umfang gegeben; sie führten zur Auflösung der

letzten Reste der Neandertalrasse und förderten das Emporkommen eines neuen, wahrscheinlich aus Norden eingedrungenen Menschenschlages von wesentlich höheren Fähigkeiten. Von den beiden Oberkasseler Toten markierte somit der Mann mehr die alte Zeit, die Frau mehr die neue. Ein ausführliches Werk soll bald folgen.

× **Kurze Chronik** Der Forschungsreisende Erland von Nordenskjöld teilte der Berliner Anthropologischen Gesellschaft mit, daß er im Innern Brasiliens einen bis dahin unbekannt karnibalistischen Indianerstamm angetroffen habe, der noch kein Metall kennt und seine Werkzeuge in der Hauptsache aus Feuersteinen herrichtet. × R. Bruckmann gab in einer Arbeit Beobachtungen über Strandverschiebungen an der Küste Samlands. Leipzig, Teubner bekannt, daß nach seinen Untersuchungen, ausgeführt an der 8 Kilometer langen Bernsteinküste zwischen Großhubnicken und Sorgenau, das ganze Gebiet gegenwärtig mit einem jährlichen Landverlust von einem halben Meter zu rechnen habe, der sich ziemlich gleichmäßig über die Strandstrecke verteilt. Ursache ist die unaufhörliche Brandungsbewegung des Meeres. Die abgerutschten Erdmassen, die von einem nördlich verlaufenden Küstenstrom in unbekannt gelegenden entführt werden, betragen jährlich etwa eine Million Kubikmeter. Daß eine einzige Sturmflut indessen dem Festland noch viel größere Verluste beibringen kann als ein Jahr nager Meerestätigkeit hat neuerdings A. Tornquist in den Schriften der Physikalisch-ökonomischen Gesellschaft Königsberg feststellen können. Im Januar dieses Jahres versanken innerhalb 24 Stunden an der samländischen Küste rund 2 Millionen Kubikmeter Erdrück ins Meer, so daß für die ganze Provinz ein unmittelbarer Landverlust von etwa 270 000, für die Kurische Nehrung ein solcher von etwa 300 000 Quadratmeter entstand. Durch Nachstürze dürften sich die Zahlen im Lauf des Jahres noch erheblich vermehren.

KUNST

Musik / Erich Falkmann

Internationale Musikgesellschaft Ein Opfer des Krieges ist auch die Internationale Musikgesellschaft geworden, eine Vereinigung von Musikhisto-

rikern der ganzen Welt, die den Zweck verfolgte die musikwissenschaftliche Forschung im weitesten Umfang zu fördern, und die allmählich zu einem Zentralorgan für die gesamte Forschung geworden war. Als 1894 die Vierteljahrschrift für Musikwissenschaft, die 9 Jahre hindurch der Mittelpunkt aller musikalischen Fachstudien gewesen war, einging, brachte der in allen europäischen Ländern gleichmäßige Fortschritt der Musikwissenschaft den Gedanken mit sich als Ersatz ein internationales Organ zu begründen. So entstand durch den Zusammenschluß der Forscher aller Länder die Internationale Musikgesellschaft, die, von Professor Oskar Fleischer gegründet, durch Herausgabe einer monatlichen Zeitschrift sowie vierteljährlicher Sammelbände eine recht fruchtbare Tätigkeit entfaltete. Die Zeitschrift nahm Berichte über musikalische Tagesereignisse auf, suchte Interesse und Verständnis für ältere Stile zu erwecken, brachte Besprechungen von Aufführungen und Büchern und eine Übersicht über die musikalischen Aufsätze in der Fach- und Tagespresse. In erster Linie aber waren es die Sammelbände, in denen fast sämtliche bedeutenden Musikforscher der Welt durch Spezialarbeiten vertreten waren, und die so zu einer Spiegelung der Fortschritte in der Musikforschung wurden. Besonders den internationalen Problemen wie der Musik der exotischen Völker wurden ausführliche Studien gewidmet, ferner finden sich darin Biographien über Meister des 17. und 18. Jahrhunderts und Studien über die mittelalterliche Musik. Größere wissenschaftliche Arbeiten sind in den Beiheften enthalten, Ergänzungen in den Kongreßberichten und den Publikationen der Ortsgruppen. Die Weigerung des Verlags Breitkopf & Härtel die in 4 Sprachen erscheinende Zeitschrift weiter zu drucken sowie der Austritt der meisten deutschen und österreichischen Mitglieder haben der Internationalen Musikgesellschaft jetzt ein frühes Ende bereitet.

×
Strauß' Josephslegende Die vielgestaltige, durch ihre reichen Rhythmen, ihre plastische Gestaltungsfähigkeit und ihren bunten Rahmen berauschte Kunst des Russischen Balletts mußte auf die immer von der äußern Bewegung, von der sinnenfälligen Gebärde ausgehende musikalische Phantasie Richard Strauß', der auf der Suche nach immer neuen dramatischen

Ausdrucksformen mit der Ariadne bei der Stiloper angelangt war, großen Eindruck machen. Sie regte ihn zu einer ballettartigen Pantomime an, einer Kunstgattung, die nach einer glänzenden Entwicklung im 17. Jahrhundert zu dem völlig bedeutungslosen Opernballett hinunter gesunken war und erst von modernen französischen und russischen Komponisten wieder zu einer gewissen Höhe geführt ist. Strauß' Textdichter Hugo von Hofmannsthal fand in der biblischen Legende von Joseph einen Stoff, der das Menschliche, Gleichbleibende in starker Verdichtung enthält und der zugleich der freien phantasie-reichen Ausgestaltung keine engen Schranken setzt. »Um den Stoff in ein noch freieres Gebiet der Phantasie hinüber zu spielen«, wohl mehr noch aber der dekorativen farbigen Umrahmung wegen, versetzte Hofmannsthal die Handlung in die venetianische Hochrenaissance: eine Verkleidung, die dem Ernst des Stoffs nicht angemessen ist. Harry Graf Kessler, der die poetischen und mimischen Motive ausarbeitete, faßte als Grundgedanken den Gegensatz und Kampf zwischen der üppigen goldschimmernden Welt des Potiphar und der natürlichen herben und wilden Hirtensphäre des Joseph und gestaltete so die ganze Handlung zu einem getanzten Weltanschauungs-drama. Die Straußsche Musik läßt diese Symbolik freilich ganz unberücksichtigt. Strauß schreibt, als ob er nicht ein Mimodrama als textliche Grundlage hätte; er komponiert keine geschlossenen Ballettformen, er stilisiert kaum. Seine Musik strömt in breitem unbekümmertem Fluß dahin, wie bei einem gesungenen Musikdrama. Die Harmonie ist klarer und einfacher geworden als früher, der Periodenbau abgerundeter. Nur die melodische Inspiration ist oft nicht sehr ergiebig. Höhepunkte der Partitur sind die weit geschwungenen melodischen Linien des Tanzes der Sulamith und des Auftritts Josephs, der wild dämonische Hexentanz, die bunten glitzernden, mit raffiniertem Klangsinn instrumentierten Akkorde, unter denen der Abend hereinbricht, und die triumphierende pompöse Schlußapotheose. In Paris erlebte das Werk bei seiner Uraufführung im Mai durch das Russische Ballett einen rauschenden Erfolg. Wir werden natürlich, wie auf die Kunst des Russischen Balletts überhaupt, so auch im besondern auf die Verkörperung der Josephslegende einstweilen verzichten müssen. Wenn das Schicksal unseres

Kontinents entschieden ist, werden die Menschen, die aus ihrem Alltagsdasein aufgerüttelt den Ernst echter Gefühle erlebt haben, sich tiefer als früher den Problemen der Weltanschauung und der Kunst hingeben können.

× **Kurze Chronik** Der Musikschriftsteller Rudolf Louis ist im Alter von 44 Jahren gestorben. Von seinen literarischen Werken hat die mit Thuille zusammen verfaßte Harmonielehre sowie die Deutsche Musik der Gegenwart (siehe diese Rundschau, 1913, 2. Band, pag. 768) große Verbreitung gefunden. Unter seinen musikalischen Werken wurde die symphonische Phantasie Proteus in Basel bei der Tonkünstlerversammlung des Allgemeinen deutschen Musikvereins 1903 aufgeführt. × Der populäre Wiener Chorkomponist Eduard Kremser ist gestorben. × In Konstantinopel ist trotz der Kriegserregung das aus Staatsmitteln gegründete Osmanische Nationalkonservatorium eröffnet worden. × Die neugegründete Dresdner Gesellschaft für Musikgeschichte, ein Ableger der früheren Internationalen Musikgesellschaft, begann ihre Tätigkeit mit einem interessanten Konzert, das unveröffentlichte, von Professor Budmayer aufgefundenen Werke vorbachtischer Meister, von Weckmann, Ritter, Schütz und Dralle, zur Aufführung brachte.

KULTUR

Verkehr / Felix Linke

Krieg und Verkehr Die Schwierigkeiten der Kriegführung auf russischem Boden sind nicht allein wegen der Grundlosigkeit der Wege so außerordentlich groß sondern auch wegen der abweichenden Spurweite der russischen Bahnen. Deren regelmäßige Spurweite ist bekanntlich 89 Millimeter größer als die mitteleuropäische Normalspur, die 1435 Millimeter beträgt. In der mitteleuropäischen Spur sind die beiden Linien Warschau-Skiernewice-Alexandrowo (Thorn) und Skiernewice-Tschenstochow-Sosnowice (Myslowitz) mit der Anzweigung Sobkowizy-Granica (österreichische Grenze bei Szczakowa) erbaut, die vor einigen Jahren vom russischen Staat angekauft worden sind. Außer den ebenerwähnten Linien hat diese Bahn noch eine Abzweigung der selben Spur von Koljuschki nach Lodz. Bei allen anderen russischen Bahnen muß infolge des Unterschieds

der Spurweiten an den Grenzen Deutschlands und Österreichs umgeladen werden. In der Richtung von Norden nach Süden kommen hier namentlich in Betracht die Übergangsbahnhöfe Wirballen - Eydtkuhnen, Grajewo - Prostken, Mlawa-Ilowo, Kalisch-Skalmierzyce respektive Schtschapiorno. Die in preußischem Betrieb stehende Bahn Tschenstochow-Herby ist eine Schmalspurbahn, so daß in Preußisch Herby zwischen der russischen Bahn und der Vollspurbahn Herby-Vossowska umgeladen werden muß. Auf einigen dieser Übergangsbahnhöfe, insbesondere in Grajewo, Mlawa und Sosnowice, bestehen Vorrichtungen zur Auswechslung der Wagenachsen nach dem sogenannten Breitsprecherischen Verfahren. Da aber nur einige hundert deutsche Wagen mit den nötigen Vorrichtungen hierzu versehen sind, wird die Umsetzung für einen Militärverkehr in größerem Umfang schwerlich in Betracht kommen. Die russischen Bahnverwaltungen haben in den letzten Jahren dem Verkehr mit Umsetzwagen geringes Interesse entgegengebracht. Wichtig ist, daß auf den in Rußland allgemein üblichen Holzschwellen die Schienenlagerungen von der schmalen auf die breitere Spur sehr wohl umgenagelt werden können, wodurch es möglich wird, deutsche Wagen auf die russischen Bahnen übergehen zu lassen, während umgekehrt eine Veränderung der Vollspurgleise in Breitspur durch Umnageln bei der geringern Schwellenlänge der mitteleuropäischen Spur große Schwierigkeiten bietet. Überdies sind die gesamten Profile der Bahnanlagen naturgemäß geringer, so daß auch dadurch dem Übergang des Betriebsmaterials von der russischen Spur auf die Vollspur unüberwindliche Hindernisse gesetzt sind. Der russische Staat beabsichtigte zweifellos die Warschau-Wiener Linien allmählich in russische Spur umzuwandeln und wollte hiermit auf der Strecke Alexandrowo-Lowitsch beginnen. Der letztgenannte Ort ist der Kreuzungspunkt mit der in russischer Spur hergestellten Kalisch-Warschauer Bahn; es hätten alsdann russische Breitspurwagen über Warschau bis Alexandrowo gelangen können. Dieser Umbau war aber bis zum Beginn des Krieges noch nicht begonnen, wie schon daraus hervorgeht, daß regelmäßige Kurswagen Berlin-Warschau verkehrten. Wie ein Blick auf die Karte lehrt, ist das Netz der russischen Bahnen auch in dem verhältnismäßig reich mit Bahnen ausgestatteten Polen viel weitermaschig

als in den angrenzenden preußischen Landesteilen. Es sei nur erwähnt, daß Orte wie Lomsha (22 000 Einwohner) und Pultusk (16 000 Einwohner) und andere Städte mit erheblicher Einwohnerzahl bis heute ohne jede Eisenbahnverbindung sind, während in Deutschland kaum noch ein Ort mit mehr als 2000 Einwohnern ohne Eisenbahnanschluß ist. Im Innern Rußlands ist das Bahnnetz je weiter nach Osten um so dünner. Die nicht sehr zahlreichen Schmalspurbahnen in Rußland können hier außer Betracht bleiben.

Auch mit den Landstraßen ist es in Rußland schlecht bestellt. Eigentliche Kunststraßen gibt es nur wenige. Selbst größere Ortschaften sind nicht durch Straßen sondern durch einfache unbefestigte Landwege mit einander verbunden.

Durch Serbien ist der Orientverkehr auf der Strecke Wien-Konstantinopel eine Weile unterbrochen gewesen. Neuerdings ist er jedoch wieder eröffnet worden. Die Züge werden von Ungarn aus nunmehr südwärts von Temesvár nach der Donau geleitet, gehen längs dieser bis über die rumänische Grenze, um sich einerseits nach Bukarest fortzusetzen, andererseits südlich nach Bulgarien abzuzweigen. Der Verkehr von Konstantinopel geht über Rustschuk, Bukarest, Wien. Von Rustschuk werden die Züge über die Donau nach Giurgewo übergesetzt.

Durch den vorauszusehenden Ausgang des Angriffs auf die deutsche Pachtung Kiautschu ist die Schantungbahn in die Hände der Japaner gelangt. Aber nicht bloß das Stück dieser Bahn, das auf deutschem Gebiet liegt, ist von den Japanern besetzt worden sondern die ganze Bahn. Das deutsche Personal hat sich in einen neutralen Ort gerettet, nachdem es alles Material der Bahn unbrauchbar gemacht und die Bergwerkschächte unter Wasser gesetzt hat.

Die unsichere Lage der Engländer im nördlichen und östlichen Afrika hat dazu geführt, daß die englische Regierung im englisch-ägyptischen Sudan in den letzten 15 Jahren ein Bahnnetz gebaut hat, das hervorragendes strategisches Interesse besitzt. Die meisten Linien haben sogar nur ein solches. Das sind besonders die Strecken im Nilbereich, zum Beispiel die, die von Wadi Halfa in südöstlicher Richtung mitten durch die Wüste führt, den Nil bei Abu Hammed wieder erreicht und den Strom aufwärts von Berber bis Khartum in einer Gesamtlänge von 927 Kilometer verfolgt. Davon laufen nicht weniger als

370 Kilometer gänzlich in der nubischen Wüste, so daß es notwendig ist besondere Wasserwagen für die Speisung der Lokomotiven mitzuführen, weil auf der ganzen Strecke kein Wasser zu haben ist. Dieser Wassermangel und der starke Flugsand verursachen dem Betrieb ganz außerordentliche Schwierigkeiten. Der Sand bewirkt eine überraschend schnelle und kostspielige Abnutzung der Maschinenteile.

Eine andere ausschließlich strategisch wichtige Bahn führt von Wadi Halfa nach Dongola. Auch sie bleibt nach Möglichkeit in der Nähe des vielfach gewundenen Nilstroms. Außerdem zweigt von Berber eine Bahn zum Roten Meer ab, die bei Port Sudan endet; diese wurde bereits 1905 eröffnet. Damit gab man sich noch nicht zufrieden und setzte 1912 die Hauptlinie von Khartum einerseits bis nach Sennar am blauen Nil, andererseits nach El Obeid in Kordofan bis zu einer Gesamtlänge von 2400 Kilometer fort.

Auf die amerikanischen Bahnen hat der Krieg geradezu lähmende Wirkungen gehabt, die sich noch gar nicht übersehen lassen. Das äußert sich nicht bloß in den gewaltigen Rückgängen, die infolge der Verkehrsstockungen eingetreten sind, sondern auch in der großen Sorge um die Zukunft. Denn es ist klar, daß in der Zukunft europäisches Geld für amerikanische Bahnen nicht zur Verfügung stehen wird.

Ein Beispiel für die trübe Lage der amerikanischen Bahnen bietet die Südbahn, die hauptsächlich Baumwolle verfrachtet. Sie erstreckt ihr Liniennetz von Washington südwärts bis zum Golf von Mexico. Zwar war die Baumwollernte in diesem Jahr vorzüglich, der Verkehr auf der Bahn aber war sehr gering. Dies wird auch im nächsten Jahr der Fall sein, weil der Anbau von Hülsenfrüchten gewaltig zurückgeht, da die Sämereien aus Deutschland und Österreich ausgeblieben sind und deutsche Pottasche als Düngemittel fehlt. Aber auch die amerikanischen Firmen sind außerstande den Bahnen den regelmäßigen Verkehr zuzuführen, weil sich viele von ihnen nur zur Not mit Hilfe der Banken und Staatshilfe halten. Man gibt sich zwar alle erdenkliche Mühe den südamerikanischen Markt für die Union zu erobern, aber das ist nicht so leicht getan, wie man es möchte. Um ihre Angestellten und Arbeiter zu beschäftigen, entfalten die Bahnen zurzeit eine rege Bau- und Erweiterungstätigkeit, zu deren Gunsten

man sogar auf Dividendenzahlungen verzichtet.

Auch die schweizerischen Bahnen leiden unter dem Krieg außerordentlich und gehen zu ganz besonderen Sparmaßnahmen über. Sie werden nicht allein die fälligen Gehaltserhöhungen wegfällen lassen sondern auch andere Ersparnisse am Personal durchführen. So werden durch den nächsten Etat die Tragezeiten für amtliche Dienstkleider verlängert, die Überstundenbezahlung wird abgeschafft, der Personalbestand selbst verringert und der Fahrplan eingeschränkt werden. Damit nicht genug wird noch eine erhebliche Verteuerung der Personentaxen eintreten. Trotz alledem wird noch ein erheblicher Fehlbetrag zu decken bleiben. Es wird daher beabsichtigt die Zuschüsse an die Hilfskassen sowie Amortisationen und Erneuerungsquoten ausfallen zu lassen. Auch die Bauausgaben werden natürlich so weit wie irgend möglich eingeschränkt werden.

Die Ausfuhr^güter erfahren durch die Ausfuhrbeschränkungen infolge des Kriegszustands eine Grenzkontrolle. Da diese naturgemäß den Anforderungen keineswegs gewachsen ist, ergaben sich sehr schnell große Schwierigkeiten. Die Ausfuhr^güter häuften sich in den Grenzstationen derart an, daß nicht abzusehen war, wann sie erledigt würden. Die dadurch geschaffenen unhaltbaren Zustände haben verschiedene wirtschaftliche Organisationen veranlaßt Abhilfevorschl^ge zu unterbreiten, mit dem Erfolg, daß die Grenzkontrolle nunmehr bereits in den heimatlichen Aufgabestationen erfolgen kann, so daß die Güter nach entsprechendem Vermerken auf den Papieren ungehindert die Grenze passieren dürfen.

Um den Betrieb auf den von den Deutschen im Feindesland besetzten Eisenbahnen für den Heeresbetrieb und die deutsche Verwaltung sicherzustellen, sind über 50 000 deutsche Eisenbahner dorthin geschickt worden und versehen dort einen Dienst, der keineswegs leichter ist als der unserer Soldaten an der Front.

Die Ausrüstung der Lazarettzüge und -schiffe Die Ausrüstung der Lazarettzüge, die vor kurzem in Dienst gestellt worden sind, reicht zur Aufnahme und Versorgung von je 300 Verwundeten aus. Es sind zumeist Wagen 4. Klasse, die hierfür benutzt werden. Jeder Wagen nimmt in den beiden Abteilungen zusammen 8 Betten auf, die paarweise

über einander stark federnd eingebaut und mit Tischchen sowie Wandnetzen versehen sind. Jeder Zug führt ferner ein Operationszimmer mit der vollen Ausstattung eines Feldlazaretts mit sich, damit im Notfall auch unterwegs dringende Operationen ausgeführt werden können, nachdem der Zug mittels Notsignals zum Stehen gebracht worden ist. Vorräte an Eswaren und Getränken sowie die mit Dampfkocheinrichtungen und einem Kühlschrank ausgestattete Küche sind in besonderen Wagen untergebracht.

Lazarett^{sch}iffe zur Beförderung von verwundeten Soldaten hat die Militärverwaltung nach einer Mitteilung der Zeitung des Vereins deutscher Eisenbahnverwaltungen im Gebiet der Spree und der Havel aus umgebauten Lastkähnen hergestellt. Diese Fahrzeuge, die gegenüber der Eisenbahnbeförderung den Vorzug gleichmäßigerer und sanfterer Bewegung bieten, sind zum Teil von den Wasserbauämtern in der Umgebung von Berlin zur Verfügung gestellt worden. Es sind teils Spreekähne (Zillen) teils Prähme, die sonst zur Unterbringung von Arbeitern verwendet wurden. Auf diese Fahrzeuge sind langgestreckte Holzbauten mit Oberlicht und reichlicher Luftzufuhr aufgesetzt worden, die für 30 bis 40 Personen ausreichen.

× Panamakanal Kurze Zeit nach Ausbruch des Krieges, am 15. August, wurde der Panamakanal dem Verkehr übergeben. Leider war durch Erdbeben am Culebracinschnitt bereits wieder eine Verkehrsstockung eingetreten. Es steht aber zu erwarten, daß diese Rutsche mit der Zeit aufhören werden. Sie scheinen von den Rissen herzuführen, die der Bau durch den Ausstich im Erdreich und in den Felsmassen erzeugte, nachdem die gestützten Erdmassen plötzlich freigelegt waren. Da das Wasser die Kanalwände stützt, werden diese mit der Zeit haltbarer werden.

Die jetzt vorliegenden genaueren Angaben über die Kosten des Panamakanals zeigen, daß die ursprüngliche Annahme von 400 Millionen Dollar für die Vollendung des Kanals viel zu hoch gegriffen war. Bis zum 31. März des Jahres betragen nämlich die gesamten Ausgaben für den Kanal, soweit sie zur Bauabteilung gehören, nur 204 087 000 Dollar. Rechnet man hierzu die nicht unmittelbare mit dem Bau zusammenhängenden Kosten, so ergibt sich eine Summe von

322 659 000 Dollar. Die nicht unter die Baukosten entfallenden Summen setzen sich hauptsächlich aus Verwaltungskosten (7 Millionen Dollar), Ausgaben für gesundheitliche Maßnahmen (17 Millionen Dollar), militärischen Ausgaben (5 Millionen Dollar und allgemeinen Ausgaben (90 Millionen Dollar) zusammen. In der letzten Summe sind 40 Millionen Dollar einbegriffen, die der alten französischen Kanalgesellschaft, und 10 Millionen Dollar, die der Republik Panama gezahlt wurden.

× KurzeChronik Vor etwa einem Jahr ist bei Belfort ein insgesamt 71 Kilometer Streckenlänge umfassendes elektrisches Kleinbahnnetz in Betrieb genommen worden. Die einzelnen Linien sind Belfort-Sochaux mit 16,3, Les Errues-Etuefont mit 5,8 und Les Errues-La Chapelle mit 5,1 Kilometer. Die eingleisigen Strecken von 1 Meter Spurweite werden mit Triebwagen für einfachen Wechselstrom von 600 Volt Fahrdrachtspannung betrieben, der aus einem Kohlenbergwerk als Drehstrom von 30 000 Volt bezogen wird. Inwiefern diese Bahnen strategische Zwecke verfolgen und ausfüllen, läßt sich allerdings von hier aus nicht beurteilen. × Die seit 2 Jahren im Bau begriffene Hochgebirgsbahn Chur-Arosa ist nunmehr vollendet worden. Auf dieser 25 Kilometer langen Strecke

wird durch eine reine Adhäsionsbahn ein Höhenunterschied von nicht weniger als 1200 Meter überwunden. Die Fahrzeit durch die landschaftlich sehr schöne Gegend dauert für die Berg- und Tal-fahrt nur 1¼ Stunde. × Der Turbinendampfer Transylvania der Cunardlinie hat Ende Oktober seine Probefahrten mit gutem Erfolg erledigt. Das Schiff ist deshalb besonders bemerkenswert, weil es der erste große transatlantische Dampfer ist, dessen Schraubenwellen durch Turbinen und Zwischengetriebe bewegt werden. Die Wasserverdrängung des Schiffs beträgt 19 400 Tonnen, die Länge 171 Meter, die Breite über Hauptspant 20 Meter, der Tiefgang 8,3 Meter. Die Geschwindigkeit des Schiffes ist 15,5 Knoten. × Eine Rennstraße für Motorwagen von Charlottenburg nach Potsdam, die in einer Länge von 18 Kilometer ausgeführt wird, ist gegenwärtig im Bau. Vorläufig ist das mit 2 Endschleifen versehene 10 Kilometer lange Stück Charlottenburg-Nikolassee in Betrieb, das auf forstfiskalischem Gelände fast schnurgerade an der Bahn entlang geht. Die Straße wird in einer Gesamtbreite von 40 Meter mit 2 Fahrbahnen von 8 Meter Breite (die durch einen ebenfalls 8 Meter breiten Rasenstreifen getrennt sind) ausgeführt, die nur in je einer Richtung befahren werden dürfen, und weist keine Kreuzungen in Straßenhöhe auf.

AUTORENVERZEICHNIS 1914

Maxim Anin
Adolf Behne
Eduard Bernstein
Hans Bethge
Joseph Bloch
Bruno Borchardt
Leon Chasanowitsch
Georg Chaym
Eduard David
Gertrud David
Emil Döblin
Otto Eggerstedt
Adolph von Elm
August Erdmann
Erich Falkmann
Hans Fehlinger
Franz Feuerstein
Edmund Fischer
Heinemann Goldschmidt
Kurt Grelling
Gertrud Hanna
Johannes Heiden
Wolfgang Heine
Paul Hirsch
Max Hochdorf

Otto Järte
Julius Kaliski
Paul Kampffmeyer
Wilhelm Kolb
Adolf Koelsch
Herman Kranold
Herbert Kühnert
Leo Kullmann
Otto Lang
Carl Legien
Theodor Leipart
Karl Luthner
Gustav Linde
Hugo Lindemann
Felix Linke
Heinrich Lux
Hermann Mattutat
Herbert Mhe
Hans Müller
Walter Oehme
Max Picard
Hugo Poetsch
Ludwig Quessel
Ludwig Radlof
Heinrich Schäfer

Max Schippel
Conrad Schmidt
Robert Schmidt
Arthur Schulz
Rudolf Schwandt
Raphael Seligmann
Karl Severing
Elisabeth Siewert
Lisbeth Stern
Heinrich Stühmer
Albert Südekum
Bruno Taut
Paula Thiede
Adolf Thiele
Johannes Timm
Käte Tischendorf
Paul Umbreit
Paul Westheim
Hans Winand
August Winnig
Rudolf Wissell
Ignaz Zadck
Wally Zepler